Mittwoch, 6. Februar 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1; Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 31 - 6.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ausländer: Die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik ist im Zeitraum 1982/84 um mehr als 300 000 auf knapp 4,4 Millionen gesunken, teilte Liselotte Funcke mit, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. Die Zahl der Ausländergeburten sei gesunken (1974: 108.000; 1984: 55 000).

Vermummung: Der von den Rechtsexperten der Koalition ausgehandelte Kompromiß zum Demonstrationsstrafrecht muß verbessert werden, fordert CSU-Landesgruppenchef Waigel. In einem WELT-Interview sagte er, die Vermummung müsse „als Vergehen geahndet" werden. (S. 8)

Mißtrauensvotum: Mit 67 gegen 59 Stimmen lehnte das Berliner Abgeordnetenhaus einen SPD-Mißtrauensantrag gegen Umweltschutz-Senator Vetter (FDP) ab. Ihm war vorgeworfen worden, bei der Durchsetzung von Umweltschutzauflagen gegenüber der Batteriefabrik „Sonnenschein" versagt zu haben.

Rotation: Gert Janssen, Bundestagsabgeordneter der Grünen, legt vom 1. März an als erster seiner Fraktion sein Mandat nieder. Nachfolgerin wird die 34jährige Diplompädagogin Heidemarie Dann. Bundestagspräsident Jenninger habe den Entschluß akzeptiert.

Thorn-Prozeß: Der Anwalt der Familie des ermordeten Priesters Popieluszko, Olszewski, hat seine These wiederholt, daß es keine „verantwortliche Kraft in Polen" gebe, die an Unruhen interessiert sein könnte. (S. 3)

Freigelassen: Neun Monate nach ihrer Inhaftierung ließ Libyen vier Briten frei. Sie waren nach den Vorkommnissen im libyschen „Volksbüro" in London und der Ausweisung von Botschaftsangehörigen aus England im Mai 1984 festgehalten worden.

Suspendiert: Der Vatikan suspendierte auf Wunsch des Papstes den Kulturminister Nicaraguas, Ernesto Cardenal, von der Ausübung des Priesteramtes. Er habe sich geweigert, von seinem Ministerposten zurückzutreten.

Rückkehr: Der seit 1981 offizielle „Solidaritäts"-Vertreter für Westeuropa in Paris, Seweryn Blumsztajn, ist freiwillig nach Polen zurückgekehrt.

Afghanistan: Bei Bombenangriffen sowjetischer Maschinen auf Kandahar sollen 45 Zivilisten getötet worden sein, melden Diplomaten aus Neu-Delhi. Man habe ein Attentat auf ein KP-Mitglied rächen wollen.

Heute: Aktuelle Stunde im Bundestag zur Schlesien-Frage

ZITAT DES TAGES



» Orwellsche Visionen aus dem Jahre 1948 haben sich nicht als Realität des Jahres 1984 erwiesen: Wir leben in keinem Überwachungsstaat, und es sind auch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß unser Staat sich zu einem solchen entwickelt. «

Reinhold Baumann, Bundesbeauftragter für den Datenschutz, in seinem siebten Tätigkeitsbericht

FOTO: FRANK DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Stahlpreis: Der europäische Stahlproduzentenverband hat die EG-Kommission aufgefordert, wegen der Kostenentwicklung die von der EG festgelegten Mindestpreise für Stahl vom 1. April an um drei Prozent zu erhöhen. (S. 9)

Kredit-Vergabe: Die Lastenausgleichsbank vergab 1984 rund 59 000 Kredite in Höhe von 2,12 Milliarden DM, 10 000 mehr als 1983. Das Kreditvolumen ging um 210 Millionen DM zurück. (S. 9)

Siemens: In den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 1984/85 steigerte Siemens im Vergleich zum Vorjahreszeitraum seinen Gewinn um 23 Prozent auf 242 Millionen DM. (S. 11)

Börse: Im Verlauf der Börsensitzung konnten sich die Aktienkurse erholen. WELT-Aktienindex 166,2 (166,4). Am Rentenmarkt hat sich der Zinsanstieg verlangsamt. BHF-Rentenindex 101,447 (101,578). Performance-Index 99,283 (99,382). Dollar-Mittelkurs 3,2166 (3,1968) Mark. Goldpreis je Feinunze 302,05 (301,25) Dollar.

KULTUR

Jubiläum: Mit einer Uraufführung in der Freien Volksbühne feierte die Musikwelt Berlins das 75jährige Jubiläum der Musikalienhandlung Riedel. Mittlerweile in der dritten Generation geführt, wurde das Weltkriege und Inflation überdauernde Geschäft zum Inbegriff der Musikszene in der früheren Reichshauptstadt. (S. 17)

Filmkritik: In einer Gratwanderung zwischen Ernst und Ironie, die nur streckenweise gelingt, schildert der argentinische Regisseur Olivera im Werk „Schmutziger Kleinkrieg" die Geschichte seines Landes vom Ende des Peronismus bis zur Juntaherrschaft. Eine Satire auf den Opportunismus der Südamerikaner. (S. 17)

SPORT

Ski Alpin: Der Schweizer Pirmin Zurbriggen gewann bei der Weltmeisterschaft in Bormio den Titel als Kombinations-Weltmeister. Bester deutscher Teilnehmer war Markus Wasmaier als Siebter. (S. 7)

Eiskunstlauf: Der Stuttgarter Heiko Fischer liegt bei der Europameisterschaft in Göteborg nach der Pflicht bei den Herren auf dem dritten Rang. Richard Zander aus Wiehl belegt den siebten Platz. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Ärzte-Rätsel: Vor einem Rätsel stehen Ärzte in den USA. Ein Junge aus Milwaukee, der bei einer Körpertemperatur von 15,5 Grad für sie als erfroren galt – in seinem Blut hatte sich bereits Eis gebildet –, überlebte die Unterkühlung. (S. 18)

Katalysator und Küche: Sparsamkeit und Umweltbewußtsein sind die Anzeiger des Trends, dem sich die Masse der rund 1000 Aussteller auf der Hausgeräte-Messe in Köln verschrieben haben. In Herden, Staubsaugern und Kaminöfen preisen die Hersteller der „weißen Waren" ihre Reiniger im Haushalt. (S. 18)

Wetter: Heiter bis wolkig, im Norden zeitweise Regen. 3 bis 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die halbe Hegemonie – Moskaus Mißerfolg – Leitartikel von Herbert Kremp S. 2

Weizsäcker in Jordanien: Vom politischen Parkett zum Picknick im Zelt – Von B. Conrad S. 3

Martin Bangemann: Der Grundtrend ist positiv – Der Bundesminister zur Wirtschaftslage S. 4

Washington: Vorwürfe gegen Meese verworfen – Ämterpatronage nicht erwiesen S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT – Wort des Tages S. 6

Jugoslawien: Relativ milde Urteile gegen Dissidenten – Es fehlte an Beweisen S. 6

Vesicherungskaufleute: Strategien gegen „Vertriebsbigamie" – Von Harald Posny S. 9

Fernsehen: „Rund um Arbeit" – Das ZDF gibt Ratschläge für stellungslose Jugendliche S. 16

Aktfotografie: Wenn das Bild der Nacktheit zur Kunst wird – Ausstellung in München S. 17

Donisl-Prozeß: Unstimmigkeiten beim Gesamt-Leberkäs-Umsatz – Von Peter Schmalz S. 18

Bonn und Paris: Gemeinsam gegen den Terrorismus

Kriminalämter stimmen Vorgehen ab / SPD-Fragen zum „Kompetenzgerangel"

DW. **Bonn**

Beim Besuch des französischen Premierministers Laurent Fabius in Bonn haben die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus vereinbart. Bundeskanzler Helmut Kohl und Fabius gaben persönlich bekannt, daß künftig die Kriminalämter und Sicherheitsdienste direkter kooperieren werden. Gedacht ist an einen schnelleren Informationsaustausch und an kurzfristige Treffen der zuständigen Fachleute. Zwischen dem Bundeskriminalamt und Paris wird eine direkte Fernschreibverbindung eingerichtet. Bundesinnenminister Zimmermann und sein französischer Amtskollege Laurent Joxe vereinbarten darüber hinaus die Bildung einer „operativen Arbeitsgruppe". Sie soll die gemeinsamen Schritte der Sicherheitsbehörden abstimmen.

Zimmermann bezeichnete gestern das „Kompetenzgerangel" der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der Ermordung des MTU-Chefs Ernst Zimmermann als schädlich. Der Streit um die Zuständigkeiten mindere die Erfolgschancen bei der Bekämpfung der Gewalttaten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine gemeinsame Sitzung des Rechts- und des Innenausschusses für heute beantragt. Die beiden SPD-Obleute Harald Schäfer (Innen) und Hans de With wollen im Zusammenhang mit der Ermordung des Managers Ernst Zimmermann unter anderem während der Sitzung von der Bundesregierung erfahren, ob aus der Kritik

SEITE 5:
Weitere Beiträge

des BKA-Präsidenten Boge über mangelnde Bundeskompetenz bei der Terroristenverfolgung Konsequenzen gezogen werden sollen. Ob der Name Zimmermanns tatsächlich auf einer Liste gestanden habe, die in einer konspirativen Wohnung in Frankfurt gefunden wurde, „so daß die Sicherheitsbehörden Kenntnis von möglichen Plänen gehabt hätten", und welche „Maßnahmen die Sicherheitsbehörden wann und wie getroffen haben". Außerdem wird gefragt werden nach dem Stand der Ermittlungen im Fall Zimmermann und danach, „wie die Bundesregierung das Potential der RAF und ihrer Nachfolgeorganisationen einschätzt".

Im Fall Zimmermann geht die Polizei davon aus, daß die Täter bei der Vorbereitung des Anschlags Unterschlupf in einer „konspirativen Wohnung" in München gesucht haben.

Der Anfang Dezember begonnene Hungerstreik von Häftlingen aus dem Kreis der „Rote Armee Fraktion" ist zu Ende. Gestern nachmittag beschlossen auch die in der Justizanstalt Celle untergebrachten Terroristen Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Andreas Vogel, wieder Nahrung zu sich zu nehmen.

Die Deutsche Presse-Agentur in Karlsruhe erhielt gestern morgen einen Brief, in dem sich Linksterroristen zum Anschlag auf eine Karlsruher Datenschutzfirma bekannten. Bei dem Attentat vom 19. Januar hatte ein Molotowcocktail Computer- und Büroräume zerstört. Es entstand damals ein Gesamtschaden von rund 400 000 Mark.

Reagan will Dollar nicht „herunterreden"

Kritik an „abrupter Währungspolitik" der US-Bundesbank / Plädoyer für freien Handel

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Auch Präsident Reagan hält kein Rezept bereit, das den Höhenflug des Dollars stoppen würde. In seinem Wirtschaftsbericht an den Kongreß überläßt er die Wechselkursanpassung dem Markt, was jedoch „viel Zeit in Anspruch nehmen kann und einen freien Welthandel voraussetzt". Zugleich beklagt er die gewaltigen US-Handels- und Leistungsbilanzdefizite.

Der Präsident kritisierte scharf die, wie er sagte, „abrupte Währungspolitik" der amerikanischen Bundesbank. Sie habe die Rezession des Jahres 1981 noch verschärft und verlängert. Zum Ende des Jahres 1984 habe diese Politik zu einer zeitweiligen Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums beigetragen.

Sorgfältig vermeidet es der Präsident, den Fehler der Carter-Administration zu wiederholen und den Dollar „herunterzureden". Die Stärke der amerikanischen Währung führt er ausschließlich auf „das Vertrauen ausländischer Investoren in unsere wirtschaftliche Erholung" zurück. Eine Verbindung mit dem zinstreibenden Haushaltsdefizit, auf dessen bescheidenen Abbau die Devisenmärkte enttäuscht reagierten, stellt Reagan nicht her.

Folgt man dem Bericht, dann spiegelt der überstarke Dollar die Wirtschaftserfolge seiner Administration in den ersten vier Amtsjahren wider:

1. Seit dem Ende der Rezession im November 1982 ist die US-Wertschöpfung jährlich im Durchschnitt um real sechs Prozent gewachsen. 1984 waren es 6,8 Prozent – die kräftigste Zunahme seit 1951.

2. Im gleichen Zeitraum stiegen die betrieblichen Investitionen preisbereinigt um 15,4 Prozent jährlich, während sich die Industrieproduktion um insgesamt 23 Prozent erhöhte. Am wirtschaftlichen Realwachstum waren die Investitionen mit 1,8 Prozent beteiligt, was die Wirksamkeit der verbesserten Abschreibungen und Steuergutschriften unterstreicht.

3. Die Unternehmensgewinne wuchsen seit der Rezession so schnell wie seit 37 Jahren nicht mehr: um nahezu 90 Prozent. Da die Lohnanhebungen 3,4 und das Produktivitätsplus 2,7 Prozent ausmachten, kletterten die Arbeitskosten je Produktionseinheit lediglich um 0,7 Prozent.

4. Trotz des Konjunkturbooms blieb die Inflation unter Kontrolle. Seit 1980 ist die Teuerungsrate von 12,4 Prozent geschrumpft.

In seinem Wirtschaftsbericht bezeichnet Reagan das Vertrauen des Auslands in die US-Wirtschaft als „Aktivum und nicht als Schuld". In einigen Branchen, die mit den billigen Einfuhren konkurrieren müßten, habe der mächtige Dollar zusammen mit den hohen Zinsen Schaden angerichtet. Dabei verweist er auf die Stahlindustrie und die hochverschuldete Landwirtschaft. Statt aber mit Protektionismus zu drohen, spricht sich Reagan für einen „freien und fairen internationalen Handel mit Gütern, Dienstleistungen und Kapital" aus. Auf dieses Ziel würden die USA durch bilaterale und multilaterale Absprachen hinarbeiten.

Nach Angaben des Präsidenten haben ausländische Kapitalzuflüsse zu einem großen Teil den Investitions-

● Fortsetzung Seite 8

Heer setzt stärker auf Reservisten

General von Sandrart fordert „Mentalitätswechsel" und mehr Flexibilität in der Truppe

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Nur mit den Reservisten zusammen kann die Bundeswehr ihren Verteidigungsauftrag erfüllen. Besonders das Heer, das noch mehr als Luftwaffe und Marine von der Mobilmachung abhängig ist, muß sich nach den Worten seines Inspekteurs, Generalleutnant von Sandrart, künftig sehr viel mehr auf seine „Reservekomponente" konzentrieren und dafür sorgen, daß seine Reservisten in jeder Weise, vor allem aber auch im Bewußtsein der aktiven Soldaten, einbezogen werden müssen in alle Vorbereitungen für die Erhaltung der Kampfbereitschaft der deutschen Landstreitkräfte.

In einem Gespräch mit der WELT erinnerte der General daran, daß im Heer zum Erreichen des Verteidigungsumfangs zwei Reservisten für je einen aktiven Soldaten mobilgemacht werden müssen. Dies hätten die militärisch Verantwortlichen aller Ebenen zu erkennen. Sie sollten zu einer Art „Mentalitätswechsel" bereit sein. Sandrart bezeichnete die Aufgabe, das Heer in jeder Weise „mobilmachungsfähiger" zu machen, als eine „ungeheure Herausforderung".

Noch mehr als das Feldheer ist das Territorialheer von den Reservisten abhängig. Schon im Feldheer muß ein Anteil von 40 Prozent an Reservisten hinzukommen, damit die „Vorneverteidigung", also eine bewegliche Verteidigungslinie an der innerdeutschen Grenze, gemeinsam mit den Alliierten innerhalb kürzester Zeit möglich würde. Und General von Sandrart fügt hinzu, im Territorialheer, das vornehmlich dafür zu sorgen habe, den Streitkräften in der Vorneverteidigung die Operationsfreiheit zu sichern, sei dieser Reservistenanteil noch ungleich größer; er liege bei 90 Prozent. Insgesamt ist das Heer im normalen Ausbildungsbetrieb also nur zu einem Drittel „präsent". Beide Mobilmachungskomponenten in Feld- wie Territorialheer müßten schon in allernächster Zeit „mit sehr viel mehr Leben erfüllt werden". Wie, erläuterte General von Sandrart in dem Gespräch:

Die Divisionen in der Vorneverteidigung verfügen über Jägerbataillone, deren Personal Reservisten oder aktive Soldaten in Schulen und Stäben der Bundeswehr sind. Die Verbände selbst bestehen im Frieden nur aus einem für die Wartung von Waffen und Gerät verantwortlichen Feldwebel und einigen Lagerhelfern.

Über psychologische Erwägungen hinaus will der Heeresinspekteur sehr viel mehr in Organisation und Ausbildung zur besseren Nutzung der Reservisten investiert sehen. Wenn solche Bataillone innerhalb von fünf bis sieben Tagen im Verlauf ihrer Mobilmachung im Rahmen der Vorneverteidigung eines Divisions-

■ Fortsetzung Seite 8

Geißlers Programm für die Frauen

THOMAS KIELINGER, **Bonn**

„Die rechtliche Gleichstellung der Frau in der Bundesrepublik besteht nur auf dem Papier." Diese These stellte CDU-Generalsekretär Geißler gestern in Bonn den Leitsätzen seiner Partei „für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau" voraus. Sie werden als Leitantrag den kommenden Parteitag in Essen beschäftigen. Ziel des Programms ist es nach den Worten Geißlers, „die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Lebensalltag bis zum Ende dieses Jahrhunderts im wesentlichen zu erreichen".

Nach dem Urteil des CDU-Generalsekretärs widerspricht „die noch immer bestehende Benachteiligung vieler Frauen im Lebensalltag dem Auftrag des Grundgesetzes". „Überholt" nannte der CDU-Politiker die Auffassung, „die Aufgaben der Frau auf die der Mutter und Hausfrau und die Aufgaben des Mannes auf die der Berufstätigkeit beschränken zu wollen." Er kritisierte gleichzeitig die Meinung von Sozialisten, die den Wert der Frau „einseitig von ihrer beruflichen Tätigkeit abhängig machen", wie die Neigung „radikaler Feministinnen, sich in einen männerfreien Schonraum zurückzuziehen und von Matriarchat zu träumen".

Geißler hob von diesen Positionen den Ansatz der CDU ab, die entschieden auf eine „partnerschaftliche" Lösung der Gleichberechtigungsfrage baue. „Ohne den Sachverstand und die Kreativität der Frauen kann unsere Gesellschaft die Herausforderungen nicht bestehen, die an eine moderne und humane Industrienation gestellt werden", erklärte der Generalsekretär. Dabei hob er die gesetzgeberischen Fortschritte hervor, die das Bundesfamilienministerium unter seiner Leitung in den vergangenen Jahren für die Frau erzielt habe. Das sei mehr, „als die drei Vorgänger im Amt, alles Frauen, zuwege gebracht haben".

Schwerpunkte des CDU-Leitantrags zur Gleichstellung der Frau sind Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, der beruflichen Fortbildung, der Chancengleichheit bei Einstellungs- und Beförderungsfragen; weiterhin Neufassungen im Ehescheidungsrecht und beim Opferschutz in Strafprozessen.

So empfiehlt die CDU eine rasche parlamentarische Behandlung des von der Bundesregierung bereits beschlossenen Erziehungsgeldes in Höhe von 600 DM monatlich; die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, sowie eine einjährige Arbeitsplatzgarantie für den Vater oder die Mutter, die wegen der Pflege des Kindes ein Jahr lang auf Vollzeiterwerb verzichten. Beim Ehescheidungsrecht müsse der Versorgungsausgleich aufrechterhalten bleiben.

Besonderen Wert legt der CDU-Vorstand darauf, daß in Zukunft „die Gleichwertigkeit der Arbeit in Beruf und Familie" dokumentiert und später volkswirtschaftlich auch ausgewiesen wird. Die Gleichberechtigung der Frau müßte institutionell besser verankert sein.

DER KOMMENTAR

Kollision

THOMAS KIELINGER

Seit Wochen bewegte sich das Schiff der neuseeländischen Diplomatie auf Kollisionskurs mit Washington. Jetzt ist der Zusammenstoß da – und das Verteidigungsbündnis des Südpazifik, der Anzus-Pakt zwischen Australien, Neuseeland und den USA steht vor der Existenzfrage.

Der Hintergrund ist denkbar einfach. Die Regierung in Wellington, unter Labour-Premierminister David Lange, verweigert der amerikanischen Flotte Andocken in neuseeländischen Häfen, es sei denn, das um Ankerplatz ersuchende Kriegsschiff gibt vorher zu erkennen, daß es keine Atomwaffen mit sich führe. Eine solche Erklärung können die Amerikaner nicht abgeben, da es zu den Grundsätzen ihrer Sicherheitspolitik gehört – eine Politik übrigens, die bisher von allen Verbündeten der USA akzeptiert wurde – nie offenzulegen, welche Art Bewaffnung sich auf einem bestimmten Schiff befindet.

Das Ansinnen Wellingtons bedeutete also im Klartext, daß kein amerikanisches Schiff auf absehbare Zeit einen Hafen des Bündnislandes Neuseeland würde anlaufen können. Unter solchen Bedingungen Sicherheitsaufgaben wahrnehmen zu wollen, zu denen die USA laut Anzus-Vertrag verpflichtet sind, käme freilich einer Farce gleich. Und so kann es nicht verwundern, daß die USA gestern ihre Teilnahme an dem für März geplanten Seemanöver „Sea Eagle" kommentarlos absagten.

David Lange mag sich mit seiner Anti-Atompolitik des weltweiten Beifalls ähnlich Gesonnener sicher sein. Was diese Eskapade jedoch mit Sicherheitspolitik für sein Land zu tun hat, entzieht sich rationaler Erkenntnis. Sein besorgter Parteifreund und Kollege Hawk, Premierminister von Australien, hat ihn seit langem gewarnt: In der Politik und unter Freunden kann man nicht seinen Kuchen essen und ihn behalten wollen. Den Schutz der USA zu beanspruchen und dann ebenso demonstrativ wie ultimativ Bedingungen für diesen Schutz einzuklagen, setzt den Schutz selber aufs Spiel. Die USA werden gar nicht anders können, als langfristig die Konsequenzen zu überdenken. Bei Freunden wie diesen, so mögen sie sich sagen – wer braucht da noch Feinde?

Unruhe über Arsenfunde in Hamburg

gs. **Hamburg**

Neue Giftfunde im Boden erschrecken die Hamburger Bevölkerung. Nachdem in der Deponie Georgswerder das Seveso-Gift Dioxin nachgewiesen wurde, hat jetzt ein Untersuchungsprogramm für weite Bereiche im Osten der Stadt erhebliche Arsen-Verunreinigungen im Boden ergeben. Bis zu gut 900 Millionstelgramm des Elements Arsen wurden pro Kubikmeter Boden gemessen. Als eine mögliche Quelle gilt die größte Kupferhütte Europas, die Norddeutsche Affinerie, die seit Anfang des Jahrhunderts im Südosten der Stadt produziert.

Die Untersuchungen waren 1981 aufgenommen worden. Bislang sind daraus lediglich die Spitzenwerte, nicht die gesamte Ausdehnung der Verunreinigung bekannt. Seit Ende 1984 allerdings beschäftigt sich eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe mit einem Sanierungsprogramm, das möglicherweise die Abdeckung vergifteter Flächen oder den Erdaushub umfaßt, und eventuell die Nutzungsänderung betroffener Gebiete in Betracht zieht.

Schwierig ist die Sanierungsfrage auch deshalb, weil es für die Arsenbelastung keine Grenz-, sondern lediglich Richtwerte gibt. Für die Sanierung von Deponien etwa gelten 50 Millionstelgramm, für Klärschlamm, der als Dünger auf Felder gebracht wird, 20 Millionstelgramm als Anhaltswert. Der Chef der Hamburger Giftinformationszentrale warnt immerhin vor einer Dramatisierung der Bodenbefunde: Das Arsen sei in der Erde gebunden und nicht flüchtig.

USA sagen Flottenmanöver im Südpazifik ab

wth. **Washington**

Die Weigerung der neuseeländischen Regierung, US-Kriegsschiffe in den Häfen ihres Landes anlegen zu lassen, hat die Zukunft des Südpazifik-Paktes (Anzus) zwischen den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland in Frage gestellt. Verteidigungsminister Weinberger nannte die Entscheidung „sehr enttäuschend". „Die Regierung Neuseelands befindet sich auf einem Kurs, der ihr am Ende selbst nur den größten Schaden zufügen kann", sagte Weinberger.

Das State Department kündigte an, daß die Flottenmanöver, die für den nächsten Monat im Südpazifik mit den drei Anzus-Pakt-Staaten geplant waren, nicht stattfinden werden. Die Zukunft des Paktes jedoch soll nicht vor Beginn der nächsten routinemäßigen Sitzung der Paktstaaten in Canberra zur Debatte stehen.

Der Bann gegen amerikanische Kriegsschiffe ist Teil der Anti-Nuklear-Politik der neuseeländischen Regierung unter Premierminister Lange. Sie weigert sich, nuklearbetriebene Schiffe und solche mit Nuklearwaffen an Bord in neuseeländischen Häfen anlegen zu lassen. Die amerikanische Regierung hatte in der vergangenen Woche um die Anlegeerlaubnis für einen konventionellen Zerstörer gebeten, sich aber geweigert, Auskunft über mögliche Atomwaffen an Bord zu geben.

In amerikanischen Regierungskreisen fürchtet man, daß das neuseeländische Beispiel Schule machen und besonders in Japan zu Protesten gegen US-Kriegsschiffe in den Häfen dieses Landes führen könnte.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Politisch undurchsetzbar

Von Heinz Heck

Die Entscheidung über den Standort der Wiederaufarbeitungsanlage ist eine politische Entscheidung. Das kann niemanden überraschen, am wenigsten den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Denn seine Weigerung am 16. Mai 1979, dem Bau einer solchen Anlage in Gorleben sein Plazet zu geben, hat sie dazu gemacht.

Er sagte damals im Landtag, das umstrittene Vorhaben sei sicherheitstechnisch realisierbar und nicht bedenklicher als andere Anlagen, an die man sich gewöhnt habe. Da er es jedoch für politisch nicht durchsetzbar hielt, ließ er – als Chef der Genehmigungsbehörde – den Antrag der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) gar nicht erst zu.

Kein Wunder, daß sich die Industrie jetzt mehrheitlich unter politischen Gesichtspunkten entschieden hat. Wenn Albrecht dies kritisiert und „Konsequenzen" androht, so muß er sich entgegenhalten lassen, daß die Industrie damals nichts lieber wollte, als ihm den Zuschlag für Gorleben zu erteilen. Auch die von ihm für Dragahn ins Feld geführten betriebswirtschaftlichen und sicherheitstechnischen Argumente gelten in noch stärkerem Maße für das Entsorgungszentrum Gorleben, wo alle einschlägigen Etappen des Brennstoffkreislaufs fast ohne Transportwege beieinander liegen sollten.

Wenn im Februar 1985 überhaupt noch über den Standort der ersten Anlage entschieden werden mußte, so hängt das in erster Linie mit Albrechts damaligem Verhalten zusammen. Die Industrie hatte seinerzeit, wie sich später herausstellte, den Fehler begangen, alles auf die Karte Albrecht zu setzen. Es ist eine Lebenserfahrung, daß man in – tatsächlichen oder vermeintlichen – Monopolsituationen übermütig werden kann. Daraus wurden Lehren gezogen.

Diesmal mußte Albrecht im Wettbewerb gegen Bayern antreten. Wenn er das Ergebnis beklagt, so übersieht er, daß er es sich selbst zuzuschreiben hat. Immerhin: Angesichts des Ausbaus der Kernenergie in der Bundesrepublik dürfte die 350-Tonnen-Anlage in Wackersdorf allein nicht reichen. Vielleicht geht eine zweite nach Dragahn.

Der suspendierte Jesuit

Von Alfons Dalma

Alle diese Erscheinungen hängen zusammen: Der Papst spricht direkt die Armen und die Indios des Anden- und Amazonasgebietes an, schließt im peruanischen Ursprungsland der Befreiungstheologie deren marxistische Verbrämung als häretisch aus, ermutigt die breite demokratische Bewegung der Mitte durch seine Betonung des christlichen Grundwertes der Menschenwürde und -rechte, läßt nicht unfreundlich die Anbiederungsversuche Fidel Castros von der vatikanischen Diplomatie beantworten, rückt aber auch nicht von der Frist ab, die in diesen Tagen zu Ende geht und nach deren Ablauf der Jesuit und Kultusminister Cardenal und die zwei anderen geistlichen Mitglieder der marxistisch-leninistischen Herrschaftsgruppe in Nicaragua, der Außenminister d'Escoto und der Sonderbotschafter Maryknoll, „ab divinis" von ihren sakramentalen geistlichen Rechten suspendiert werden.

Johannes Paul II. hat dafür seine guten Gründe des Glaubens und der Kirchenlehre. Karol Wojtyla ist aber auch als Pole ein gebranntes Kind der Zeitgeschichte.

Zu dieser weltlichen Perspektive kommen indessen auch neue Momente hinzu, die des Papstes entschiedenes Aufräumen mit allen Grauzonen zwischen dem Kommunismus und der Befreiung von der Not nicht nur rechtfertigen, sondern auch aussichtsreich erscheinen lassen. Wie der französische Soziologe und Lateinamerika-Kenner André Tourraine schreibt, ist in den letzten Jahren die allgemeine Bewegung im großen lateinischen Raum südlich des Rio Grande zur früher viel verpönten „bürgerlichen Formaldemokratie", die jetzt als die beste Chance auch für die Armen entdeckt worden ist, im schnellen Ausbreiten, was eine Diktatur nach der anderen ohne Blutvergießen verdrängt.

Das scheint selbst Fidel Castro zu denken zu geben. Die kanonischen Sanktionen gegen die priesterlichen Spätcastristen von Nicaragua sollen dem kubanischen kommunistischen Diktator signalisieren, daß der Papst nur auf eine Bekehrung, keinesfalls auf einen Bluff eingehen kann.

Was gut, was schlecht ist

Von Uwe Bahnsen

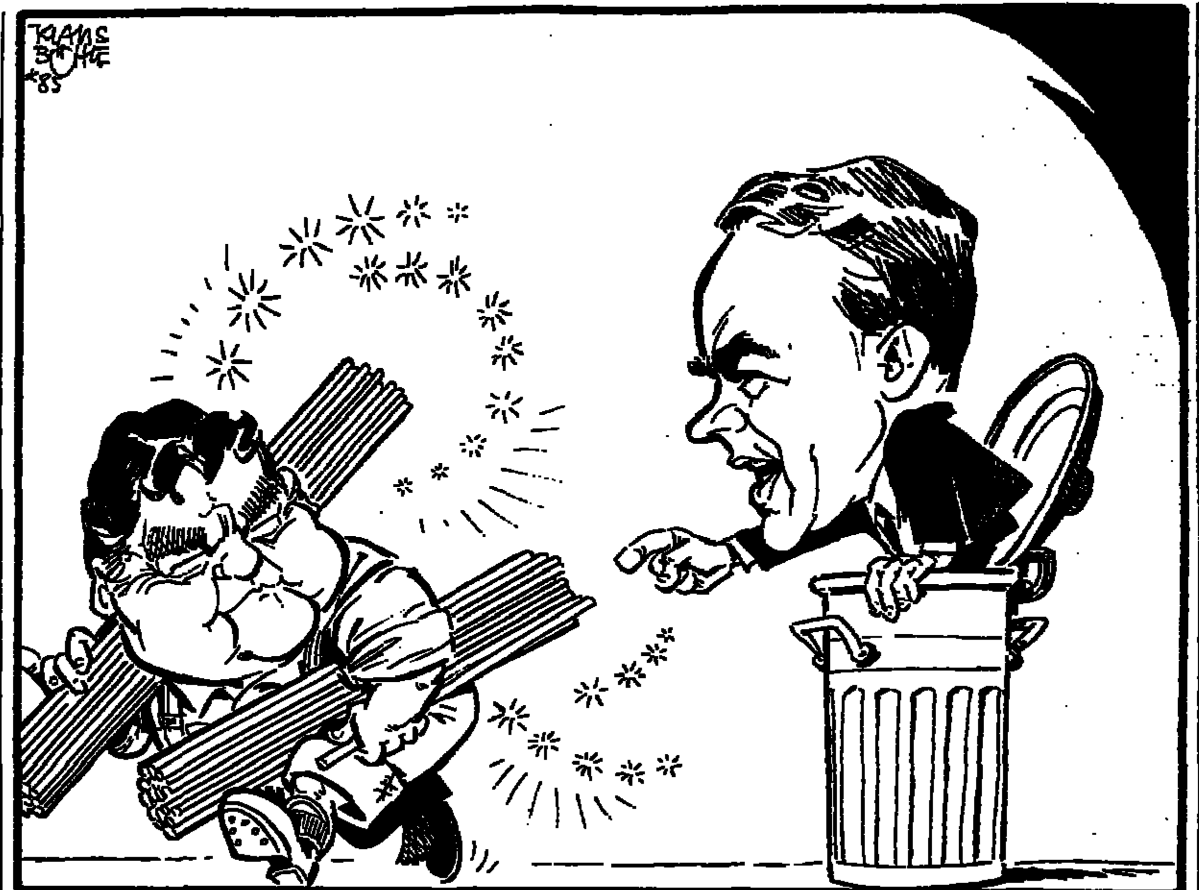
Hamburgs SPD-Fraktionschef Henning Voscherau hat kürzlich in aller Öffentlichkeit die „leider nur beschränkte Akzeptanz unserer Schulpolitik in der Elternschaft" beklagt. So zutreffend wie dieser Befund war auch die weitere Feststellung des Spitzengenossen, die Eltern wüßten „in der Regel sehr genau, was gut und was schlecht für ihr Kind ist", und anzustreben sei infolgedessen eine Schulpolitik, „die diesen Umstand mit Sensibilität einbezieht".

Vor dem Hintergrund solcher Einsichten ist es nur schwer vorstellbar, daß Voscherau und die nicht wenigen Sozialdemokraten, die seine Auffassung teilen, der vom SPD-Senat verabschiedeten Novellierung des Schulgesetzes überzeugt zustimmen können. Denn sie enthält Bestimmungen, die in der Hansestadt unweigerlich zu neuen Auseinandersetzungen führen – in einer Schullandschaft, die das Gegenteil dringend braucht: Ruhe und Kontinuität.

Unter dem Deckmantel eines technokratischen Regelungsbedarfs, den sie mit den sinkenden Schülerzahlen begründet, möchte die Landesregierung ihrem Schulsenator Professor Joist Grolle Instrumente in die Hand geben, um das Schulwesen nun auf administrativen Umwegen zugunsten der Gesamtschule zu verändern. Seine Behörde kann Ausnahmen von der Regelung zulassen, daß eine Schule unwiderruflich ausläuft, wenn zwei Jahre hintereinander die Mindestzahl von Anmeldungen nicht erreicht wird, und es ist anzunehmen, daß diese Ausnahmen vor allem für die Gesamtschulen bewilligt werden.

Denn auf dem Wege der freien Elternentscheidung sind diese Schulen nicht nur nicht vorangekommen, sondern haben an Terrain verloren. Mit der fadenscheinigen Begründung, es müsse in der Schulorganisation mehr „Rechtssicherheit" hergestellt werden, soll gegen diesen Kurs aufbegehrenden Eltern nun auch der Weg zur Verwaltungsgerichtsbarkeit verbaut werden, vor der Grolle eine ganze Serie von Niederlagen erlitten hat.

Die SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft wäre gut beraten, wenn sie sich die Erkenntnisse ihres Vorsitzenden Voscherau zu eigen machen und auf diejenigen hören würde, die „in der Regel sehr genau wissen, was gut und was schlecht für ihr Kind ist".



„He! – Das ist mein Müll!" KLAUS BÖHLE

Die halbe Hegemonie

Von Herbert Kremp

Zur optimistisch getönten Politik der Regierung Kohl gehört die Erwartung, daß die im Gewande der Revanchismus-Kampagne einherstelzende sowjetische Aversion gegen die Bundesrepublik von einer „neuen Normalisierung" abgelöst werden könnte, wenn sich in Genf ein Gesprächserfolg abzeichnete. Der erfolglose Kampf gegen die Nachrüstung habe Moskau getroffen, aber die Leute dort seien Realisten. Dieser Einschätzung kann man nicht ohne weiteres widersprechen. Die entscheidende Frage ist nur, ob die Erwartung einer „neuen Normalisierung" in die historischen Strukturen und Perspektiven paßt, die für Moskau maßgebend sind. An diesem Punkte setzen die Zweifel an der Bonner These an.

Versetzt man sich in das historische Rollenverständnis der Sowjetmacht, so stößt man auf ein Ärgernis, das die Sowjets umtreibt: Trotz des Triumphes von 1945 ist es ihnen weltweit und regional, also in Europa und in Asien, nicht gelungen, den Stand stets gefährdeter Halb-Hegemonie zu überschreiten. Dadurch sieht Moskau nicht seine Sicherheit bedroht, wie eine naive Lehrmeinung lautet, sondern den globalen Herrschaftsanspruch, der in der Konsequenz russischer Politik liegt, betrachtet man die Zeit vor 1917 oder die nach 1921. Da es Lenin nicht gelungen war, die Revolution auf Deutschland auszudehnen, baute sein Nachfolger Stalin auf die inneren Auseinandersetzungen zwischen den „imperialistischen" Mächten, die sich zerfleischen sollten, während die Sowjetunion wie der Jäger auf dem Berge dem Kampf der Tiger im Tale zusehen würde. Aus diesem und keinem anderen Grunde schloß Stalin 1939 den Pakt mit Hitler. Er war ein Wechsel auf die Zukunft.

Der deutsche Angriff von 1941 ließ den Wechsel platzen. Als das Kriegsglück sich 1942 endgültig wendete, strebte Stalin konsequent die Beherrschung des ost- und südosteuropäischen Staatengürtels an, der in der Zwischenkriegszeit als „Cordon Sanitaire" gegen Moskau in Position gebracht worden war. Nach der Logik der ungeteilten Hegemonie konnte die Strategie jedoch nicht an der Elbe enden. Im Zuge der großen Kriegs- und Nachkriegs-Konferenzen wechselte der Taktiker Stalin – scheinbar, nicht tatsächlich – seine Deutschland-Konzeption: Teilung war seine Rede, Gesamtdeutschland sein Ziel – ein freilich sofort oder allmählich unter die sowjetische Hegemonie fallendes Deutschland. Diesmal war es nicht ein Krieg, sondern der Containment-Gegenzug Harry Trumans, der das sowjetische Ziel durchkreuzte, der Zerfall der Kriegskoalition und der Entschluß der damals unbestrittenen Weltmacht USA, in Europa zu bleiben – anders als nach 1918.

Die Bundesrepublik, aus dieser Lage entstanden, begann Stalin eigentlich erst 1951 ernsthaft zu beunruhigen, als Adenauer im Verein mit den Westmächten letzte Hand an den Deutschlandvertrag und an die Europäische Verteidigungsgemeinschaft legte. In seinen Augen drohte damit eine „Struktur" zu entstehen, die Moskau in Europa auf den Stand der Halb-Hegemonie festnageln würde. Die Palme des Sieges von 1945 zeigte gelbe Flecken. In dieser Situation richtete Stalin an die Westmächte jene berühmte Note vom 10. März 1952, in der er, über die „DDR" hinweggehend, ein neutrales Gesamtdeutschland vorschlug, dem alles gewährt werden sollte außer den Ostgebieten und der Bindung an den Westen. Tatsächlich war die Offerte an die Deutschen gerichtet, genauer gesagt an den bürgerlichen Nationalismus, an die Gefühle der Einheit, der Unabhängigkeit und Selbstverteidigung. Bot sich hier nicht eine gewaltige Chance, den Krieg ehrenhaft zu beenden und seine Folgen zu revidieren?

Nach den Zeugnissen gehörte es zu den größten Enttäuschungen Stalins, daß die Westmächte im Verein mit Konrad Adenauer den Plan ablehnten, der die Westorientierung der Bundesrepublik unterbunden und den Vereinigten Staaten den Platz in Europa entzogen hätte. Über die Note von 1952 und den zweiten Versuch Moskaus von 1954 wird weiter gestritten. Aus der damaligen Perspektive jedoch hätte die Sowjetunion von einem neutralen Gesamtdeutschland den vollen Nutzen gehabt: Die überlegene kontinentale Position gegenüber einem ungefestigten, von inneren Kämpfen zerrissenen Land des ewigen Übergangs; eine überlegene Position aber auch gegenüber Frankreich, das dem Magnetismus der Moskauer Macht allein damals nichts entgegenzusetzen hatte. Als die Westmächte und die Bundesrepublik sich dem Plan verweigerten, hatte Stalin zum drittenmal den Ausbruch aus der Halb-Hegemonie verfehlt.



Ein Fehlschlag für Stalin: Adenauer unterzeichnet den Deutschland-Vertrag FOTO: GEORG MUNKER

Einen ernsthaften neuen Anlauf unternahm erst wieder Breschnew, dessen Entspannungspolitik in der Zeit amerikanischer Schwächung tiefe Einbrüche in die deutsche Mentalität zu erzielen vermochte. Konsequent führt die Sowjetunion heute die Serie der Verträge von Moskau 1972 bis zur Akte von Helsinki 1975 als friedensvertragsähnliche Fortschritte ins Feld. Mit ihnen sollte der Prozeß jedoch nicht enden. Durch Hochrüstung, Weltmachtpolitik und expansives Engagement versuchte Breschnew den Weg zur vollen Hegemonie zu bahnen. In Wirklichkeit stieß er aber nur an die Grenzen der amerikanischen Geduld. Die Detente-Stimmung im Westen wich der Erkenntnis der Gefahr, nicht erst seit Reagan, aber seitdem entschieden. Die Niederlage Moskaus im Kampf um die Nachrüstung in Europa ist ein nachgerade symbolisches Ereignis im historischen Kontext. Einmal mehr sollte es Moskau nicht gelingen, Westeuropa, die Bundesrepublik, von den USA abzusprengen.

Inzwischen treten die Schattenseiten der Halb-Hegemonie in ganz Osteuropa drastisch hervor. Die Sonderbewegungen dort sind stärker geworden. Moskau versucht zu disziplinieren – nicht zuletzt durch neue Verhandlungen mit den USA, die Gromyko sich „über alle Köpfe hinweg" vorstellt. Der Kampf um Deutschland, um die Überwindung der Halb-Hegemonie, ist nicht beendet. Er wird härter. Für den, der sich historisch bewußt darauf einstellt, muß das keine Gefahr bedeuten.

IM GESPRÄCH Willi Weiskirch

Des Obergefreiten Auftrag

Von Rüdiger Moniac

Die Voraussetzungen dafür, daß der Bundestag am 14. März den Verteidigungsexperten Willi Weiskirch zu seinem neuen Wehrbeauftragten wählen wird, sind nun gegeben. Gestern hat ihn seine eigene Fraktion einhellig zu ihrem Kandidaten nominiert. Vorher gab es vertrauliche Gespräche mit SPD und FDP, die ihre Unterstützung zusicherten.

Weiskirch, der am Neujahrstag 62 Jahre alt wurde, kann also mit der überwältigen Zustimmung des Parlaments rechnen. Und damit wird eine Tradition im Bundestag fortgesetzt. Der jetzige Amtsinhaber, der Sozialdemokrat Berkhan, und dessen Vorgänger, der Freidemokrat Schultz, erhielten ebenfalls die Unterstützung aller Fraktionen. Lediglich die Grünen sind ein Fragezeichen; mit ihrer ablehnenden Grundeinstellung zur Verteidigung insgesamt dürften sie wohl kaum den neuen Wehrbeauftragten unterstützen.



Neuer Wehrbeauftragter: Weiskirch PETER MITCHELL

Ohne eine so breite Zustimmung wäre die Amtsführung für den Wehrbeauftragten schwer. Er braucht Vertrauen bei der Truppe; Vertrauen aber auch bei denen, für die er die Kontrollaufgabe in der Bundeswehr übernimmt, den Parlamentariern. Es ist das Verdienst von Weiskirchs Vorgängern, daß dieses Amt zu einer unumstrittenen Institution werden konnte.

Der CDU-Politiker hatte – mit einem zerschmetterten Knie als Obergefreiter aus dem Krieg heimgekehrt – bereits in den Gründerjahren der Republik einen großen Anteil an der Schaffung der Bundeswehr. Schon 1950, als nach den Kriegsschrecken das „Ohne mich" dominierte, wurde Weiskirch mit den Plänen Adenauers zum Aufbau der späteren Bundeswehr konfrontiert. Der damals 27jährige, der 1946 bereits der CDU beigetreten war und mithalf, den Bund der Katholischen Jugend aufzubauen, später auch der Chefredakteur des BDKJ-Zentralorgans „Wacht" wurde, bekam in jenem Jahr Nachricht aus dem Kanzleramt, sich zusammen mit dem späteren Bundestagsabgeordneten Josef Rommerskirchen, dem damaligen Vorsitzenden des Bundesjugendringes, von den späteren Bundeswehr-Generalen Graf Kielmannsegg und Baudissin über diese Pläne unterrichten zu lassen. Adenauer hatte seine jungen Parteifreunde ausersehen, bei den Überlegungen mitzuhelfen, für die neue Armee eine innere Ordnung zu finden, die den jungen Soldaten möglichst wenig von ihren neugewonnenen demokratischen Rechten nehmen würde. Dabei entstand als Begriff die „Innere Führung".

Weiskirch hatte keinen Hehl daraus gemacht, wie sehr er sich gegen Adenauers Pläne sträubte. Aber als er schließlich von ihnen überzeugt war, unterstützte er als Journalist den Aufbau der Bundeswehr nach Kräften. 1958 zeichnete ihn die NATO für eine Artikelserie über das Nordatlantische Bündnis aus. 1970 stellte sich Weiskirch ganz in den Dienst der CDU, war bis 1976 ihr Sprecher und danach, bis heute, Mitglied des Bundestages. Er vertritt den Wahlkreis Olpe, in der Nähe dieser Stadt ist er auch geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung schreibt zur innerdeutschen Politik:

In den letzten Monaten hat sich herausgestellt, daß die Absage des geplanten Besuchs von Erich Honecker in der Bundesrepublik einen größeren Rückschlag für das innerdeutsche Verhältnis bedeutete, als man dies ursprünglich annahm. Die Gründe, die für diese Absage maßgeblich waren, bestehen bis jetzt fort. Moskau wünscht, solange es mit Washington zu Abrüstungsverhandlungen ansetzt, keinen innerdeutschen Alleingang. Auch fällt ins Gewicht, daß die Stimmung hierzulande einem solchen Besuch nicht förderlich ist. Der SED-Generalsekretär verschärft nun den Ton noch, indem er all die Umstände aufzählt, die seiner Meinung nach zur Verschlechterung des Meinungsklimas beitragen. Dazu zählt Honecker die Grenzdiskussion, die Haltung der Bundesregierung zum 8. Mai und das Schlesiertreffen im Juni. Wenn man so will, stellt der Generalsekretär damit schon einen Zeitplan für den Abschnitt auf, in welchem er mit Sicherheit nicht in die Bundesrepublik kommt. Das erste Halbjahr 1985 fällt für seine Reisepläne aus.

Lübecker Nachrichten

Sie gehen auf die Rekord-Arbeitslosigkeit ein:

Wieder einmal starren die Bundesbürger wie gebannt auf eine neue Rekordmarke, diesmal auf eine negative: Es gibt gegenwärtig mehr Arbeitslose als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Computer der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg druckte die Zahl 2 619 409 aus. Aber der demokratische Staat wird durch die Massenarbeitslosigkeit nicht in seinen Grundfesten erschüttert. Noch vor einem Jahrzehnt galt es unter den führenden Politikern als ausgemacht, daß die Bundesrepublik eine langanhaltende Beschäftigungskrise nicht verkraften könne. Unvergessen ist der vielkritisierte Ausspruch Helmut Schmidts als Bundesfinanzminister, er nähme lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit in Kauf. Nun ist es genau umgekehrt gekommen. Dabei ließe sich statistisch durchaus eine Parallele zur Krise gegen Ende der Republik von Weimar ziehen. Damals waren schätzungsweise sechs Millionen ohne Arbeit. Aber mit dem harten Los der Arbeitslosen vor einem halben Jahrhundert ist die heutige Areitslosigkeit nicht zu vergleichen. Bei aller Betroffenheit, die angesichts der neuesten Zahlen angebracht und verständlich ist, sollte künstlich keine Katastrophenstimmung geschürt werden.

GULF TIMES

Die in Qatar erscheinende Zeitung meint zum Weizsäcker-Besuch in Jordanien:

Es ist ermutigend, daß einige westliche Länder jetzt offen Verständnis für die palästinensische Sache zu zeigen beginnen. Die westdeutsche Haltung zu dem Palästinener-Problem bedeutet aufgeklärtes Denken, besonders da jetzt ein Bonner Büro für die PLO als legale Vertretung des palästinensischen Volkes erlaubt werden soll. Aber nicht nur das, sondern auch Unterstützung für ein internationales Gipfeltreffen zur Lösung des Nahost-Problems.

Immer wieder Beitragserhöhungen gegen den Infarkt

Kranken- und Rentenversicherung bedürfen der Reform / Von Peter Jentsch

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm geht schweren Zeiten entgegen. Das System der sozialen Sicherung, in Zeiten ungetrübter Zuversicht in immerwährendes Wirtschaftswachstum und ständig gesicherte Vollbeschäftigung entstanden (wie die Rentenversicherung) oder leistungsmäßig ausgebaut und mit Ansprüchen überflutet (wie die Krankenversicherung), schlingert in die Krise.

Auf drei Milliarden Mark beziffern Experten das Defizit in den Rentenkassen allein in diesem Jahr. Und auch von der medizinischen Front kommen Alarmmeldungen: Die Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung stiegen (geschätzt) 1984 um rund sieben Prozent. Sie liegen damit erheblich über der Entwicklung der Grundlohnsumme (plus 2,9 Prozent), mit der sie eigentlich Schritt halten sollen, und belasten mit dieser Marge bereits den Start in das Haushaltsjahr 1985. Um einmal die Größenordnung deutlich zu machen, um die es hier geht: 160 Milliarden Mark zahlt die Rentenversicherung zur Zeit jährlich aus, weitere 100 Milliarden verschlingt die gesetzliche Krankenversicherung.

Schon kalkulieren die Krankenkassen, sollten die Kosten nicht wirksam gedämpft werden können, weitere Beitragserhöhungen. Im Arbeitsministerium bastelt man an einem Katalog von Maßnahmen, um die Kosten einzudeichen. Und heute wollen Spitzenpolitiker der Koalition nach Wegen aus der aktuellen Finanzmisere der Rentenversicherung suchen. Hektik bestimmt also wieder einmal die Politik auf einem Gebiet, das zu seiner langfristigen Konsolidierung, zu seiner Anpassung an veränderte Verhältnisse Mut zur Wahrheit, Schnitte in Ansprüche, Augenmaß und Ruhe brauchte.

Kranken- wie Rentenversicherung wandern also am Abgrund der Illiquidität. Bei drei Milliarden Mark liegt das Defizit der Rentenversicherung, in etwa dieser Größenordnung drohen den Krankenkassen Verluste, wenn nichts geschieht. Und was geschehen wird, zeichnet sich bereits ab: Beitragserhöhungen.

Weitere Beitragserhöhungen aber belasten Arbeitnehmer wie Wirtschaft; sie werden damit zur Schicksalsfrage für den Arbeitsmarkt, da jede weitere Lohnnebenkosten-Mark auch eine Arbeitsplatzvernichtungs-Mark ist. Das Gegenteil aber tut not: Beitragsstabilität, mehr Arbeitsplätze, niedrigere Sozialbeiträge. Das käme auch der Sozialversicherung zugute. Denn wie auch immer ihr System organisiert ist – bezahlt wird es immer aus der Arbeit derjenigen, die Arbeit haben.

An schmerzhaften Operationen zur Sicherung der akuten Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung trotz stagnierender Beschäftigungszahl und geringerer Lohnsteigerungen wird man nicht vorbeikommen. Diskutiert wird heute in der Koalition neben einer Erhöhung des Bundeszuschusses eine Beitragssatzanhebung um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte auf 18,9 bis 19 Prozent. Diese Operation beweist nur, wie dringlich eine umfassende Reform zur Rettung des Systems ist. Denn die ganz großen Belastungen erwachsen der Rentenversicherung erst noch, mit dem steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung.

Die Grünen wie auch Teile der SPD halten bereits Reformrezepte bereit, die auf eine staatsfinanzierte Grundrente hinauslaufen. Wir leben aber nicht in einem Versorgungsstaat. In unser marktwirtschaftliches System paßt nur die lohnbezogene und damit nach der Leistung bemessene Rente. Sie gilt es zu erhalten, wobei eine Formel gefunden werden muß, die die Entwicklung der Bevölkerung mit mehr Alten und weniger Erwerbstätigen, mit mehr Leistungsausgaben und weniger Beitragseinnahmen berücksichtigt. Eine solche Reform drängt auch in der gesetzlichen Krankenversicherung – bevor sie zum Krankheitsherd dieser Republik wird.

Diese Reform kann nur nach einer Formel gelingen: Das System braucht weniger Staat, weniger Bürokratie, es braucht mehr individuelle Freiheit, mehr Eigenverantwortung und mehr Wettbewerb. Alle Beteiligten, Versicherte wie Leistungsanbieter, müssen dazu erzogen werden, sich so sparsam zu verhalten wie bei jedem Geschäft. Dafür gibt es nur ein ordnungspolitisches Instrument: Selbstbeteiligung der Versicherten.

Daneben muß die „Ärzteschwemme" zum Beispiel durch eine Änderung der Kapazitätsverordnung oder durch ein Auswahlverfahren im Anschluß an das Studium wirksam gesteuert werden. Denn allein bis 1990 werden die Kassen durch die Medizinerflut zusätzlich mit 45 Milliarden Mark belastet. Dem Sozialsystem droht der Infarkt.

Im Prozeß von Thorn bleibt ein schwerer Verdacht

Im Thorner Popieluszko-Prozeß sind Fragen aufgetaucht, die das Gericht auffallend ignorierte. Fragen, die zu der Vermutung Anlaß geben, daß die Täter in einer „Parallelaktion" beobachtet wurden. Warum? Von wem?

Von RICHARD ESTARRIOL

Trotz der Knalleffekte in den Plädoyers der Staatsanwälte und der Anwälte der Privatkläger, ist der Großteil der polnischen Bevölkerung davon überzeugt, daß der Thorner Prozeß gegen die Mörder des polnischen Priesters Jerzy Popieluszko nicht die wahren Hintergründe des verhandelten Tatbestandes aufgedeckt hat. Vom formellen Standpunkt aus wurde der Prozeß in seinem öffentlichen Teil korrekt geführt, die Zahl der ungeklärten Fragen ist trotzdem weiterhin groß.

Die von den Vertretern der Privatkläger dargelegte Auslegung der Hintergründe des Verbrechens stimmt teilweise sogar mit der Erklärung der Regierung überein: Der Mord war eine politische Provokation. Das war die Bezeichnung, die bereits ganz am Anfang sowohl General Jaruzelski als auch sein Innenminister General Kiszczak verwendeten. Auf diese Basis gestützt, entwickelte Rechtsanwalt Olszewski – Vertreter der Privatklage der Familienmitglieder des Opfers – vorige Woche in Thorn eine Theorie über die vermutlichen strategischen Ziele jener doppelten Provokation: der Regierung (und den verbündeten Polens) zu beweisen, daß die Mörder aus der anti-kommunistischen Opposition kamen, deren Zielsetzung die Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung und schließlich die Konfrontation sei.

Dafür sei es notwendig gewesen – so lautete die Erklärung Olszewskis – der Regierung (und den Verbündeten Polens) zu zeigen, daß die anti-sozialistischen Elemente auf perfide Weise *„ungewollte" Spuren hinterlassen* hatten (ein geheimnisvolles Polizeiemblem neben dem aufgebrachten Popieluszko-Auto), um das Regime glauben zu lassen, die Täter hätten versucht, den Eindruck zu erwecken, die Mörder seien in den Reihen der „Milicija" zu suchen.

Die zweite Zielsetzung dieser Provokation sei es gewesen, die Kirche und die Opposition, die an die Version der „als Polizisten verkleideten anti-sozialistischen Elemente" nicht hatten glauben wollen, zu einer Radikalisierung der eigenen Haltung zu bringen.

Das unmittelbare Ergebnis der Provokation wäre in beide Fällen dasselbe: den an und für sich bereits schwierigen Dialog zwischen Jaruzelski und der Kirche in Polen zu erwürgen. Und dies hätte eine Schwächung der Stellung Jaruzelskis in seinem eigenen Apparat zur Folge gehabt. Das langfristige Ziel der Anstifter der doppelten Provokation wäre folglich gewesen, das Regime der „Kommunisten in Uniform" zu stürzen.

Wer sind die Anstifter gewesen?

Einer der Anwälte der Privatkläger hat – ohne mit dem Finger auf jemanden zu zeigen – gesagt, er sehe „keine polnischen Interessen in keiner Gruppe oder Schicht der Gesellschaft", die eine solche Strategie rechtfertigen würde. Es stimmt wohl, daß ein ganz kleiner Sektor einer radikalen polnischen Emigration Jaruzelski und seine Kritiker innerhalb der östlichen Allianz auf die gleiche Stufe stellt: Es sind jene, die Jaruzelski einfach als „sowjetischen Agenten" bezeichnen.



Die Angeklagten von Thorn: Piotrowski und Pekala (vorne), Chmielowski und Pietruszka (hinten)

Moskau mißfällt Jaruzelskis Kurs

Es ist aber so, daß einige der Verbündeten Polens keinen Gefallen an Jaruzelskis Politik der Verständigung mit der katholischen Kirche (und indirekt mit der gemäßigten Opposition) finden. In diesem Sinne fühlte sich zum Beispiel die Moskauer Partei-Organisation dazu berufen, in einem Bericht auf die negativen *Aspekte der Politik Jaruzelskis* hinzuweisen, „der allerdings weiterhin der erste Sekretär einer Bruderpartei ist und als solcher in der Öffentlichkeit nicht kritisiert werden darf".

Trotz der sichtbaren Anstrengungen des Thorner Gerichtspräsidenten Kujawa, die Zeugnisse während des Beweisverfahrens auf die unmittelbare Durchführung des Verbrechens einzuschränken, sind in den letzten fünf Wochen wichtige Indizien aufgetaucht, die die Vermutung erlauben, die doppelte Provokation sei eine den Jaruzelski und Kiszczak loyalen Diensten vom ersten Moment an bekannte (und von ihnen eventuell auch indirekt geförderte) Aktion. Diese Aktion hätte als politische Waffe auf höchster Ebene verwendet werden können, wobei es allerdings notwendig gewesen wäre, daß das Verbrechen unentdeckt blieb (man hätte nur über eine ungeklärte Entführung gesprochen). In einer solchen Situation hätte es nur eines von den loyalen Diensten verfaßten Berichtes über die doppelte Provokation für das Politbüro bedurft: Mit einem solchen Bericht in der Hand hätte Jaruzelski den Dogmatikern in den eigeen Reihen einen empfindlichen Schlag versetzen und gegenüber den Verbündeten eine gründliche Säuberung des Sicherheitsdienstes rechtfertigen können.

Der Hauptangeklagte, der ehemalige Hauptmann des Sicherheitsdienstes Piotrowski, lüftete während des Beweisverfahrens etwas den Schleier, der eine mögliche „Parallelaktion" der loyalen Dienste Kiszczaks (der übrigens, bevor er Innenminister geworden ist, Chef der militärischen Abwehr war) bedeckt. Piotrowski, dessen Dienstwagen fünfmal in der *Nacht* des Verbrechens angehalten wurde, bat das Gericht, den verantwortlichen Offizier der Verkehrskontrolle befragen zu dürfen. Die Bitte wurde vom Gerichtspräsidenten Kujawa abgeschlagen. Alles deutet darauf hin, daß der enttäuschte Piotrowski die Existenz einer Beobachtungsaktion vermutete, die – wie man vor Gericht bewiesen hatte – bereits in Bromberg festgestellt worden war, bevor die Entführung begann.

Das Gericht hat auch nicht klären wollen, warum die Handschellen, die das Piotrowski-Kommando für seine Aktion genommen hatte, angesägt waren, wie aufgrund einer kriminologischen Untersuchung festgestellt worden war. Noch immer unidentifiziert ist das mysteriöse Auto, das noch kurz vor der Entführung Popieluszkos am 19. Oktober dem Entführer-Auto folgte: Von der Existenz dieses mutmaßlichen Beobachter-Autos erfuhr man erst, als ein Freund Popieluszkos namens Wilk, der mit dem eigenen Auto als Lotse den Weg aus der Stadt wies, vor Gericht beschrieb, er habe bei seiner Rückkehr nach Bromberg beobachten können, daß nicht nur Popieluszko von Piotrowski verfolgt wurde, sondern auch, daß Piotrowski seinerseits beschattet wurde.

Unklar ist auch geblieben, wieso der unerwartet entflohene Popieluszko-Fahrer Chrostowski eine halbe Stunde nach seiner Flucht auf eine Erste-Hilfe-Station gebracht und dort bereits von einer großen Menge von zivilen Sicherheitsleuten empfangen wurde, die unmöglich in so kurzer Zeit so zahlreich und ohne vorherige Warnung an diesen Ort beordert werden konnten.

Blieb der eigentliche Anstifter verschont?

Die Beobachter im Gerichtssaal konnten feststellen, daß das Gericht alle Verdachtsmomente gegen einen Abteilungsleiter des Innenministeriums immer wieder schnell unter den Tisch kehrte. Dieser Abteilungsleiter ist der *inzwischen suspendierte* General Platek, dessen Stellvertreter, Oberst Pietruszka, als Anstifter der Doppel-Provokation gilt. Erst als die interne Untersuchung des Innenministeriums festgestellt hatte, daß das höchste Glied der Anstifter-Kette Pietruszka war (der daraufhin verhaftet wurde), erst dann berichtete die sowjetische Presse am 2. November, zwei Wochen nach dem Verbrechen, über die Entführung. Platek wurde damals und jetzt im Prozeß offensichtlich geschont.

Die politische Zielsetzung einer solchen, jetzt noch nicht zu beweisenden „Parallelaktion" wurde unmöglich ab dem Moment, wo Chrostowski aus dem Entführer-Auto fliehen konnte. Nachdem Chrostowski die Entführer beschrieben hatte und die Meldung durch die ganze Welt ging, war in Polen niemand mehr in der Lage, eine öffentliche Gerichtssitzung zu verhindern, und für Kiszczak war es nicht mehr möglich, die anvisierte politische Aktion zu starten. In einem Land des realen Sozialismus ficht man den Kampf um die Macht nicht in den Gerichtssälen aus. Und noch weniger, wenn solche Prozesse als politische Propaganda-Waffe gegen das Bündnis verwendet werden könnten: Die Schmutzwäsche wird zu Hause gewaschen, nicht vor dem Gericht.

Vom politischen Parkett zum Picknick im Zelt

Bei den Bemühungen König Husseins, die nahöstlichen Friedensgespräche wieder in Gang zu setzen, war Richard von Weizsäcker ein willkommener Gast in Jordanien. Der Bundespräsident entledigte sich der Aufgabe mit viel Geschick.

Von BERNT CONRAD

Unter gellenden Dudelsack-Klängen, mit weit ausschwingenden Armen defilierten die Soldaten der jordanischen Ehrenkompanie auf dem Flughafen Amman im exakt eingedrillten britischen Geschwindschritt an ihrem Monarchen und dem Gast aus Deutschland vorbei. Bundespräsident von Weizsäcker, soeben zum ersten Mal auf arabischem Boden gelandet, schien etwas verblüfft zu sein.

König Hussein Ibn Talal hingegen – ein Absolvent des Harrow-College und der Offiziers-Akademie Sandhurst – lächelte zufrieden: die flotte Militärkapelle hatte kürzlich bei einem Festival in England für ihre Dudelsack-Musik den ersten Preis gewonnen, und Husseins stimmstarke Sergeanten „schleiften" die strammen jordanischen Rekruten offenbar immer noch so angelsächsisch wie zu Zeiten der legendären Arabischen Legion.

Richard und Marianne von Weizsäcker konnten ihren nahöstlichen „Einstand" kaum als Märchen aus Tausendundeiner Nacht empfinden. Da war vieles vertraut und wenig orientalisch: die selbstsicher neben dem Monarchen wartende blonde Königin, vor 33 Jahren als Lisa Halaby in der amerikanischen Hauptstadt Washington geboren, wirkte nicht gerade wie eine verschleierte Dame, und das feuchte Wetter schließlich war *mit 8 Grad Celsius sogar kühler als* am gleichen Tage in Bonn.

An arabischer Gastfreundschaft ließ sich der energische „kleine König" in Amman nicht übertreffen. Weizsäcker merkte es gleich beim ersten tête-à-tête, als ihn Hussein trotz der unwirtlichen Witterung zu Fuß durch den Schloßpark vom Royal Bungalow zum Konferenzraum im Basman-Palast geleitete: Herzlichkeit wurde groß geschrieben. Der Präsident des *„befreundeten deutschen* Volkes, auf dessen Freundschaft wir stolz sind", war ein überaus gern gesehener Gast.

Das bestimmte auch die fast familiäre Atmosphäre des abendlichen Festbanketts mit arabischen Hors d'œuvre, wilder Pilzsuppe, Roastbeef mit Linsen, Pilzsoße, Tomaten und Gemüsereis, Kuchen und Früchte. Die schlanke Königin in einem eleganten grün-schwarzen paillettenbesetzten französischen Haute Couture-Modell amüsierte sich ebenso gut wie ihr Mann, der viel länger blieb als das Protokoll vorgesehen hatte. Sogar eine vom ungeduldig gewordenen Zeremoniemeister aufgerissene Tür hinderte Hussein nicht, fröhlich mit dem Bundespräsidenten weiter zu plaudern.

Seine Zuwendung hatte nicht nur traditionell-gefühlsmäßig und handfeste materielle Gründe, sie war auch – aktuell – politisch motiviert. Denn Hussein, der sich mit viel persönlichem Engagement für eine Wiederbelebung der festgefahrenen nahöstlichen Friedensbemühungen einsetzt, sieht sich angesichts mangelnden Echos von Frustration bedroht. PLO-Chef Arafat, um den der König intensiv geworben hat, kann sich nicht zu einer Verbindung mit Husseins moderaten Ideen durchringen. Soeben war er zur Rat- und Geldsuche bei den Saudis. Aber gerade die Königsfamilie in Riad, ohne die im arabischen Lager nichts läuft, hält sich bedeckt – sei es aus politischer Vorsicht oder mit Rücksicht auf langwierige interne Entscheidungsprozesse. Für den Jordanier muß das eine ziemliche Enttäuschung sein.

Vermutlich, um vor allem die Syrer positiv zu stimmen, hat Hussein eine internationale Nah-Ost-Konferenz unter sowjetischer Beteiligung vorgeschlagen. Doch da machen weder die Israelis noch die Amerikaner mit. Auf größere Nah-Ost-Aktivitäten Washingtons in Reagans zweiter Amtsperiode aber legt der Haschemitenkönig besonderen Wert. Aus all diesen Gründen läuft im Augenblick im Nahen Osten nicht viel. Daran ändert auch Husseins Appell an Weizsäcker: „Die Zeit läuft aus", kaum etwas.

Den Bundespräsidenten betrachtete der unverwüstliche Jordanier in dieser Situation als willkommenen Partner zur Gewinnung der Europäer und zur Beeinflussung der Amerikaner. *Dem solcher Art in Anspruch* genommenen Gast war das auch gar nicht unangenehm, denn er hatte sich von vornherein vorgenommen, dem König – ebenso wie dem mit ihm sympathisierenden Ägypter Mubarak – politisch und moralisch beizustehen, ohne sich auf Husseins konkrete Konferenzpläne einzulassen.

Dieser Absicht entledigte sich der „Arabien-Neuling" von Weizsäcker mit beachtlichem Geschick. Wie er die *Nahost-Politik Bonns loyal und* pointiert mit unverkennbar eigenen Akzenten darlegte, das war gekonnt. Seine Glaubwürdigkeit erhöhte sich noch dadurch, daß er das für arabische Ohren heikle Thema der deutsch-jüdischen Beziehungen freimütig ansprach. Wem kann es auch nutzen, wenn sich Bonner Politiker wechselweise in Jerusalem zur Freundschaft mit Israel und jenseits des Jordans zur deutsch-arabischen Freundschaft bekennen, ohne die andere Seite zu erwähnen?

Der Bundespräsident, der als Berliner Regierender Bürgermeister mehrfach den jüdischen Staat besucht und ein besonderes Verhältnis zu ihm gewonnen hat, verschwieg das in Amman nicht. Diese Ehrlichkeit, verbunden mit der aufrichtigen Bereitschaft zur Zusammenarbeit, erwies sich als ein gutes Rezept.

Hussein jedenfalls honorierte Weizsäckers freundschaftliche Offenheit und Aufgeschlossenheit mit herzlichen Gesten. Als der Bundespräsident und Marianne von Weizsäcker am Montag nach einer Besichtigungstour durch das Jordantal, geführt von dem sehr kompetenten Kronprinzen Hassan, am Toten Meer eintrafen, fanden sie zu ihrer Überraschung das spontan und ohne Rücksicht auf das Protokoll aus Amman gekommene Königspaar am Ufer vor.

„Ick bün all hier", konnte dabei auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher rufen, der bei solchen Staatsvisiten ganz gegen seine Neigung im Hintergrund bleiben muß. Hier nun war er zufällig eine halbe Stunde vor Weizsäcker eingetroffen und konnte die verbleibende *Zeit zu einem vertraulichen Plausch* mit Hussein vor der im Sonnenlicht blitzenden Seekulisse nutzen.

Bei orientalisch-kulinarischen Köstlichkeiten in zum Wasser hin offenen Zelten verwandelte sich das Zeremoniell des Staatsbesuches dann in eine ländlich-heitere Picknick-Party. Am gegenüberliegenden Ufer, nur wenige Kilometer entfernt, aber erinnerten die hochragenden Berge der israelisch-besetzten Westbank an die *nüchterne Realität eines Konfliktes,* dessen Ende nicht abzusehen ist. Richard von Weizsäcker wird ihn in der zweiten Jahreshälfte beim Staatsbesuch in Israel wieder von der anderen Seite betrachten können.



Am Strand des Toten Meeres: König Hussein, Marianne von Weizsäcker, Königin Noor und Bundespräsident Richard von Weizsäcker FOTO: DPA

Bangemann: Grundtrend ist positiv

PETER JENTSCH, Bonn

Die hohen Arbeitslosenzahlen des Januar widerlegen nach Auffassung von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) nicht den von der Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht geäußerten Optimismus für das laufende Jahr.

In einem Interview des Deutschlandfunks sagte Bangemann gestern, es gebe eine Reihe von Hinweisen aus den Januarzahlen, „daß der Grundtrend der deutschen Wirtschaft durchaus positiv ist". Er werde allerdings überlagert durch die schlechte Entwicklung im Januar. Dieser Monat sei aber „extrem kalt" gewesen, so daß man „nicht von einem normalen Monat sprechen" könne.

Bangemann machte deutlich, daß die hohe Arbeitslosigkeit einmal ihren Grund in der extrem kalten Witterung sowie „in der generell schlechten Tendenz der Bauindustrie finde. Bei einem Auftragsbestand von nur noch 1,7 Monaten sei anzunehmen, daß „die Bauindustrie versucht habe, ihre Aufträge etwas zu strecken". So betrachtet, habe sich der Effekt des schlechten Wetters verdoppelt. Erschwerend komme hinzu, daß sich zum Beispiel im Wohnungsbau die Nachfrage gesättigt habe.

Die Bundesregierung, so betonte der Minister, sei über die Arbeitslosenzahlen „nicht glücklich, das wäre ja auch vermessen und pervers, das zu sagen. Wir sind aber auch nicht entsetzt, weil wir glauben, daß sich auf mittlere Sicht im Laufe dieses Jahres die zugrundeliegende wirklich gute Tendenz in der Wirtschaft durchsetzen wird".

Bangemann nannte es einen „weit verbreiteten Irrtum, daß Rationalisierungsinvestitionen letztlich zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen". Sein Ministerium habe diese Frage durch den Wissenschaftlichen Beirat analysieren lassen. „Das Ergebnis ist ganz eindeutig: Selbst auf mittelfristige Sicht, manchmal sogar sehr kurzfristig, können Rationalisierungsinvestitionen dazu führen, daß nicht nur die vorhandenen Arbeitsplätze sicherer werden, sondern daß in den Bereichen, in denen man rationalisiert hat, mehr Arbeitsplätze geschaffen werden." Das sei auch einleuchtend, denn je besser und billiger man ein Produkt anbieten könne, um so sicherer seien die Arbeitsplätze, auf denen man dieses Produkt herstelle.

Man solle doch endlich die Vorstellung aufgeben, „daß man die Rationalisierung, den technischen Fortschritt aufhalten müßte, um zu sicheren Arbeitsplätzen zu kommen". Mit ihren hohen Löhnen „kann die deutsche Industrie auf Dauer unmöglich konkurrenzfähig bleiben, wenn sie nicht rationalisiert und auf diese Weise die Produkte besser und billiger macht".

Die Prognose des Sachverständigenrates, wonach in diesem Jahr die Zahl der Arbeitslosen um etwa 250 000 sinke, hält Bangemann für „zu optimistisch". Eine lange Diskussion der Probleme diene aber den Arbeitslosen nicht, man müsse handeln. „Und der Kurs, den wir eingeschlagen haben, der ein Wirtschaftswachstum zustande gebracht hat, der sich zum ersten Mal in den vergangenen Monaten auch sehr positiv ausgewirkt hat auf die Kurve der Arbeitslosigkeit, der wird sich in diesem Jahr fortsetzen."

Mit dem Schlag gegen Agent Müller versiegt für Moskau Computer-Quelle

HEINZ BARTH, Bonn

Als einen „schweren Schlag" für die sowjetische Industrie-Spionage bezeichnet die internationale „Herald Tribune" in einer großen Enthüllungs-Reportage die Zerschlagung eines weit verzweigten Spionage-Rings, der von dem 43jährigen Deutschen Richard Müller dirigiert wurde. „Westliche Nachrichtendienste", schreibt das Blatt, „weigern sich, Auskünfte über den Fall zu geben, aber für die amerikanischen Zollbehörden ist Müller eine zentrale Figur auf der Geheimliste der am meisten gesuchten Technologie-Banditen."

Kontroverse zwischen USA und Europa

Die Reportage deckt einen wesentlichen Teil der Hintergründe auf, die in den letzten Jahren zu heftigen Kontroversen zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten wegen der Weitergabe und des Schmuggels geheimer und hoch spezialisierter Technologie an die Sowjetunion und andere osteuropäische Länder geführt hatten.

Von der Staatsanwaltschaft in Lübeck, von der die Untersuchungen deutscher, britischer und schwedischer Geheim-Agenten koordiniert wurden, hat die „Herald Tribune" sensationelle Einzelheiten über den ausgedehnten Schmuggel-Ring Müllers erfahren. Neun seiner Mitglieder, von denen drei kürzere Freiheitsstrafen erhielten und wieder aus der Haft entlassen wurden, sind bereits abgeurteilt.

Müller selbst, der im Dezember 1983 in Hamburg durch das Netz der Polizei schlüpfte, wird von seinen ehemaligen Komplizen, soweit sie sich interviewen ließen, wegen der außerordentlichen Geschicklichkeit gerühmt, mit der er westliche Geschäftsleute und Beamte manipulierte und zur Lieferung auf der Verbotsliste stehender hochentwickelter Technologie überredete.

Auf Grund der Gerichtsunterlagen wird der Wert des Materials, das der Müller-Ring der Sowjetunion lieferte, auf 58 Millionen DM geschätzt; der tatsächliche Preis, den Moskau zahlte, dürfte jedoch, wie einige der ehemaligen Mitglieder des Ringes annehmen, etwa dreimal so hoch gewesen sein.

Aussehen durch eine Operation verändert

Schweizer Banken, die der Staatsanwaltschaft Lübeck Auskunft über die Konten Müllers erteilten, gaben ihre Höhe mit über hundert Millionen Dollar an.

Nach der Zerschlagung seines Ringes läßt sich der Chef des Ringes nur noch selten im Westen sehen. Eine osteuropäische Regierung hat ihn mit einem falschen Diplomaten-Paß ausgestattet. Wie seine einstigen Mitarbeiter behaupten, hat er, um unerkannt im Westen reisen zu können, sein Aussehen durch eine Plastikoperation verändern lassen.

„Wo immer ein Lieferverbot über fortgeschrittene Technologie verhängt wird, ist Müller im Geschäft", verriet Manfred Schröder, ein Computer-Experte, der drei Jahre für ihn arbeitete, der „Herald Tribune". Wie Schroeder, ein früherer Techniker der deutschen Niederlassung der amerikanischen „Digital Equipment Corporation", zu berichten wußte, dürften die Dienste, die Müller der Sowjetunion leistete, ihr ein Minimum von fünf Jahren intensiver Forschung erspart haben.

Nach Auskunft schwedischer und französischer Quellen wurden wertvolle Teile des Geheim-Materials bei der deutschen Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm gestohlen. Die Affäre kam auf, als Computer-Bänder im Besitz von Müllers schwedischem Kompagnon Sven-Olaf Haakanson gefunden wurden, der später lediglich wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurde, weil es in Schweden kein Gesetz gibt, das den Export von Technologie in die Sowjetunion verbietet.

Nicht nur in Schweden, auch in Südafrika wurde Computer-Material beschlagnahmt, das die Müller-Organisation auf diesem Umweg in die Sowjetunion verschaffte. Der sensitivste Teil des Spionage-Komplexes bezieht sich jedoch auf die Entwicklung des europäischen Kampf-Flugzeuges Tornado, an der neben Messerschmidt-Bölkow-Blohm auch englische und italienische Unternehmen beteiligt sind.

Druck blieb nicht ohne Wirkung

Da das Flugzeug ein Kernstück der westeuropäischen Luftverteidigung bis weit in die neunziger Jahre bleibt, sind die langfristigen Folgen dieses Falles unabsehbar.

Der Druck, den die Vereinigten Staaten auf Europa ausübten, um die Lücken technologischer Geheimhaltung zu schließen, ist jedoch nicht ohne Wirkung geblieben. Einige große europäische Firmen, die sich der Müller-Gruppe bedienten, um auf den amerikanischen Verbotslisten stehendes Material an die Sowjets zu verkaufen, dürften nach dem Lübekker Prozeß gegen die Mitglieder des Ringes vorsichtiger geworden sein.

Zu ihnen gehört, laut „Herald Tribune" die schwedische Ingenieur-Firma ASEA, gegen die eine Untersuchung des amerikanischen Handelsministeriums wegen Computer-Schmuggel für ein modernes sowjetisches Stahlwerk läuft.

Müller, gegen den ein Haftbefehl von den US-Behörden verhängt wurde, ist nach Meinung der westlichen Experten seit dem Auffliegen des Spionageringes in seiner Bewegungsfreiheit beträchtlich eingeschränkt. Er residiert in letzter Zeit häufig im Ostberliner Hotel Metropol oder in seiner Budapester Wohnung.

Die Enthüllungs-Geschichte der „Herald Tribune" kommt zu dem Schluß, daß er künftig im Westen nicht mehr so ungestört operieren kann wie zu Beginn der achtziger Jahre.

Erleichterung im WAA-Standort Wackersdorf / Strauß attackiert Albrecht

SPD-Bürgermeister: Jetzt haben wir wieder Aussicht auf Zukunft

PETER SCHMALZ, München

Der Bergmann am alten Verwaltungsgebäude der Braunkohleindustrie ist aus Stein gemeißelt. Er hält einen Pickel in der Rechten, die linke Hand hat er an die Stirn gelegt, als wolle er zuversichtlich in eine frohe Zukunft blicken. Der Mann aus Stein hat Symbolkraft für den kleinen Ort Wackersdorf und seine 3700 Einwohner. „Jetzt haben wir endlich wieder Ausblick auf eine wirtschaftlich bessere Zukunft", sagte gestern Bürgermeister Josef Ebner im Gespräch mit der WELT.

76 Jahre lebte der Ort, 37 Kilometer Luftlinie von der tschechischen Grenze entfernt, sehr gut vom Abbau der fetten Braunkohle, noch heute nennt er sich ein „schmuckes Bergarbeiterdorf". Seit aber im September 1982 die Grube „ausgekohlt" war und schließen mußte, schleicht die Existenzangst durch die Gemeinde, in der heute jeder vierte ohne Arbeit ist. Das Ende der Durststrecke scheint jedoch absehbar, seit der DWK-Vorstand am Montag abend seine Entscheidung bekannt gab, die Wiederaufarbeitungsanlage im nahen Taxölderner Forst zu bauen.

„Wir sind hocherfreut", sagte der SPD-Bürgermeister, der aus seiner Zustimmung zu der fünf bis zehn Milliarden Mark teuren Atomfabrik nie einen Hehl gemacht hat und bei der Kommunalwahl im vergangenen Jahr mit über 70 Prozent in seinem Amt bestätigt wurde. Er ist deshalb sicher: „Auch der Großteil der Bevölkerung votierte ohne Gegenstimme für das Projekt und in der Dorfkneipe wird die DWK-Entscheidung feuchtfröhlich gefeiert. Mindestens 2500 Arbeiter sollen während der mehrjährigen Bauzeit benötigt werden, gut 1600 dann während des Betriebs.

Ebners Parteifreund Hans Schuierer, Landrat in der Nachbarstadt Schwandorf, spricht dagegen von einem „schwarzen Tag für die ganze Region". Vor ersten Demonstranten, die sich noch abends bei Fackelschein am Schwandorfer Marktplatz eingefunden haben, kritisiert er die Entscheidung als „die unsinnigste und unmoralischste, die in diesem Land jemals getroffen wurde" und kündigt an, er werde versuchen, das Projekt „mit allen legalen und friedlichen Mitteln" zu verhindern. Dabei hat er die Unterstützung der bayerischen Landes-SPD, die den Kampf gegen die Anlage zum „zentralen Thema" in diesem Jahr erklärte. Zur ersten Großdemonstration am 16. Februar wird ein SPD-Landesvorstandsmitglied anreisen, womöglich Bayerns SPD-Chef Helmut Rothemund selbst, der gestern meinte: „Die Weichen sind zwar falsch gestellt, aber der Zug muß und kann noch gestoppt werden."

Daß durch die Anlage das Klima zwischen den beiden bayerischen Landtagsparteien CSU und SPD erheblich frostiger werden wird und die durch die Umweltpolitik im vergangenen Jahr gewonnene Annäherung beendet ist, zeigt die Reaktion von CSU-Generalsekretär Gerold Tandler. Es sei „geistig einfach nicht mehr nachvollziehbar", erklärte er entrüstet, „wenn die SPD einerseits ständig die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bejammere, andererseits aber aus purer politischer Existenzangst im Gleichschritt mit Systemgegnern, die wiederkehrende Chance zur Fortentwicklung eines latent strukturschwachen Raumes zu vereiteln".

Tandler spricht von der „Angst- und Panikmache der rot-grünen Allianz", der er vorwirft: „Hier werden die Interessen einer arbeitswilligen und arbeitsuchenden Bevölkerung in rücksichtsloser Weise parteitaktischem Kalkül untergeordnet." Er sei aber dennoch davon überzeugt, so der CSU-General, daß der Bau politisch durchsetzbar ist.

Diese Meinung äußerte auch Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß gestern während der Kabinettsitzung des bayerischen Ministerrats.

Auch das bayerische Kabinett befaßte sich gestern außerhalb der Tagesordnung mit der Wiederaufarbeitung und begrüßte den Beschluß als eine „sachgerechte Entscheidung". Ministerpräsident Franz Josef Strauß aber nutzte die anschließende Pressekonferenz zur ausführlichen Darlegung der Vorgeschichte. „Nicht um Gegenvorwürfe zu erheben", meinte er, vermied es aber dann doch nicht, seinem Kollegen Albrecht Fehlverhalten zu unterstellen.

Niemand, so Strauß, habe die Absicht gehabt, Niedersachsen „aus diesem Projekt zu verdrängen", bis Albrecht noch unter sozialliberaler Bundesregierung verkündet habe, das Vorhaben sei technisch machbar, aber politisch nicht durchführbar, weshalb er darauf verzichte. Der bayerische Regierungschef gestern: „Wir hätten erwartet, daß Niedersachsen damals einen etwas flexibleren Standpunkt einnimmt."

Dann sei Bayern eingesprungen, und erst im Herbst 1982 habe Albrecht ihm neues Interesse an der Anlage bekundet. Man habe daraufhin die Planung koordiniert und sei nicht einig gewesen, in keinen Subventionswettlauf zu treten. Doch „mit Befremden" habe er einen Brief Albrechts an die DWK vom 15. Januar dieses Jahres zur Kenntnis genommen, in dem Niedersachsen die kostenlose Bereitstellung der Infrastruktur wie Straßen, Schienen und Kanäle in Aussicht stellte. Erst über die DWK habe er, Strauß, davon erfahren und geantwortet: „Bayern wird mit jedem Angebot gleichziehen."

Seite 2: Politisch undurchsetzbar

Hannover: Eine Niederlage für den Norden

dos, Hannover

Breite Enttäuschung bei der niedersächsischen Landesregierung und der sie tragenden CDU, bis zur Schadenfreude reichende Kritik aus den Reihen der Opposition – dies ist der Rahmen, in dem sich die Reaktionen auf die Standortentscheidung in Niedersachsen bewegen. Ministerpräsident Ernst Albrecht und CDU-Fraktionschef Werner Remmers bewerten das Votum als „politisch kurzsichtig und in der Sache falsch". Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dieter Austermann sprach von einer „Niederlage für den Norden".

Im Gegensatz zu Albrecht, der vor allem unternehmenspolitische Interessen geltend macht, sehen SPD und FDP in Niedersachsen den DWK-Beschluß hauptsächlich als eine politische Entscheidung. Die Regierung Albrecht habe mit ihrem Zickzackkurs in Sachen Energiepolitik die Niederlage zum allergrößten Teil selbst verschuldet.

DWK avisiert Investitionen von drei Milliarden Mark

dos, Hannover

Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) wird ihren Verwaltungssitz auch künftig in Hannover haben. Unabhängig von der Entscheidung der DWK-Gesellschafter, die Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf zu errichten, werde Niedersachsen weiterhin eine wichtige Rolle für die Entsorgung von Kernkraftwerken spielen, erklärte ein DWK-Sprecher.

Nach Angaben der DWK geht es dabei im wesentlichen um die direkte Endlagerung ausgedienter Brennelemente. Gesellschafter, Aufsichtsrat und Vorstand der DWK seien der Auffassung, daß diese Entsorgungstechnik zur Anwendungsreife weiterentwickelt werden soll. Die Arbeiten zur Schaffung der in Niedersachsen gelegenen Endlager im Salzstock Gorleben, in der Grube Konrad und in Asse würden bis zur Genehmigungsreife fortgesetzt. Darüber hinaus sei ebenfalls in Niedersachsen der Bau einer Endkonditionierungsanlage vorgesehen.

Mit diesen Maßnahmen seien in den nächsten Jahren Investitionen von mehr als 3 Mrd. DM verbunden. Durch den Betrieb dieser Anlagen würden rund 1000 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen. Die Kosten für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wakkersdorf beziffert die DWK auf rund 5 Mrd. DM. Dieser Rahmen lasse erwarten, daß die Anlage, die spätestens 1995 voll in Betrieb sein soll und dann weit über 1000 Menschen beschäftigen wird, auch gegenüber ausländischen Anlagen konkurrenzfähig betrieben werden kann.

Welche Gründe den Ausschlag für die Entscheidung pro Wackersdorf gegeben haben, teilt die DWK nicht mit. Vorstandsmitglied Carsten Salander verweist auf unternehmensspezifische Interessen der Gesellschafter. Fest steht aber, daß der Beschluß nicht einstimmig, sondern nur mehrheitlich erfolgte, wobei der Hauptgesellschafter, das RWE, für Wackersdorf votierte.

SPD will untere Einkommen stärker entlasten

DW. Berlin

Ein Programm zur Steuerentlastung als Alternative zum Konzept der Bundesregierung hat die SPD-Bundestagsfraktion gestern in Berlin beschlossen. Ziel der Reformvorschläge ist eine stärkere Berücksichtigung der unteren Einkommensgruppen. Dies soll nach den Angaben des SPD-Finanzexperten Dieter Spöri erreicht werden über eine einheitliche Anhebung des Kindergeldes um 45 Mark je Kind und Monat bei einem Verzicht auf die von der Bundesregierung geplante Erhöhung des Kinderfreibetrages. Außerdem soll zum Kindergeld ein Schülerzuschlag zwischen 150 und 250 Mark gezahlt sowie der Grundfreibetrag von 1988 an angehoben und der Steuertarif im unteren Einkommensbereich abgeschwächt werden.

In einem Entschließungsantrag der Fraktion zum Bericht zur Lage der Nation, der voraussichtlich am 27. Februar im Bundestag debattiert wird, wird die Bundesregierung aufgefordert, die Respektierung der „DDR"-Staatsbürgerschaft mit einer „öffentlichen regierungsamtlichen Feststellung" zu verdeutlichen. Zugleich solle sie erklären, daß die Bundesrepublik Deutschland niemanden gegen seinen Willen für die deutsche Staatsbürgerschaft im Sinne des Grundgesetzes in Anspruch nehmen wird. Eine Änderung des Grundgesetzes, wie sie die „DDR" fordert, stehe aber nicht zur Diskussion.

Neue Medien: Glotz ermuntert DGB

DW. Berlin

Die Neuen Medien sind nach Auffassung von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz nicht mehr aufzuhalten. In einer Diskussionsveranstaltung in Berlin fügte er hinzu, man müsse sie deshalb „unternehmerisch auffangen". Glotz kritisierte die Zurückhaltung der Gewerkschaften in dieser Frage. Sie könnten beispielsweise bei privaten UKW-Stationen bereits mit einem Gesellschaftskapital von 50 000 Mark „durchaus mitmachen".

Gegen einseitige Leistungselite

E. N. Bonn

In einer verstärkten Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher sieht der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Frau Dorothee Wilms, keine einseitige Bevorzugung bestimmter „Elite"-Gruppen, da die von ihr so bezeichnete „Leistungselite" auch den handwerklichen Bereich einschließe. Sie verwies darauf, daß das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 1985 für Benachteiligtenprogramme 256 Millionen Mark zahle, während für die Begabten-Organisationen und -Werke im gleichen Zeitraum 88 Millionen aufgewendet würden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bischof Kruse: Die Grenzen akzeptieren

epd, Berlin

In das Gedenken des 40. Jahrestages des Kriegsendes am 8. Mai muß nach Ansicht des Berliner evangelischen Bischofs Martin Kruse auch „das Leiden des russischen Volkes" einbezogen werden. In einem Interview des epd erklärte Kruse, hier sei „etwas zu lange Zeit beiseitegeschoben" worden, was unausweichlich zum „Stuttgarter Schuldbekenntnis" dazugehöre, wenn dieses Bekenntnis vom Oktober 1945 „redlich nachvollzogen und mitvollzogen werden soll". Kruse bezog sich dabei ausdrücklich auf den früheren Magdeburger Bischof Werner Krusche, der seiner Kirche vorgehalten hatte, die Opfer der Sowjetunion nicht richtig zur Kenntnis genommen und die Schuld in dieser Richtung ausgeklammert zu haben.

Kruse wandte sich jetzt gegen eine „Aufrechnung des Leidens zwischen den Völkern". Dies führe ebensowenig weiter wie ein Aufrechnen von Schuld. Für die Versöhnung zwischen den Völkern gibt es nach Kruses Worten „keine andere Möglichkeit, als zu erkennen zu geben, daß wir die Grenzen nicht verschieben wollen und können. Wir haben die Grenze zwischen Deutschen und Polen so zu akzeptieren, wie sie ist", betonte der Bischof. Er kritisierte das Motto des Schlesiertreffens. „Auch in der gegenwärtigen Fassung" signalisiere es, „daß man alte Verhältnisse zurückholen will". Dies halte er „für friedensgefährdend, für unrealistisch *und für vertrauenzerstörend*".

Zu dem von den beiden großen Kirchen in der Bundesrepublik für den 8. Mai im Kölner Dom geplanten ökumenischen Gottesdienst müssen nach Kruses Auffassung „selbstverständlich" auch Kirchenvertreter aus der „DDR" eingeladen werden. In dem „Wirrwarr der Stimmen" zum 8. Mai wird nach Kruses Ansicht die geplante gemeinsame Erklärung der Evangelischen Kirchen in Deutschland und des „DDR"-Kirchenbundes „eine wichtige klärende und die gemeinsame Verantwortung betonende Funktion" haben. Er gehe davon aus, „daß dieses Wort nicht, wie manche Pressekommentatoren gemeint haben, an lauter Klippen und Schwie*rigkeiten scheitern wird", betonte* der Bischof.

Zimmermann mahnt Sicherheitsbehörden, gemeinsam auf Fahndungserfolg hinzuarbeiten

Bonn hat Verständnis für BKA-Kritik

MANFRED SCHELL, Bonn

Die ungewöhnliche und in der Form bisher einmalige öffentliche Kritik des BKA-Präsidenten Boge an dem Vorgehen von Generalbundesanwalt Rebmann in der Terroristenbekämpfung hat die zuständigen Politiker in Bonn alarmiert, die – wenn es zu Versäumnissen kommen sollte – die politische Verantwortung dafür übernehmen müssen. Vor diesem Hintergrund ist die gestrige Erklärung von Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) zu verstehen, die Sicherheitsbehörden sollten „gemeinsam auf einen Fahndungserfolg hinarbeiten". Der Minister nennt in diesem Zusammenhang weder Boge noch Rebmann beim Namen, aber beide sind gemeint. Boge hatte sein Vorgehen gegen Rebmann nicht mit dem Innenminister abgesprochen, aber Zimmermann hat „in der Sache" durchaus Verständnis dafür. Allerdings wird es im Bundesinnenministerium für falsch gehalten, den hinter den Kulissen schon seit langem schwelenden Streit mit Rebmann zum jetzigen Zeitpunkt öffentlich anzusprechen und damit gleichzeitig auch noch die Landeskriminalämter in München und Stuttgart, die zu den bestausgerüsteten gehören, zu verärgern.

Boge hatte davor gewarnt, den Mord an dem MTU-Vorstandsvorsitzenden Ernst Zimmermann in Gauting, den versuchten Bombenanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau im Dezember 1984 und den Raubüberfall von RAF-Mitgliedern auf ein Geldinstitut in Würzburg im März 1984 als „provinziell begrenzte Einzelaktionen" zu behandeln. Boge hatte diese Erklärung nach einer „Lagebesprechung" mit den Leitern der zentralen Sicherheitsbehörden Frankreichs und Belgiens am Montag im BKA in Wiesbaden abgegeben. Dabei war man übereinstimmend zu der Auffassung gelangt, daß die terroristischen Aktivitäten eine „europäische Dimension" erreicht haben. Deshalb sei eine länderübergreifende „Gegenstrategie" notwendig.

Herr des Verfahrens ist Generalbundesanwalt Rebmann. Aus seiner gesetzlich abgesicherten Handlungsfreiheit heraus kann er entscheiden, welche Polizeibehörden er mit den Ermittlungen betraut. Rebmann hat sich, was die terroristischen Verbrechen auf bayerischem Boden betrifft, für das Landeskriminalamt in München entschieden. Im Fall des versuchten Sprengstoffanschlags auf ein Rechenzentrum in Stuttgart, bei dem sich der Terrorist Thimme in die Luft gesprengt hat, ist das baden-württembergische Landeskriminalamt eingeschaltet worden.

Das Bundeskriminalamt hat nach Gauting eine Tatortgruppe entsandt und ist im Landeskriminalamt in München mit „Verbindungsbeamten" vertreten. Das BKA ist damit in eine „Randrolle" gedrängt worden. Die Frage, die sich aus dieser Entscheidung Rebmanns heraus stellt, liegt auf der Hand: Ist eine solche Zersplitterung des zur Verfügung stehenden Fahndungsapparates angesichts der europäischen oder gar weltweiten Verbindungen der Terroristen adäquat?

Rebmann wird in Bonn als sachkundiger und engagierter Mann geschätzt, gleichwohl sind seine Erklärungen zur terroristischen Gefahr – die im Vorfeld des Mordes in Gauting abgegeben worden sind – kürzlich im Bundeskabinett angesprochen worden. Im Bundeskabinett war die Meinung vertreten worden, Rebmann sollte hier mehr Zurückhaltung üben, denn schon wiederholte Beschreibungen des terroristischen Gefahrenpotentials könnte der RAF Auftrieb geben. Nicht nur im Bundesinnenministerium, sondern vor allem auch im Bundeskriminalamt wird es als ein „Fehler" Rebmanns angesehen, die Ermittlungskapazitäten des BKA diesmal nicht voll in Anspruch zu nehmen.

Als ein Musterbeispiel für ein erfolgreiches Zusammenwirken zwischen dem BKA und vier Bundesländern wird die Verhaftung der Terroristen Christian Klar in der Nähe von Hamburg und der ebenfalls gesuchten RAF-Mitglieder Schulz und Mohnhaupt in Frankfurt angesehen. Die beiden Frauen wurden damals durch Angehörige der Grenzschutzgruppe GSG 9 festgenommen. Klar wurde in Zusammenarbeit von Einsatzkommandos der Polizei Hamburgs und Schleswig-Holsteins verhaftet, als er sich in einem Waldstück einem geheimen Erddepot genähert hatte.

Die Kritik von Boge richtete sich auch dagegen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland, im Gegensatz zu den Nachbarländern, keine „zentrale Bearbeitung" der jüngsten Terroranschläge gibt. Diese zentrale Bearbeitung gibt es bei uns bisher nur auf der Ebene des Generalbundesanwaltes, nicht aber der Polizei, obwohl sich das BKA als „Zentralstelle" dafür eignen würde.

Bei der Zusammenkunft der drei Sicherheitschefs in Wiesbaden hat sich die übereinstimmende Meinung herauskristallisiert, daß die Terroristen um den Aufbau einer „westeuropäischen Guerrilla" bemüht sind. Dies werde nicht nur durch öffentliche Erklärungen der Terroristengruppen in Frankreich, Belgien und in der Bundesrepublik Deutschland und die Benennung jeweiliger Kommandos mit Namen ausländischer Terroristen deutlich. Ein Beleg dafür sei auch, daß der Sprengstoff, der für Verbrechen in den drei Ländern benutzt worden sei, aus einem Diebstahl in Belgien stamme.

Gefahr für Belgien

HELMUT HETZEL, Brüssel

„Wir müssen dem Terrorismus die Stirn bieten." So reagierte der belgische Justizminister Jean Gol auf den Anschlag der „Kämpfenden Kommunistischen Zellen" (CCC) im Dezember 1984 auf das NATO-Pipeline-Netz. Inzwischen, so weiß man, ist die „Internationale des Terrorismus" durch diesen vermutlich von der RAF und der französischen „Action Directe" ins Leben gerufenen Ableger in Belgien vertreten. Es gibt sogar Anzeichen, daß das Land mit dem EG- und NATO-Sitz zu einem neuen logistischen Zentrum des internationalen Terrorismus ausgebaut werden soll.

Zwar reagierten die belgischen Behörden schnell. So wurde beispielsweise eine „Anti-Terror-Eingreifgruppe" (GIA) aufgebaut und nach den ersten Bombenanschlägen rund 600 Menschen verhört. Aber eine langfristige Anti-Terror-Strategie hat offenbar weder das Innen- noch das Justizministerium anzubieten. Daß zumindest aber die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden bereits *funktioniert, bestätigt ein Brüsseler* Botschaftssprecher: „Es gibt direkte Kontakte zwischen dem Bundeskriminalamt, den zuständigen Verfassungsschutzstellen und den entsprechenden Behörden hier."

Doch Belgien müßte, aufgrund der offenen Benelux-Grenzen, auch die niederländischen Stellen stärker miteinbeziehen. Dort gab es ebenfalls Anschläge einer bisher unbekannten „Nördlichen Terrorfront" auf Polizeidienststellen. Bisher gebe es allerdings noch keine eindeutigen Anzeichen für internationale Terrorverbindungen, meinte ein Sprecher des holländischen Justizministeriums. Die Niederlande jedoch seien für eine intensivere internationale Terrorismusbekämpfung jederzeit ansprechbar.

USA: Passive Verteidigung reicht nicht

FRITZ WIRTH, Washington

Das State Department hat zusammen mit der amerikanischen Industrie eine gemeinsame Stabsabteilung zur Terrorbekämpfung und zum Schutz amerikanischer Geschäftsleute im Ausland gegen Terroranschläge eingerichtet. „Es gibt viele Möglichkeiten", sagte Außenminister Shultz, der diese Initiative bekanntgab, „mit denen unsere Sicherheitsbeamten Geschäftsleuten im Ausland helfen können. Beispielsweise durch Informationen über besondere Risikogebiete, durch unseren Kommunikationsapparat in Notfällen und sogar durch Hinweise über die sichersten Lokale in einer Stadt."

Shultz hofft durch diesen Informationsaustausch und diese engere Kooperation die Unruhe in der amerikanischen Industrie über wachsende Risiken ihrer Angestellten im Ausland reduzieren zu können. Diese Unruhe war vor wenigen Wochen durch die Erschießung von zwei amerikanischen Bürgern nach der Geiselnahme *eines Flugzeugs aus Kuwait auf dem* Flughafen in Teheran gewachsen.

Der amerikanische Außenminister, der seit Monaten für eine härtere und offensive Strategie in der Terrorismusbekämpfung eintritt, rief die demokratischen Länder zugleich zu gemeinsamen Anstrengungen und Maßnahmen gegen diese Bedrohung auf.

Shultz hatte in der Vergangenheit schon mehrere Male Präventivschläge gegen Terrorvereinigungen empfohlen. Er wiederholte diese Forderung am Montag abend in einer Rede vor der amerikanischen Gesellschaft für industrielle Sicherheit. „Unser Ziel muß es sein, Terroranschläge zu verhindern und Terroristen abzuschrecken. Die Erfahrung der letzten Jahre hat uns gezeigt, daß die beste Abschreckung gegen Terrorismus die Gewißheit ist, daß schnelle und entschlossene Maßnahmen gegen die Ur*heber dieser Anschläge ergriffen* werden. Eine rein passive Verteidigung reicht nicht mehr aus. Es ist an der Zeit, die Möglichkeiten einer aktiven Terror-Verhinderung, der Präventiv-Maßnahmen und der Vergeltung zu erwägen."

Shultz rief zugleich die demokratischen Nationen zu gemeinsamen Sanktionen gegen jene Länder auf, die den Terror aktiv unterstützen. Zu oft hätten sich vom Terror betroffene Länder aus Furcht vor kommerziellen Verlusten von solchen Maßnahmen abhalten lassen. „Einige Opfer jedoch werden notwendig sein, wenn wir in Zukunft nicht noch einen höheren Preis zahlen wollen", erklärte Shultz.

Furcht vor Terroristen in Perugia

M. v. ZITZEWITZ, Varese

Die einzige Ausländeruniversität Italiens, seit mehr als 60 Jahren in dem Renaissance-Palast Gallenga in Perugia (Umbrien) untergebracht, erschreckt in diesen Tagen des wiedererwachenden internationalen Terrorismus nicht nur die Bürger der alten Etruskerstadt. Man spricht immer lauter von der Befürchtung, daß sich unter den 5000 Studenten aus 153 Ländern gefährliche Elemente befinden könnten.

Bereits vor sechs Jahren, als eine Flut von Khomeini-Anhängern und anderen jungen Leuten aus „heißen" Ländern nach Perugia kam, die Mauern mit arabischen Kampfparolen und die Straßen mit Unruhe füllten, herrschte hier eine Panik, die fast zur Schließung der Ausländeruniversität geführt *hätte. Seit jener Zeit werden* täglich alle Daten und Veränderungen der ausländischen Studentenbelegschaft an das Polizeipräsidium und das Innenministerium in Rom gemeldet. Wie wichtig das ist, zeigt die Liste der „Ehemaligen", die mit Terror-Akten und Spionage zu tun hatten. In Perugia eingeschrieben und von den Professoren als „Musterstudenten" beurteilt, waren die Terroristen von München 1972, der Papst-Attentäter Ali Agca, der in der „Universita per Stranieri" den Namen Faruk Ozgun führte, und die sieben fanatischen Kamikaze, die im November 1984 in Rom bei der Vorbereitung eines Attentats auf die amerikanische Botschaft verhaftet wurden.

Vor wenigen Wochen wurde ein Dozent für Italienisch aus dem Ostblock, der sich in Perugia für einen Fortgeschrittenenkurs eingeschrieben hatte, nach seiner Abreise als Agent des KGB entlarvt. Die Verantwortlichen der Ausländeruniversität erklären, daß sie nur Studenten mit ordnungsgemäßen Papieren aufnehmen. Es sei nicht ihre, sondern Sache der Autoritäten und Sicherheitsdienste, Personalien und Einreisevisen besser zu kontrollieren.

Unter den 5131 Ausländern des vergangenen Jahres stellten 963 deutsche Studenten, die hier zum größten Teil die nötigen Sprachkenntnisse für ein Medizinstudium in Italien erwerben wollen, das höchste Kontingent, gefolgt von 871 Griechen, 458 Jordaniern und 372 Amerikanern.

„Geläutert“ beginnt die KPF ihren Parteitag

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Kommunistische Partei Frankreichs geht wie in allen Jahren zuvor nach außen geschlossen in ihren 25. Parteitag, der heute in Paris beginnt. Die Grundwelle des Protestes, die seit Juni 1984 über sie hinwegging, ist abgeebbt. Von den 95 Ortsverbänden, die seit Oktober den Resolutionsentwurf der Parteiführung diskutierten, haben nur drei dagegen votiert. Alle anderen stimmten ihm unter Pro-forma-Zusätzen, die nichts an der Situationsanalyse und Strategie der Führung änderten, mit überwältigenden Mehrheiten zu. Die „Dissidenten“ sind in Reih und Glied zurückgetreten.

Einige von ihnen wie der frühere Minister Marcel Rigout oder der bisherige Parteisprecher Pierre Juquin werden auf dem Kongreß ihre Thesen von einer Änderung der parteiinternen Demokratie, einer Abkehr vom Modell der sozialistischen Länder oder der Suche nach einer neuen Mehrheit der Linken in abgemilderter Form vorbringen können, um der Außenwelt eine „Demokratische Partei“ vor Augen zu führen. Aber keine dieser Thesen wird Aufnahme in das Schlußpapier finden.

Pierre Juquin verkörpert sozusagen den Mißerfolg der Dissidenten. Er hatte nach der Wahlniederlage der KPF in den Europawahlen des Juni 1984 (11,2 Prozent) vom „historischen Niedergang“ der Partei gesprochen und eine „Diskussion ohne Tabu“ über eine neue Strategie gefordert. Von Parteichef Marchais als „Kamerad Tabu“ verhöhnt, kämpft Juquin auf verlorenem Posten, bis er jetzt von seinem eigenen Verband im Südpariser Departement Essonne massiv überstimmt wurde.

So werden wie bisher die rund 1750 Parteitagsdelegierten ihren Hunderten von Gästen aus aller Welt, darunter Mikhail Solomentsew und Vadim Sagladin aus der Sowjetunion, eine geschlossene, fest hinter Marchais stehende innerlich „geläuterte“ und zum alleinigen Kampf und zur Macht entschlossene Partei demonstrieren. Eine Partei, auf die der „historische“, harte Kommunismus unter Führung Moskaus Verlaß haben kann.

Moskau würdigt Stalins Rolle in Jalta

DW. Moskau/München

Die Rolle Josef Stalins bei der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 ist vom sowjetischen Außenministerium gewürdigt worden. Wie der Pressesprecher des Ministeriums, Wladimir Lomeiko, erklärte, habe Stalin den Konferenzpartnern Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt gegenüber ein „hohes Maß an Kollegialität“ gezeigt und in keiner Weise, etwa durch psychologischen Druck, seine Position als Gastgeber ausgenutzt. Das sowjetische Parteiorgan „Prawda“ hielt es dagegen für opportun, die besondere Rolle Stalins bei der Jalta-Konferenz herunterzuspielen. In einem Artikel, den die Moskauer Zeitung aus dem Ostberliner Parteiorgan „Neues Deutschland“ übernahm, wurde die entsprechende Passage nicht abgedruckt.

Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums erneuerte die Revanchismus-Vorwürfe an die Adresse der Bundesrepublik Deutschland. Die „revanchistischen Kreise in der Bundesrepublik“ verfolgten das Ziel, ein „Klima der Hysterie“ zu schaffen und glauben zu machen, man könne die Grenzen in Europa verändern, sagte Lomeiko vor Journalisten.

Als Gefahr für den Frieden bezeichnete der Europaabgeordnete Otto von Habsburg die gewaltsame Teilung Europas als Folge der Konferenz von Jalta. „Entgegen dem Abkommenstext wurden rund 100 Millionen Europäer unter die sowjetische Herrschaft gepreßt.“ Das sei keine dauerhafte Friedensordnung, meinte Otto von Habsburg. Er bezeichnete den tschechischen Exilpräsident Eduard Benes als den „alleinigen Erfinder der Vertreibung“. Benes habe seine Vermittler-Rolle zwischen Roosevelt und Stalin seit 1942 dazu mißbraucht.

Rumänisches Konsulat in Ungarn geschlossen

AFP, Budapest

Die rumänischen Behörden haben vor drei Wochen ihr Konsulat in Debreczin in Ost-Ungarn geschlossen. Westliche diplomatische Kreise in Budapest sehen in dieser Maßnahme einen erneuten Beweis für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Budapest und Bukarest. Sie weisen darauf hin, daß die ungarisch-rumänischen Beziehungen insbesondere wegen der Lage der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen gespannt seien. Die Diplomaten unterstreichen auch, daß Rumänien beim traditionellen Neujahrs-Empfang in Budapest nicht vertreten war. Die rumänische Regierung soll den ungarischen Behörden ein Entschuldigungsschreiben gesandt haben.

Abrüstungskonferenz profitiert vom Dialog der Supermächte

Moskaus Delegationschef sieht „Hoffnungsschimmer“ / C-Waffen-Vertrag hat Vorrang

IRENE ZÜCKER/DW. Genf

Vorsichtigen Optimismus hat gestern der Leiter der sowjetischen Delegation bei der UNO-Abrüstungskonferenz in Genf, Viktor Israelian, im Hinblick auf die Abrüstungsbemühungen der Supermächte erkennen lassen. Bei der Eröffnung der Frühjahrssitzung der Konferenz sagte er, es bestehe ein „Hoffnungsschimmer“, daß der Rüstungswettlauf verlangsamt werden könne. Als wichtigsten Schritt bezeichnete er die Einigung Washingtons und Moskaus über die Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen.

Israelian betonte jedoch die sowjetische Position, wonach ein Hauptziel dieser Gespräche sei, die Weltraumrüstung zu verhindern. Der am 12. Mai beginnende Dialog sollte „von Realismus und dem Willen zur Zusammenarbeit geprägt sein“, sagte Israelian.

Kritik an den USA

Den USA und der NATO warf der Diplomat vor, an ihrem „Kurs der Verschärfung der militärischen Konfrontation“ festzuhalten. So setzten sie die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien fort.

Auf einige andere westeuropäische Länder werde „von der anderen Seite des Atlantik“ Druck ausgeübt, der Stationierung solcher Waffen auf ihrem Gebiet zuzustimmen. Schließlich seien Frieden und Sicherheit durch Konzepte gefährdet, mit denen die bestehenden Grenzen zwischen den europäischen Staaten in Zweifel gezogen würden.

Die Abrüstungskonferenz in Genf, der zehn westliche, acht osteuropäische und 21 blockfreie Länder sowie China angehören, ist gegenwärtig das einzige multilaterale Gremium für Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle. Seit Jahren steht die Konferenz, die etwa sieben Monate im Jahr tagt und nach dem Konsensprinzip arbeitet, im Schatten des Ost-West-Verhältnisses. Vom politischen Willen der beiden Supermächte abhängig, konnte sie keine eigentlichen Fortschritte erreichen. Mit den bevorstehenden bilateralen Abrüstungsgesprächen sollten nach Ansicht von Beobachtern nun diejenigen Hindernisse wegfallen, die konkreten Ergebnissen bisher im Weg standen.

Die Verhandlungsdelegationen in Genf hoffen, daß sich ein verbessertes Verhältnis der Großmächte auch auf die Abrüstungskonferenz positiv auswirkt, denn Sowjets und Amerikaner sollten an Fortschritten sowohl bei bilateralen als auch multilateralen Verhandlungen interessiert sein.

Priorität bei den diesjährigen Gesprächen der Genfer Abrüstungskonferenz wird die Aushandlung eines Vertrages zur völligen Ächtung chemischer Waffen haben. Die Verhandlungspartner haben sich im Prinzip auf zahlreiche Einzelregelungen einer Konvention geeinigt, und sie liegen zum Teil in der Vertragssprache vor. Noch offen sind die beiden Bereiche Überwachung einer künftigen Nicht-Produktion von C-Waffen sowie die politisch schwierige Frage der sogenannten Verdachtskontrolle. Was letztlich aber zählt, ist der politische Wille der Großmächte.

Ein weiteres Thema dürfte die Verbesserung des Schutzes von Satellitensystemen sein, für das sich auch die Bundesrepublik Deutschland stark macht. Auch die Einrichtung eines Arbeitsausschusses für Weltraumfragen wird erwartet. Im kommenden September soll der Nichtverbreitungsvertrag – die USA und die Sowjetunion verpflichten sich darin unter anderem zu Verhandlungen über die Abrüstung – überprüft werden.

Keine schnellen Resultate

Der jugoslawische Botschafter Miljan Komatina, der zugleich neuer Generalsekretär der Konferenz ist, faßt die Erwartungen der Genfer Delegierten realistisch zusammen: „Niemand erwartet von den bevorstehenden Verhandlungen der Supermächte schnelle Resultate. Deshalb ist noch nicht abzusehen, wie sich die bilateralen Gespräche auf die multilaterale Abrüstungskonferenz auswirken werden.“

In einer Botschaft an die Konferenz unterstrich UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar die Notwendigkeit eines atomaren Teststopps und eine Konvention zum Verbot chemischer Waffen. Auch müßten die Bemühungen zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum verstärkt werden.

Im Belgrader Prozeß fehlten Beweise

Relativ milde Urteile gegen Dissidenten / Schlappe für die „Dogmatiker“ der Partei

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In Belgrad wurden die Urteile im größten und langwierigsten politischen Prozeß verkündet, den Jugoslawien seit dem Tode Titos erlebt hat. Wegen des Verbrechens der sogenannten „feindlichen Propaganda“ wurden der Journalist Miodrag Milic – bisher Mitarbeiter der Belgrader Zeitung „Politika“ zu zwei Jahren, der Soziologe Milan Nikolic zu anderthalb Jahren und der Schriftsteller Dragomir Olujic zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Die Anwälte der Verurteilten wollen beim Obersten Gericht Jugoslawiens Berufung einlegen. Einer der anfangs Angeklagten, Pavlusko Imsirovic, war für unschuldig erklärt und das Verfahren gegen ihn eingestellt worden. Einer der Verteidiger bezeichnete den Ausgang des Verfahrens als Sieg auf dem Wege zur Demokratie in Jugoslawien.

Tatsächlich fällt auf, daß die Urteile im Vergleich zu früheren jugoslawischen Strafprozessen ähnlicher Art relativ milde ausgefallen sind. So erhielt der Soziologie-Dozent Vojislav Seselj im vergangenen Jahr für ein ähnliches „Delikt“ acht Jahre Haft, die er inzwischen absitzen muß (auch wenn das Strafmaß mittlerweile auf die Hälfte reduziert wurde). Noch 1981 wurde gleichfalls in Belgrad Milorad Selic zu sieben Jahren wegen „feindlicher Propaganda“ verurteilt.

Da denkt man allerdings, daß es der Anklage in keinem einzigen Punkt gelungen ist, einen ernsthaften Beweis für die „Schuld“ der Verurteilten zu erbringen. Die Strafen sind daher immer noch sehr hart. Von 21 Belastungszeugen sagten vor Gericht zwanzig zu Gunsten der Angeklagten aus.

Die „Beweisstücke“, welche der Staatsanwalt vorlegen konnte, waren einzelne Exemplare jugoslawischer Emigrantenzeitschriften aus dem Ausland, die sich in den Wohnungen der Beschuldigten vorfanden, sowie Exemplare des von Milovan Djilas verfaßten Buches „Die neue Klasse“, die gleichfalls im Ausland gedruckt worden waren.

Die Angeklagten sind allesamt wegen „verbaler Delikte“ verurteilt worden. Die Beschuldigung, sie hätten mit ihren Diskussionsabenden einen Umsturz des Regimes vorbereitet, mußte fallengelassen werden. Ein prominenter Belgrader Dissident erklärte, es sei immer noch hart genug, wenn in einem zivilisierten Lande jemand zu zwei Jahren oder anderthalb Jahren verurteilt werde, sobald er im Gespräch Kritik am Regierungssystem oder an der gegenwärtigen Regierung seines Staates übe.

Gewisse Kreise in der kommunistischen Führung hofften, die Dissidenten und die akademisch-intellektuelle Opposition im Lande einschüchtern zu können. Statt dessen haben sie eine Solidarisierung unter den Oppositionellen der verschiedenen Teilrepubliken erzielt. Zum zweiten ist durch den Prozeß die westliche Linke, die bisher stets für Jugoslawien und den Titoismus eintrat, gegen die Tito-Nachfolger mobilisiert worden. Von US-Kongreßabgeordneten bis zu deutschen Grünen wie Petra Kelly und Ex-General Bastian hat sich eine Protestfront gegen Jugoslawien aufgebaut, die den Regierenden in Belgrad weder angenehm noch gleichgültig sein kann.

Schließlich hat die Handhabung des Prozesses auch zu Auseinandersetzungen zwischen „Liberalen“ und „Dogmatikern“ in Partei und Regierung geführt. Der „starke Mann“ Stane Dolanc, ehemals Innenminister und jetzt Mitglied des Parteipräsidiums, muß gemeinsam mit dem Staatspräsidenten Veselin Djuranovic Vorwürfe einstecken, weil beide nicht beweisen konnten, was sie anfangs behaupteten: daß die Angeklagten Konterrevolutionäre und Verschwörer seien. Dagegen haben gemäßigte Parteiführer wie Mitja Ribicic und der international angesehene Experte für Fragen des Weltkommunismus, Aleksandar Grlickov, mit ihren Warnungen vor einer solchen Gesinnungsjustiz recht behalten.

Vorwürfe gegen Meese verworfen

Ämterpatronage nicht erwiesen / Eine Anhörung des künftigen Generalstaatsanwaltes

FRITZ WIRTH, Washington

Auf dem Kapitol in Washington ging gestern eine der längsten, peinlichsten und zuweilen wohl auch heuchlerischsten Debatten um ein Ministeramt zu Ende und wie kaum anders zu erwarten, gab es am Ende mehr Leidtragende als Sieger. Im Mittelpunkt stand der bulldoggenhafte Edwin Meese, ein enger Vertrauter Präsident Reagans noch aus Gouverneurstagen in Kalifornien.

Am 23. Januar des letzten Jahres wollte Reagan Meese zum Generalstaatsanwalt machen. Damit begann ein Marathonlauf der Intrigen, Verdächtigungen und der Halbwahrheiten, in dem selbsternannte Ankläger wie Verteidiger an Gesicht und an Substanz verloren. Das Drama erreichte mit der Anhörung des Edwin Meese durch den Justizausschuß des Senats seinen Höhepunkt.

Es war das „Remake“ der Anhörung vom März 1984. Damals vermuteten eine Reihe demokratischer Senatoren noch einige Skelette im Schrank des Edwin Meese. Meese, der in seiner juristischen Laufbahn keine beträchtlichen Reichtümer ansammeln konnte, sollte danach Ämterpatronage betrieben haben.

Die Vorwürfe: Meese habe einem Mann namens McKean aus San Francisco, der ihm einst bei der Beschaffung eines günstigen und zum Teil zinslosen Darlehens in Höhe von 60 000 Dollar behilflich war, im Oktober 1981 den Weg in das Direktorium der Gouverneure der Postbehörde geebnet. Außerdem habe Meese später beim Verkauf seines Hauses die Finanzhilfe eines kalifornischen Geschäftsmanns namens Thomas Barrack beansprucht, der in der Folge eine leitende Position im Innenministerium in Washington erhielt.

Meese bestritt jeden Zusammenhang zwischen diesen Finanztransaktionen und dem Karriereschub der beiden Geschäftsleute. Da Meese bei deren Ernennung in Regierungsämter jedoch nicht seine früheren Beziehungen zu ihnen erwähnt hatte, schlug er selbst vor, daß ein unabhängiger Richter alle Vorwürfe gegen ihn, die sich inzwischen auf elf Vorfälle angehäuft hatten, untersuche.

Der 385-Seiten-Bericht wurde im September 1984 vorgelegt. Die Bilanz des Richters Jacob Stein: „Es gibt keine Basis, gegen Meese irgendein Verfahren wegen eines kriminellen Vergehens einzuleiten.“

Den Gegnern des Edwin Meese genügte es nicht. Sie glaubten auf diesem Persilschein des Richters Stein beträchtliche Grauzonen zu entdekken. Es sei zu prüfen, argumentierten sie, ob sein ethischer und moralischer Standard den hohen Ansprüchen seines Amtes genüge. Darüber aber habe der Stein-Report geschwiegen.

Mußte er wohl auch. Denn dies zu prüfen, war dem Richter niemals aufgetragen worden. Das nun gab einigen demokratischen Senatoren die Chance, gegenüber Meese die Rolle des Staatsanwaltes zu spielen. Das machte die Anhörung, die insgesamt anderthalb Tage dauerte, zeitweise zu einem Schau-Tribunal.

Unerwartete Schützenhilfe erhielten diese Ankläger von „Büro für Ethik“, einer Behörde, die ein direktes Produkt der Watergate-Affäre ist und alle Personalentscheidungen der Regierung untersucht. In diesem Büro waren zwei Beamte zu dem Schluß gekommen, daß das Verhalten von Meese den „Anschein“ eines Ämtermißbrauchs vermuten lasse.

Das beflügelte Joe Biden, den demokratischen Senator aus Delaware, zu einem hochemotionalen Solo-Auftritt, dessen Leitthema war: Es genügt nicht, daß hier legal alles in Ordnung ist. Das moralische Verhalten dieses Mannes liegt unterhalb des Standards, den sein künftiges Amt verlangt.

Es wurde schnell klar: Biden und andere oppositionelle Senatoren wußten sehr wohl, daß sie die Ernennung von Meese nicht verhindern konnten, zumal sich der Verdacht des Ämtermißbrauchs der beiden Beamten aus dem „Büro für Ethik“ schnell als ein Mißverständnis erwiesen hatte. Ihr Ziel war unverkennbar, Meese vor seinem Amtsantritt zumindest noch einmal öffentlich und vor allen Fernsehkameras zu demütigen.

Meese selbst hörte diesen Moralpredigten mit grimmigem Gesicht zu. Den Gefallen, öffentlich „Sorry“ zu sagen, tat er ihnen nicht. Er räumte lediglich ein, daß er vieles anders gemacht hätte, hätte er damals um die möglichen Folgen gewußt. Dennoch hakte Archibald Cox, der als Staatsanwalt in der Watergate-Affäre internationalen Ruf bekam und heute Vorsitzender der Bürgerrechtsvereinigung „Common Cause“ ist, mit der Anschuldigung nach: „Ich halte die Einschätzung des ‚Büros für Ethik‘ für unglaublich. Hier liegt nicht nur der Anschein von Amtsmißbrauch vor, dies war Amtsmißbrauch.“

Die Anhörung ließ kaum Zweifel: Dies war nicht nur der Versuch, Meese auf seinem Weg ins neue Amt Stolpersteine in den Weg zu legen, hier brach auch der uralte Konflikt zwischen Ost- und Westküsten-Establishment auf. Meese ist einer der letzten Männer der „Kalifornischen Mafia“ um den Präsidenten, die sich allerdings seit einigen Monaten im Zustand der Selbstauflösung befindet. Da war außerdem die Versuchung groß, auf Meese einzuschlagen und den Präsidenten zu meinen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Monopolanspruch des DGB

Unter dem Stichwort „DGB und die Regierung proben die Normalität“ haben Sie in Ihrer Ausgabe vom 26. Januar über die Gespräche zwischen der Regierung und den Gewerkschaften berichtet. Die Antwort des Kanzlers – so heißt es in Ihrem Bericht – habe die Weichen in Richtung normaler, kontinuierlicher Kontakte gestellt. Zum Erstaunen der DGB-Vertreter habe der Kanzler erklärt, daß er sich der Notwendigkeit „starker Gewerkschaften“ bewußt sei. Er habe versprochen, die CDU/CSU-Fraktion zu „bitten“, sich vor Einbringung ihres Entwurfs zur Änderung des Betriebsverfassungs- und des Personalvertretungsgesetzes noch einmal mit dem DGB zu besprechen. Der Kanzler habe gespürt, daß dieses Thema von vielen Spitzengewerkschaftern als „Prüfstein“ für ihr Verhältnis zur Regierung betrachtet werde.

Kein vernünftiger Mensch wird die Notwendigkeit starker Gewerkschaften bestreiten. Darum geht es aber gar nicht, sondern immer wieder um den Monopolanspruch des DGB, als sog. Einheitsgewerkschaft die einzige legitime Gewerkschaft in der Bundesrepublik zu sein. Dieser Anspruch hindert z. B. den Bundeskanzler daran, auch andere Gewerkschaften (wie den Christlichen Gewerkschaftsbund mit immerhin rund 300 000 Mitgliedern) zu einer gemeinsamen Besprechung aller repräsentativen Gewerkschaften einzuladen, weil der DGB es ablehnen würde, an einer solchen Besprechung teilzunehmen. Wegen seines Monopolanspruchs sperrt sich der DGB gegen jede Veränderung der Betriebsverfassung, die den kleineren Gewerkschaften (herablassend „Splittergruppen“ genannt) eine Verbesserung und Verstärkung ihrer Rechtsstellung in den Betrieben bringen würde.

Wir leben in einem pluralistischen Staat, in dem jedem Arbeitnehmer das Recht zusteht, nach eigenem Gutdünken zusammen mit anderen zum Schutze ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Interessen eine Gewerkschaft zu gründen oder einer Gewerkschaft nach freier Wahl beizutreten. Ein Gewerkschaftsmonopol ist ausgeschlossen; es muß Raum sein für mehr als eine Gewerkschaft.

Unter diesen Umständen muß die Behauptung des Vorsitzenden der Postgewerkschaft überraschen, die Bundesregierung wolle ihren Einfluß bei der Unionsfraktion geltend machen, „die Kernfrage der Veränderung der Betriebsverfassung zu überdenken“!

Dr. W. Truckenbrodt, Bonn

Berliner Berufungen

„Nützliche Idioten“; WELT vom 5. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Behauptung, die „von Kommunisten beherrschten Gremien der FHW“ wollten die Berufung eines hochqualifizierten Gewerkschaftsspezialisten aus politischen Gründen verhindern, verfällt Ihr Kommentator nicht nur in die üble Gepflogenheit, alles zu denunzieren, was links von der Mitte noch Hochschulreform wagt. Er lenkt auch vom eigentlichen Skandal ab, zu dem dieser Berufungsfall inzwischen geworden ist: der fachlich dubiosen Berufungspolitik des Berliner Wissenschaftssenators Kewenig.

Die Tatsache: In der Berufungskommission für die fragliche Stelle „Industrielle Arbeitswelt“ hat niemand (nicht einmal der Vertreter jener Professorenmehrheit, die nunmehr Wilkes Berufung fordert) den von Ihnen propagierten Bewerber in die engere Wahl gezogen. Der Grund ist einfach: Andere Bewerber waren für diese wirtschafts- und industriesoziologische Stelle schlicht besser und genauer qualifiziert, was Herrn Wilkes Kenntnisse im Bereich der politischen Soziologie und der Interessenverbände gar nicht herabsetzen soll.

Eine zweite Tatsache: Im September 1984 erklärte Senator Kewenig öffentlich, er werde bei Vorliegen gleicher Qualifikation bevorzugt Frauen auf Hochschullehrerstellen berufen. Und hier beginnt seine Verlegenheit. Die Mehrheit des Akademischen Senats der FHW schlägt eine Frau zur Berufung vor, deren zumindest mit anderen Bewerbern gleichwertige Qualifikation fachlich außer Frage steht. Der Senator hielt es für besonders intelligent, diese bestens ausgewiesene Bewerberin in vergleichende Gutachten, die er sich anfertigen ließ, bewußt nicht einzubeziehen. Er scheint geahnt zu haben, daß rein fachlich kein Argument an der von der FHW-Mehrheit vorgeschlagenen Wissenschaftlerin vorbeiführt.

Ihr Kommentar unterschlägt also die tatsächlich skandalösen Seiten dieser „schmählichen Sache“. Die Mehrheit der Studenten und der Lehrkräfte an der FHW kann nicht einsehen, warum eine hochqualifizierte Soziologin, die den Lehrkörper der FHW fachlich bereichern und die Zahl der Professorinnen mit einem Schlage (von 1 auf 2 bei 40 männlichen Hochschullehrern!) verdoppeln würde, den allenfalls wendepolitisch begreifbaren Personalwünschen einer notorischen Lobby von CDU und „Notgemeinschaft“ geopfert werden soll.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. Ulf Kadritzke, Vorsitzender der Berufungskommission „Industrielle Arbeitswelt“, Berlin

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Mitglied des Akademischen Senats (AS) der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin kann ich bestätigen, daß die linke Mehrheit des AS (bestehend aus Vertretern der GEW/ÖTV, SEW-Ads, Juso und AL) seit vielen Monaten die Berufung eines qualifizierten Wissenschaftlers auf die Stelle Wirtschaftssoziologie boykottiert.

Bereits im SS '84 brachte ein Vertreter der linken Fraktion einen Listenvorschlag zu dieser Stelle im AS ein, der von der Mehrheit der Professoren (SPD, CDU) aus fachlichen Gründen abgelehnt wurde. Nach dem BerlHG ist dann eine weitere Abstimmung über den Vorschlag der Professoren notwendig. Die linke Fraktion verhinderte jedoch bis heute diese Abstimmung (durch Auszug aus dem AS, Vertagungs- und Nichtbefassungsbeschlüsse). Das ist meiner Meinung nach undemokratisches und auch illegales Verhalten.

Wenn erklärt wird, daß die Kandidaten der linken Fraktion besser qualifiziert seien, so mag das eine Auffassungsfrage sein. Die von der Professorenmehrheit vorgelegten Gutachten zeigen aber eindeutig, daß der von der Professorenmehrheit favorisierte Bewerber Dr. Wilke fachlich am besten geeignet ist. Dem Senator ist zuzustimmen, wenn er primär fachliche Kriterien bei der Auswahl berücksichtigt – und nicht etwa das Geschlecht des Bewerbers, wie es Linke wollen.

Mit freundlichen Grüßen,
Professor Dr. W. Wedig, Berlin 48

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Fernsehtribunal

„Leserbrief: Der Unterschied“; WELT vom 17. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß Herr Kürten durch seine Zeilen nicht im geringsten entkräften konnte, daß der Gesprächspartner Roedger im „Aktuellen Sport-Studio“ wie vor einem altrömischen Tribunal gesessen hat. Richtiger wäre gewesen, wenn Dieter Kürten sich entschuldigt hätte, weil er als Hauptredaktionsleiter Sport im ZDF dieses Interview „in dieser Form“ überhaupt zugelassen hat.

Doch er selber hat in den vergangenen Jahren im Sport-Studio auch – und dies darf hier einmal ausgesprochen werden – manches Mal bei seinen Interviews in den persönlichen Bereich des jeweiligen Sportlers bzw. der Sportlerin hinein Fragen gestellt, die vor den vielen Millionen Zuhörern besser unterblieben wären. Bei allem sollte eben doch Takt als selbstverständlich vorausgesetzt werden, d. h., es sollten nur Fragen gestellt werden, die die Eingeladenen vor dem Fernsehschirm gerne beantworten, was sich die neue Sport-Moderatorin für die Zukunft merken sollte.

Der Eishockeyspieler Roedger wäre vor einem ordentlichen Gericht nicht so und nicht mit dem vielen Drum und Dran befragt worden, da weder Richter noch Schöffen einem Angeklagten subjektive, d. h. einseitige und ihn eventuell selber belastende Fragen stellen dürfen. Meines Erachtens kann in diesem Falle wirklich von einem „Tribunal“ gesprochen werden, so wie es in dem insgesamt ausgezeichneten Artikel „Das Fernsehgericht tagt“ vom 7. Januar somit richtig geschildert worden ist.

Mit freundlichen Grüßen
H. Spindler, Lübeck

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Wort des Tages

» Es gibt eine Höflichkeit des Herzens; sie ist der Liebe verwandt. Aus ihr entspringt die bequemste Höflichkeit des äußeren Betragens. «

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Personalien

MUSEUM

Dr. **Gabriel Simons**, seit über zweieinhalb Jahrzehnten oberster Volkskundler des Rheinlandes und seit 1976 Chef des damals gegründeten Amtes für Rheinische Landeskunde des Landschaftsverbandes Rheinland in Köln, ist in den Ruhestand getreten. Der gebürtige Rheinländer aus Bodendorf an der Ahr, der heute in Köln lebt, hat innerhalb seiner Amtszeit an die 200 Filmdokumentationen über alte Volksbräuche, aussterbende oder vom Aussterben bedrohte Handwerke und alte bäuerliche Lebensformen gedreht, zahllose Umfragen zu Themen wie „Rheinischer Karneval“ und „Volksfeste im Rheinland“ durchgeführt und fast 50 Städteatlasmappen über alte Stadtrechtsorte im Rheinland editiert. Die Nachfolge von Simons hat der 42jährige Sprachhistoriker Dr. **Fritz Langensiepen** aus Kappel im Hunsrück übernommen. Bereits seit Oktober 1979 ist er Referent für Sprachgeschichte des Amtes, dessen Leitung er jetzt übernahm. Er baute die Sprachabteilung mit dem Schwerpunkt „Mundartliche Bestandsaufnahme im Rheinland“ auf.

GEBURTSTAG

80 Jahre besteht im November dieses Jahres der Deutsche Städtetag (DST), an dessen Spitze das Geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. **Bruno Weinberger** steht, der am 13. Februar seinen 65. Geburtstag begeht. Dabei kann der gebürtige Bayer und promovierte Jurist gleichzeitig auf eine 25jährige Tätigkeit beim DST zurückblicken. Seine Wahlzeit wird im Herbst 1986 enden. Seit 1951 lebt Weinberger für die Kommunalpolitik: zunächst im Landkreis Bayern und seit 1960 im DST, wo er zunächst erster Beigeordneter und Finanzdezernent war, bis er 1968 Geschäftsführendes Präsidialmitglied wurde. Die Ära Weinberger beim DST ging einher mit



Bruno Weinberger FOTO: HELMUT STAHL

dem Wirken hervorragender Städtetagspräsidenten, wie **Willy Brandt**, **Alfred Dregger**, **Hans-Jochen Vogel**, **Hans Koschnick** und **Manfred Rommel**. Die Laudatio zu diesem seltenen Doppeljubiläum wird am 13. Februar in der Kölner Hauptgeschäftsstelle der derzeitige Präsident **Günter Samtlebe**, Oberbürgermeister von Dortmund, halten. Die Leistungen Weinbergers für die deutschen Städte haben ihren Schwerpunkt auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiet. Seine Arbeit beim DST begann 1960 mit einer Verteidigungsschrift für die Gewerbesteuer. Eine für die Entwicklung der deutschen Städte außerordentlich wichtige Maßnahme war 1967 der Aufbau der Finanzierung für den innerstädtischen Verkehrsausbau. Höhepunkt der finanzpolitischen Bemühungen Weinbergers war die Gemeindefinanzreform von 1969. Heute, zu Beginn des Jahres 1985, gilt sein besonderes Augenmerk der Erhaltung des kommunalen Sparkassensystems und vor allem der Wiederbelebung der kommunalen Investitionstätigkeit, die zu Beginn der 80er Jahre hinter der Konsolidierung der Gemeindehaushalte zurücktreten mußte.

AUSZEICHNUNG

Der „Emil-Dovifat-Preis“ für 1985 vom „Verein Union-Presse“ ging an die Journalisten **Helmut Müller** von den „Westfälischen Nachrichten“ in Münster und **Norbert Stahl** von der „Katholischen Nachrichtenagentur“ (KNA) in München. Der mit je 7500 Mark dotierte Preis wird für „hervorragende journalistische Leistungen“ im Regionalbereich vergeben. Er ist nach dem bekannten Publizistik-Wissenschaftler **Dovifat** benannt, der viele Jahr in Berlin gelehrt hatte und dort 1969 starb.

Günther Niemeyer, Verleger der Deister- und Weserzeitungen in Hameln, ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Niemeyer war Geschäftsführender Gesellschafter der 1797 gegründeten Buchdruckerei und des Zeitungsverlages C. W. Niemeyer.

NACHRICHTEN

Vertrauen zu Kremer

Düsseldorf (sid) – Das neue Präsidium des Bundesliga-Klubs Fortuna Düsseldorf hat Trainer Willibert Kremer einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. In den letzten Tagen waren Gerüchte aufgetaucht, der Fußballehrer werde entlassen.

Renault bleibt

Paris (sid) – Renault wird auch in diesem Jahr an der Formel-1-Weltmeisterschaft teilnehmen. Am 18. Februar stellt das Werk in Paris seinen neuen Wagen vor. Zeitweise gab es Spekulationen, das Formel-1-Team würde den Sparmaßnahmen im französischen Automobil-Konzern zum Opfer fallen.

Happel: Neues Angebot

Hamburg (sid) – Ernst Happel, Trainer des Hamburger SV, will sich innerhalb der nächsten acht Tage entscheiden ob er seinen Vertrag bei dem Bundesliga-Klub verlängert. Auch Juventus Turin soll Happel jetzt ein Angebot gemacht haben.

Keine Dopingbefunde

Hamburg (dpa) – Im Bereich des Deutschen Leichtathletik-Verbandes gab es 1984 keinen Dopingfall. Das geht aus einem Bericht des Verbandes hervor. Bei insgesamt 15 Sportfesten und Meisterschaften wurden 163 Urinproben entnommen, die alle negativ waren.

Rücktritt angekündigt

Santa Ana (dpa) – Der im Zusammenhang mit dem Blut-Doping der amerikanischen Radrennfahrer bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles vom US-Radsportverband gesperrte Nationaltrainer Eddy Borysewics hat in einem Interview mit der „Los Angeles Times„ seinen möglichen Rücktritt angekündigt. Nach des Aufdeckung des Blutaustauschs war der Trainer als Verantwortlicher hingestellt worden.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltmeisterschaft in Bormio, Kombination, Männer: 1. Zurbriggen (Schweiz) 7,67 Punkte, 2. Riedlsperger (Österreich) 37,84, 3. Bürgler (Schweiz) 39,41, 4. Wenzel (Liechtenstein) 48,41, 5. Vion (Frankreich) 50,38, 6. Piccard (Frankreich) 55,14, 7. Wasmeier (Deutschland) 56,06.

EISKUNSTLAUF

Europameisterschaften in Göteborg. Paare, Stand nach der Kurzkür: 1. Walowa/Wasiljew (UdSSR) 0,4 Punkte, 2. Seleznewa/Makarow (UdSSR) 0,8, 3. Lorenz/Schubert („DDR") 1,2, 4. Perschina/Akbarow (UdSSR) 1,6, 5. Massari/Caprano (Deutschland) 2,0, 6. Landgraf/Stauer („DDR") 2,4.

Stand nach der Pflicht, Herren: 1. Fedronic (Frankreich) 0,6 Punkte, 2. Sabovcik (CSSR) 1,2, 3. Fischer (Deutschland) 1,8, 4. Kotin (UdSSR) 2,4, 5. Filipowski (Polen) 3,0, 6. Akesson (Schweden) 3,6, 7. Zander (Deutschland) 4,2.

VOLLEYBALL

Deutscher Pokal, 1. Hauptrunde, Damen: Schwerte – Feuerbach 1:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 3 000 000 Mark, 2: 165 328,30, 3: 8833,30, 4: 152,70, 5: 10,30. – **Toto**, Elferwette: 1: 22 629,20, 2: 451,60, 3: 33,60. – 6 aus 45: 1: unbesetzt (Jackpot 429 467,00), 2: unbesetzt (Jackpot 72 358,20), 3: 8568,70, 4: 124,30, 5: 9,60. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 37,70, 2: 37,70. – Rennen B: 1: 407,60, 2: 66,50. – Kombinationsgewinn: unbesetzt (Jackpot 283 036,80). (ohne Gewähr)

SKI ALPIN / Pirmin Zurbriggen auch Weltmeister in der Kombination – Wasmeier kam auf Platz 7

Planung zahlt sich aus. Zweite Goldmedaille ist Lohn für viel Kleinarbeit bei der Vorbereitung

KLAUS BLUME, **Bormio**

Zweiter Wettbewerb der Herren und zweiter Weltmeistertitel für den 22jährigen Schweizer Pirmin Zurbriggen. Nach den Erfolgen in der Abfahrt und in der Kombination war dies bereits die vierte Goldmedaille für die Schweizer Mannschaft – ein Triumph, der schon jetzt seinesgleichen sucht.

Zurbriggens Kombinationssieg vor dem Österreicher Ernst Riedlsperger und seinem Landsmann Thomas Bürgler war ein Triumph sorgfältigster Planung – erst recht am Tag des Wettkampfes, der so verlief: 6.30 Uhr Wecken, 9.30 Uhr letzte Kontrolle der Skibretter, der Bindungen, der Stökke. 11.30 Uhr Mittagspause im Hotel. Der Rennleiter seiner österreichischen Ski-Firma sagt: „Wir haben ihn bei einem kleinen Essen völlig abgeschirmt. Wir haben Fans und Journalisten abgeblockt, damit er wirklich seine Ruhe haben konnte." Um 12.25 Uhr fand eine erneute Kontrolle des Materials vor dem zweiten Slalom-Durchgang statt, auf daß man nichts dem Zufall überlasse. 12.32 Uhr war Zurbriggen zum zweiten Mal Weltmeister. Ab 12.35 Uhr begann seine *Tour durch die Fernsehstudios.*

Was hingegen Fehlplanungen bewirken können, zeigte der Salzburger Ernst Riedlsperger mit dem zweiten Platz. Vor Jahren gehörte er bei den Junioren-Wettbewerben zu den härtesten Konkurrenten Zurbriggens, doch im Gegensatz zu dem Schweizer wurde er dennoch nicht konsequent auf eine Laufbahn als Allround-Läufer vorbereitet, weil man in Österreich auf die Spezialisten setzt. Er habe zu wenig Rennpraxis, beklagte sich der Silbermedaillen-Gewinner, weil der Verband ihm keine Chancen einräume. Nun hat ausgerechnet er ganz unerwartet die erste Medaille für das österreichische Herrenteam in Bormio erkämpft.

Wie sich Planung auszahlt, wie überlegen Zurbriggen deshalb der Konkurrenz ist, zeigte allein das Beispiel des zweiten Slalom-Durchganges innerhalb der Kombination, bei dem er – der Abfahrer – dem Liechtensteiner Slalom-Spezialisten Andreas Wenzel rund eineinhalb Sekunden abnahm.

Und die Deutschen? Nur Markus Wasmeier aus Schliersee beendete *auf dem 7. Platz* die Kombination. Eine hervorragende Leistung, denn der 21jährige hat in diesem Winter zuvor nur zwei Slalomrennen bestritten, in Bormio fand sein dritter Start statt. Wasmeier: „Da fehlt freilich noch das Gefühl für die Slalomstangen. Du ahnst gar nicht, wie schnell sie auf einmal auf dich zukommen. Da steht urplötzlich ein Gegner hinter dem anderen auf dem Hang." Christian Neureuther, der frühere deutsche Weltklasseläufer, kommt hinzu, gratuliert und prophezeit: „Bei konsequentem Training machen wir aus Dir auch noch einen Slalomläufer.". Sportdirektor Helmut Weinbuch übermittelt die Glückwünsche von Cheftrainer Klaus Mair per Funksprechgerät und sagt: „Wir hoffen, daß Du Dich in den nächsten zwei Jahren noch steigerst." Und Wasmaier verspricht: „Klare Sache, doch."

Ganz still neigte sich bei diesem Wettkampf auch eine der ganz großen Ski-Karrieren ihrem Ende zu: Peter Lüscher aus der Schweiz kam im ersten Durchgang des Kombinations-Slaloms nicht mehr ins Ziel – aus. Zweiter war der 26jährige Vize-Weltmeister von Schladming 1982 nach der Abfahrt gewesen, und so galt er mit seiner Erfahrung, mit seinen Erfolgen als Slalomläufer und Abfahrer, als jemand, der seinen 22jährigen Landsmann Pirmin Zurbriggen schlagen könnte.

Doch die Krönung nach neun Jahren im Weltcup blieb dem ehemaligen Wasserski-Europameister in Bormio versagt. Der Weltcup-Sieger von 1979, doch 1984 nur noch auf Rang 55 dieser Wertung, wollte es noch einmal wissen. Mit dem 33. Platz im Super-Riesenslalom von Puy Saint Vincent begann er den Weltmeisterschaftswinter – nichts schien mehr für Lüscher zu gehen. Doch im Januar fuhr er sich mit einer besonderen Energieleistung wieder ins Schweizer Weltmeisterschafts-Team: Mit dem 5. und 2. Platz bei den schweren Abfahrten in Wengen und dem 6. Rang in der Garmischer Abfahrt. Doch in Bormio schaffte er dann nicht die Qualifikation für das Abfahrts-Team. All diese Gewaltleistungen zahlten sich nicht aus.

Die Flucht der Stars vor der Öffentlichkeit

Seine Hoheit wird morgen einschweben, kurz vor dem Start zum Riesenslalom. So hat es der schwedische Ski-König Ingemar Stenmark seinem Volk ausrichten lassen. Und auch das: Falls er nicht zur Siegerehrung müsse, fliege ihn der Helikopter gleich nach dem Rennen wieder an einen geheimen Platz.

Marc Giradellis Ankunft war für gestern abend avisiert. Doch auch um seinen Aufenthaltsort ranken sich Gerüchte: Giradellis Hotel sei nur über lebensgefährliche, eisglatte Serpentinen zu erreichen.

Auch Pirmin Zurbriggen verließ für einen Tag Bormio. Seinen 22. Geburtstag wollte der neue Abfahrts- und Kombinationsweltmeister mit der Familie feiern.

Die Stars fliehen die Öffentlichkeit. Speziell vor diesem Riesenslalom, der am Donnerstag zum Höhepunkt der Weltmeisterschaften werden soll. Wer ist der Größte? Der Alleskönner Zurbriggen im Kampf gegen die Spezialisten Ingemar Stenmark und Mark Giradelli, deren Duell bei Olympia in Sarajevo nicht stattfinden durfte. Löst der Neu-Luxemburger Giradelli die lebende Skilegende Stenmark ab? Über seinen Trainer, den Südtiroler Hermann Nogler, hat Stenmark verlauten lassen: Er begrüße es, daß mit Marc Giradelli der beste Mann der Saison auch an der WM teilnehmen dürfe. Ihm selbst sei es jedoch gleichgültig, welche Person gegen ihn antrete. Er habe sein Training so aufgebaut, daß er in Bormio seinen Saisonhöhepunkt habe. Dieser für einen Schweiger wie Stenmark außerordentlich lang ausgefallenen Mitteilung fügte der Trainer noch eine Warnung für die Konkurrenten an: „Ingemar befindet sich in Topform."

Daß der Giradelli-Clan Bormio bis zum letzten Moment gemieden hat, hängt auch zum Teil mit der Angst vor einigen unangenehmen Fragen zusammen. Ausgelöst hat diesen jüngsten Ärger um die Giradellis ein Leserbrief in den „Vorarlberger Nachrichten". Drei Lehrer machten auf diesem Weg ihrem Ärger Luft, daß Vater Helmut einen Schüler, der mit seiner Skischul-Klasse durch den Trainingskurs seines Sohnes Marc gefahren war, eine Ohrfeige verpaßt habe. „Um einmal die Person des Herrn Giradelli ins rechte Licht zu rücken", und „normalerweise müßte man diesen Mann wegen Körperverletzung anzeigen." Eine Flut von Leserbriefen folgte.

Populär sein, Sportstar, Person der Zeitgeschichte – das kann schon schwer sein. Auch Michaela Figini, die Olympiasiegerin und Weltmeisterin in der Abfahrt, sieht täglich wachsenden Problemen entgegen. Zwischen ihr und dem Reporter der größten Schweizer Sonntagszeitung entwickelte sich ein Gespräch um ein zweiseitiges Interview, das in folgender Aussage der jungen Schweizerin gipfelte: „Haben Sie das Buch über mich nicht gelesen? Da steht alles drin. Es ist so langweilig, alles wiederholen zu müssen." Damit ließ sich der Kollege nicht abspeisen. „Ihr Trainer meinte aber, ein Interview mit Ihnen sei möglich."

Figinis Antwort: „Er ist aber nicht mein Interview-Trainer." Der Mann hat tatsächlich zwei Blatt geschafft. Mindestens die Hälfte des Interviews schildert aufs köstlichste die Debatte um das Interview.

MARTIN HÄGELE

SCHWIMMEN

Groß: Rekord nur zum Spaß

dpa/sid, **Bonn**

Michael Groß läßt nun tatsächlich keinen Konkurrenten mehr in Ruhe. Auf den kurzen Sprintstrecken war bislang kein Rekord vor dem zweimaligen Schwimm-Olympiasieger sicher. Nun versucht er sich erstmals auch auf einer längeren Distanz. Michael Groß wäre nicht der Superschwimmer, hätte er nicht gleich den Rekord ins Auge gefaßt. Bundestrainer Manfred Thiesmann sagt zum Start von Groß über 800 Meter: „Er will die Trainingsleistungen im Wettbewerb umsetzen. Wenn er sieht, daß er schon im Training eine Leistung bringt, in der er fast an die Bestzeit herankommt, will er auch den deutschen Rekord mitnehmen. Einfach nur so zum Spaß."

Für den Sportler des Jahres 1984 wurde beim internationalen Schwimmfest in Bonn von Freitag bis Sonntag (269 Teilnehmer aus 31 Ländern) sogar das Programm geändert. Die 800 Meter bilden jetzt den Auftakt und könnten zum Höhepunkt werden. Groß hat sich zum Ziel gesetzt, den deutschen Rekord von Stefan Pfeiffer (7:55,03 Minuten) zu verbessern. Der Weltrekord steht bei 7:38,90 Minuten und wird von Wladimir Salnikow (UdSSR) gehalten.

Michael Groß selbst bezeichnet sein Vorhaben als „ein bißchen Abwechslung." Auf der 1500-m-Strecke, *die zum olympischen Programm* gehört, will er sich nicht versuchen: „Nein, das glaube ich nicht. Dazu habe ich keine Lust, 1500 Meter ist viel *zu lang.*"

Die Langstreckenschwimmer werden es dankbar vernehmen, denn sonst würde Michael Groß auch für sie zum Alptraum.

FUSSBALL

Neuberger lobt Mexiko

sid, **Queretaro**

Sehr zufrieden mit dem Stand der Vorbereitung für die Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko zeigte sich Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Derzeit unternimmt Neuberger als Organisationschef des Weltverbandes (FIFA) eine Inspektionsreise durch Mexiko. Schon zum vierten Mal übt Neuberger diese Funktion für die FIFA aus. Der Weltverband erwartet Einnahmen von 150 Millionen Schweizer Franken und einen Reingewinn von 50 Millionen. Jeder der 24 Teilnehmer erhält mindestens 1,35 Millionen Franken.

Mexiko, so Neuberger, hatte nach dem Verzicht von Kolumbien im Oktober 1982 die wenigste Zeit, eine WM *zu organisieren*. Er sagt: „Wenn mam dies berücksichtigt, muß man vor den Leistungen der Mexikaner den Hut ziehen. In dieser kurzen Zeit haben sie administrativ stark gearbeitet und auf dem Bausektor alle Planungen in die Tat umgesetzt."

Nach Auskunft von Neuberger haben *einige Stadien erst 15 Prozent des* Umbaus hinter sich, andere schon 60 bis 70 Prozent. Das Ziel, bis Dezember komplett fertig zu sein, wird wohl *erreicht werden. Neuberger: „Davon* bin ich überzeugt, zumal ich immer wieder spüre, daß sich das ganze Volk mit dieser Veranstaltung identifiziert *– nicht nur die dünne Spitze, sondern* auch die breite Masse."

Wenn es noch Probleme gibt, dann liegen sie beispielsweise bei den Zeitplänen. *Dazu der DFB-Präsident:* „Wir werden die Mexikaner bei einem derzeit laufenden Turnier in Queretaro genau beobachten und gegebenenfalls ein Regiebuch erstellen."

EISKUNSTLAUF / Heiko Fischer Dritter

Verrückte Geschichte des Paares Massari/Caprano

UWE PRIESER, **Göteborg**

Claudia Massari und Daniel Caprano waren noch gar nicht fertig mit ihrer Kurzkür, da applaudierten schon die Zuschauer. Später, als sie sensationell Fünfte geworden waren, wurden sie von den Funktionären aus der Eishalle eskortiert (die entscheidende Kür war bei Redaktionsschluß noch nicht beendet). Das war, als hätte bei dieser Eiskunstlauf-Europameisterschaft in Göteborg für das Stuttgarter Eislaufpaar plötzlich die Zukunft angefangen. Bis dahin hatte es über sie im Team der Deutschen Eislauf-Union meist bloß geheißen, „und dann ist da noch das Paar".

Seit Juli erst laufen sie bei Trainer Karel Fajfr zusammen. Ihre Geschichte hat aber schon an einem Septembertag 1981 angefangen. Da hat der Daniel daheim in Stuttgart einer tiefunglücklichen, 15 Jahre alten Claudia erstmal eine Scheibe Brot abgeschnitten. Sie war gerade aus Garmisch gekommen. „Ich hab' geheult und getrampelt im Auto. Ich wollte nicht weg. Den Fernsehturm haßte ich wie die Pest, weil er das erste war, was ich von Stuttgart gesehen habe", erzählt Claudia Massari. „Ich war doch noch nie in einer großen Stadt. Und auf einmal fiel mir mein Wellensittich ein und unser Garten, und ich dachte, alle die Straßen zu Hause, die siehst du nie wieder."

Daniel Caprano lief zu der Zeit noch mit seiner Schwester Isabella zusammen. Die Capranos nahmen das neue Paarlaufkind aus Garmisch in ihrer Wohnung auf. „Zwei Wochen lang mußte ich sie jeden Morgen mit der Straßenbahn zur Schule bringen, damit sie nicht verlorengeht. Und sie wollte auch nie aufstehen", erzählt Daniel. „Einmal war ich in der Straßenbahn eingeschlafen, eine Haltestelle vor der Schule wachte ich auf, weil mein Schulranzen auf die Füße gefallen war", sagt sie.

Nach vier Monaten war Claudia Massari wieder aus Stuttgart verschwunden. Und nach einem Jahr kam sie wieder zurück. Und als sie dann im Januar 1983 mit Leonardo Azzola Deutsche Meisterin im Paarlauf geworden war, dachte sie, die Eisbahn wäre der Himmel auf Erden. Sie wurden auf Anhieb Siebte der Europameisterschaft. Danach kam Claudia Massari schnell auf die Erde zurück. Die Fortschritte blieben kärglich. Leonarda Azzola hörte deshalb im letzten Jahr auf.

Claudia hatte ja selber Schuld. „Bei der Deutschen Meisterschaft 1981 habe *ich mich dicht zu Herrn Fajfr* gestellt und ganz laut erzählt, Mensch, das Paarlaufen finde ich toll, das würde ich gern mal machen. Und dann kam Herr Fajfr zu mir und sagte, dann komm doch."

Und jetzt ist sie da. Claudia Massari und Daniel Caprano dürfen jetzt an die Ermahnung von Mutter Massari denken, wenn ihre Claudia seufzte, „Mama, wenn das jetzt mal wieder Mist wird." Dann sagt die Mutter stets: „*Denk daran, als du klein warst,* wolltest du immer Weltmeisterin werden." Soweit wird es wohl nicht kommen, aber seit Göteborg wissen es *auch die Funktionäre:* Der Weg von Massari/Caprano führt nach oben. Sie sagen: „Wir fangen ja gerade erst an, uns kennenzulernen."

*

Schlechter als erwartet, startete bei den Herren der Stuttgarter Heiko Fischer in der Pflicht. Bei der „Gegenwende" lief Fischer in die falsche Spur. Hinter dem französischen Außenseiter Fernand Fedronic und Josef Sabovcik (CSSR) kam Fischer nur auf Rang drei. Einen erfreulichen Einstand bei seinem ersten großen internationalen Auftritt hatte dagegen Richard Zander, der auf den siebten Rang kam.

STAND ● PUNKT / *Pfennig-Streit*

Der *Große Preis von Deutschland*, Weltmeisterschaftslauf der Formel 1, wird am 4. August wahrscheinlich nicht wie geplant *auf der für 81 Millionen Mark* erbauten 4,5 km langen Strecke sondern wie 1984 in Hockenheim stattfinden. In Verhandlungen konnte sich *der veranstaltende Automobilclub* von Deutschland (AvD) und die Nürburgring GmbH nicht auf einen Verteilerschlüssel für die Zuschau*ereinnahmen einigen.*

Es geht um 50 Pfennig, die die Nürburgring GmbH im Vergleich zu 1984 pro verkaufter Eintrittskarte vom AvD mehr fordert. Beide Parteien werfen sich eine zu starre Haltung vor. Doch gerade die Manager des Nürburgrings haben sich inzwischen in die schwächere Position manövriert. Ursprünglich wollten sie das Kopfgeld auf 7,50 Mark erhöhen, ließen sich aber auf 4,50 Mark herunterhandeln. Im letzten Jahr wurden bei Formel-1-Rennen vier Mark pro verkaufter Eintrittskarte abgegeben. Das zeigt jedoch, *daß ihre Vorstellungen nicht* gerade realistisch sind. Denn: Die Zuschauer haben die Eifelrennstrecke im Eröffnungsjahr nur schwer ak*zeptiert, die Lücken auf den Tribü*nen waren ebenso groß wie die in den Kassen der Veranstalter.

Eine schnelle Einigung tut not, schon allein deshalb, weil der internationale Verband bis zum 15. Februar wissen will, wohin seine Funktionäre am 4. August reisen müssen. Und das Ergebnis der Einigung darf eigentlich nur Nürburgring heißen, der Schaden für den Motorsport, aber sicherlich auch für die Eifelregion wäre sonst kaum auszurechnen. Sicher, der Eifelkurs brauchte nicht eingeebnet zu werden. Doch das Ziel der Nürburgring-Erbauer, mit der 81 Millionen Mark teuren, aus Steuergeldern finanzierten Investition die Formel 1 und damit den Spitzensport in die strukturschwache Gegend zurückzuholen wäre dann verfehlt.

H. P. B.

Nach einem erfüllten Leben ist mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater *im 86. Lebensjahr sanft entschlafen.*

Reinhold Delbrück

* 20. August 1899 † 3. Februar 1985

Lenita Delbrück, geb. Jerosch-Herold
Gabriele Tiefenbacher, geb. Delbrück
Dr. Oswald Tiefenbacher
Katharina
Amélie Gräfin Leutrum von Ertingen, geb. Delbrück
Dr. Norwin Graf Leutrum von Ertingen
Matthias
Christoph
Christian Delbrück
Christel Delbrück, geb. Helms
Johanna

Parkallee 80, Hamburg 13

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet statt am Freitag, dem *8. Februar 1985*, um 12 Uhr, Kapelle 8, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf.
Im Sinne des Verstorbenen bitten wir von Blumenspenden abzusehen und statt dessen „Brot für die Welt", Postgiro Köln, Kto.-Nr. 500 500-500 zu bedenken.

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem Chef und Inhaber unserer Firma, Herrn

Henry S. Thomas

Sein Rat war für uns stets wegweisend. Sein Vorbild ist für uns Verpflichtung, die 250jährige Tradition unserer Firma fortzusetzen.

Geschäftsleitung,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Fuhrmann & Co. KG

2800 Bremen, den 2. 2. 1985
Holler Allee 75

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 7. 2. 1985, um 13.30 Uhr in der Kapelle des Riensberger Friedhofs in Bremen statt.

„Jeder Konflikt in Nahost bedroht Europa“

rtr/DW. Kairo

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat den Frieden und die Sicherheit in Europa und die Lage im Nahen sowie Mittleren Osten als eng miteinander verbunden bezeichnet. Jeder Konflikt im Nahen Osten gefährde die Sicherheit in Europa und umgekehrt, sagte Weizsäcker gestern bei einem Abendessen mit dem ägyptischen Staatschef Hosni Mubarak.

In Kairo unterstrich Weizsäcker, die Bundesrepublik unterstütze auch jedes Bemühen, den Libanon zu befrieden und zu einen. Dazu bedürfe es der Wiederherstellung der vollen Souveränität im gesamten Staatsgebiet, der Verwirklichung des Sicherheitsplanes zusammen mit inneren Reformen sowie des raschen Abzuges fremder Truppen, die ohne „Zustimmung der libanesischen Regierung im Lande stehen“. Auch im Golfkrieg hoffe er, daß es bald gelinge, „eine für beide Seiten befriedigende und ehrenvolle Lösung“ zu finden. Für alle diese Konflikte gelte, daß der „Kampfplatz der Waffen endgültig mit dem Forum der Politik vertauscht werden“ müsse.

Die Bundesrepublik bleibe bereit, mit ihren europäischen Partnern und in enger Abstimmung mit den USA die „Beteiligten bei der Friedensfindung im Nahen Osten zu unterstützen“. Ziel sei es, die Rechte aller betroffenen Staaten und Völker in Einklang zu bringen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und das Recht Israels „auf Existenz in anerkannten und gesicherten Grenzen“.

Weizsäcker war gestern aus Amman kommend in Kairo, der zweiten Station seiner Nahost-Reise, eingetroffen. Neben den USA, Frankreich, Großbritannien und Japan zählt die Bundesrepublik zu den fünf westlichen Industriestaaten, von denen Ägypten die meiste Wirtschafts- und Entwicklungshilfe empfängt. Zwischen der Wiederaufnahme der deutschen Hilfe für Ägypten im Jahre 1972 und 1984 empfing das Land Entwicklungshilfekredite und technische Hilfe im Wert von 3,57 Milliarden Mark. In der vergangenen Woche hatte die Bundesregierung Finanzierungsgarantien im Umfang von zwei Milliarden Mark für den Bau des ersten ägyptischen Atomkraftwerks gebilligt, das von der Kraftwerk-Union (KWU) gebaut werden soll.

Reagans Etat stößt auf scharfe Kritik im Kongreß

Beide Parteien gegen Aufstockung der Rüstungsausgaben

DW. Washington

Auf Widerstand bei Republikanern und Demokraten ist die Haushaltsvorlage von US-Präsident Reagan für 1986 wegen der vorgesehenen Aufstockung des Rüstungsbudgets gestoßen. Im Kongreß lehnten beide Parteien die Forderungen des Pentagon ab. Dagegen bezeichnete der Präsident die vorgesehene Steigerung der Rüstungsausgaben als Teil seiner Strategie, die Sowjetunion bei den am 12. März in Genf beginnenden Abrüstungsverhandlungen zum Rüstungsabbau zu veranlassen. Den Entwurf, der für 1986 insgesamt Ausgaben in Höhe von 973,7 Milliarden Dollar vorsieht, nannte der Präsident eine Chance, „den Kurs der Geschichte unseres Landes zu verändern“. Er fügte hinzu, „wenn wir den Kampf um den Haushalt verlieren, dann glaube ich, werden wir uns und unsere Kinder der Tyrannei einer Regierung ausliefern, die keine Grenzen kennt und respektiert“.

Schon im Vorfeld der Vorlage des Haushalts für 1986 hatte der Fraktionsführer der Republikaner im Senat, Robert Dole, erklärt, er wende sich gegen eine Erhöhung des Rüstungsetats um mehr als drei Prozent.

Die Demokraten lehnen außerdem einschneidende Streichungen in mehreren anderen Ressorts ab. Dabei geht es um Kürzungen, die vor allem die Beamten und wirtschaftlich schwache Bevölkerungsschichten treffen, sowie um die Kürzung von Subventionen für Unternehmen. In Washington wird damit gerechnet, daß eine Kompromißformel erst in den kommenden Monaten gefunden wird. Über die für 1986 vorgeschlagenen Sparmaßnahmen zeigt sich auch die US-Raumfahrtbehörde Nasa enttäuscht. Sie verwies darauf, daß sich der Bau einer ständigen bemannten Raumstation verzögern werde. An diesem Projekt ist auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt.

Es scheint sicher zu sein, daß das Haushaltsdefizit auch im Haushaltsjahr 1986 nicht durch Steuererhöhung abgebaut wird. Die Drosselung der Staatsverschuldung auf höchstens 100 Milliarden Dollar bis 1990 – derzeit liegt sie bei über 220 Milliarden Dollar – kann also nur über anhaltendes Wachstum erreicht werden. Nach jüngsten offiziellen Schätzungen rechnet das Weiße Haus für 1985 mit einem Wirtschaftswachstum von etwa vier Prozent.

„Vermummung ist ein Vergehen“

CSU-Landesgruppe mit dem Kompromiß zum Demonstrationsstrafrecht unzufrieden

DW. Bonn

Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hat ihre Unzufriedenheit mit dem Kompromiß zum Demonstrationsstrafrecht zum Ausdruck gebracht, den die Rechtsexperten der Koalitionsfraktionen in Berlin ausgehandelt haben. In einem WELT-Interview hat der Vorsitzende der Landesgruppe, Theo Waigel, die Kritikpunkte erläutert. Mit Waigel sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Waigel, wie beurteilt die CSU-Landesgruppe den Kompromiß der Rechtsexperten der Koalitionsfraktionen, passive Bewaffnung und Vermummung zwar generell zu verbieten, aber nur als Ordnungswidrigkeit einzustufen?

Waigel: Der von den Rechtspolitikern vorgelegte Kompromißentwurf enthält einige Verbesserungen, enthält aber auch noch einige Defizite, so daß wir mit dem Vorschlag noch nicht ganz einverstanden sein können. Die Verbesserung liegt darin, als nun ein Vermummungsverbot grundsätzlich besteht. Nur, unsere Vorstellung ist natürlich, daß dies als Vergehen geahndet werden soll, während es bisher nur als Ordnungswidrigkeit vorgesehen ist. Und nur bei einem Vergehen besteht natürlich auch die Pflicht, einzuschreiten. Vor dem Hintergrund dieser letzten gespenstischen Demonstration in Karlsruhe fragt man sich natürlich, wie lange solche Auftritte und solche Aufzüge unbeachtet von der Öffentlichkeit und unbeachtet von Justiz und Ordnungshütern vonstatten gehen dürfen.

WELT: Wie gehen jetzt die Gespräche innerhalb der Koalition weiter? Die FDP ist ja hier ein schwieriger Partner.

Waigel: Dies war ein Entwurf der Rechtspolitiker. Ich habe es etwas bedauert, daß es nicht zu einem gemeinsamen Gespräch von Rechts- und Innenpolitikern gekommen ist. Ich hielte das für notwendig, denn das ist genau ein Punkt, der ohne den Konsens von Rechts- und Innenpolitikern eigentlich nicht vonstatten gehen kann. Nun müssen die Innenpolitiker dazu Stellung nehmen. Wir wollen in der Fraktion dazu Stellung nehmen und uns überlegen, was hier verbessert werden muß, damit eine Einigung herbeigeführt werden kann.



Theo Waigel FOTO: WOLFGANG MORELL

WELT: Bleibt dieser Kompromiß hinter den Koalitionsabsprachen zurück?

Waigel: Nicht ganz. Es ist insofern eine schwierige Situation, als ja der ursprüngliche Text des Entwurfs eines neuen Gesetztes zur Änderung des Paragraphen 125 (Landfriedensbruch) bei der Anhörung insofern in Schwierigkeiten geriet, als der von der FDP damals hineingebrachte „Aufwiegler“ so nicht justiziabel ist. Und insofern hat dann auch die FDP und haben die Rechtspolitiker darauf verzichtet, diesen „Abwiegler“ im Gesetzesvorschlag zu belassen. Daß jetzt natürlich dann auch der teilnahmslos Herumstehende, auch wenn er vermummt ist, überhaupt nicht mehr erfaßt ist, das entspricht eigentlich nicht den Intentionen von CDU und CSU.

Hohe Vorschüsse für Prozeßkosten kritisiert

HEINZ HECK, Bonn

Der Bundesrechnungshof hat die Zahlung von Prozeßkostenvorschüssen an die ehemaligen Minister Graf Lambsdorff und Matthöfer sowie Staatssekretär Lahnstein kritisiert. Das geht aus einem Gutachten des Bundesrechnungshofs hervor, das den Haushaltsausschuß in seiner heutigen Sitzung beschäftigen wird. Dieser hatte am 14. November den Rechnungshof gebeten, diese Zahlungen an Lambsdorff in Höhe von 141 664,66 Mark, Lahnstein 28 000 Mark und Matthöfer 15 000 Mark zu überprüfen.

Nach Meinung des Rechnungshofs durften Prozeßkostenvorschüsse nur „in Höhe der gesetzlichen Anwaltsgebühren gewährt werden“. Bis Juli 1982 seien nur Kosten als notwendig angesehen worden, die sich innerhalb der Bundesgebührenordnung für Anwälte BRAGO) hielten. Danach erhalte ein Anwalt im vorbereitenden Verfahren Gebühren von 40 bis 550 Mark zuzüglich sonstiger Auslagen.

Am 26. Juli 1982 sei bei einer Abteilungsleiterbesprechung im Innenministerium unter Beteiligung des Finanz-, des Wirtschaftsministeriums und des Kanzleramtes Einigkeit darüber erzielt worden, „daß die für Bundesbedienstete geltenden Regelungen auch auf Amtsträger anwendbar seien und durch entsprechende Änderungen der bisherigen Regelung auch frei vereinbarte Honorare einbezogen werden sollten. Die Beteiligten kamen überein, bei aktuellen Fällen bereits in dieser Weise zu verfahren“, heißt es im Gutachten.

Am 29. Mai 1984 sei dieser Entwurf mit den Änderungen den bisher nicht beteiligten obersten Bundesbehörden übersandt worden und werde zur Zeit mit diesen abgestimmt. Jedoch: „Bis heute ist dem größten Teil der obersten Bundesbehörden die vorgriffsweise Anwendung amtlich nicht zur Kenntnis gelangt.“ Der Vorgriff „ohne Bekanntgabe an alle Betroffenen entspricht nicht den Erfordernissen des Rechtsstaatsprinzips, der Garantie effektiven Rechtsschutzes und des Gleichheitsgebots. Die Änderungen konnten daher keine Wirksamkeit erlangen“, beanstandet der Rechnungshof. „Die Prozeßkostenvorschüsse durften somit nur auf der Grundlage der bisherigen Regelung in Höhe der gesetzlichen Anwaltsgebühren gewährt werden.“

Zeichen für Vertrauen

● Fortsetzung von Seite 1

boom in den USA mitfinanziert, und zwar zu 40 Prozent. Von den betrieblichen Aufwendungen, die von 1982 bis 1984 mit rund 220 Milliarden Dollar zu Buch schlugen, kamen nahezu 90 Milliarden Dollar aus dem Ausland. Zahlen über die anderen Kapitalimporte enthält der Bericht nicht. Laut Reagan läßt sich der Umfang der Rekordhandels- und Leistungsbilanzdefizite – 123 und 104 Milliarden Dollar im Jahre 1984 – zwar nicht aufrechterhalten. Aber allzu große Sorgen bereiten sie ihm nicht, da sich in Amerika „die produktive Effizienz nicht verschlechtert hat und kräftig gespart und investiert wird“.

Unterm Strich bleibt, daß die Reagan-Administration mit einem schwächeren Dollar nur dann rechnet, wenn sich die Renditen der Dollaranlagen im Vergleich zu Engagements in anderen Währungen verschlechtern. Das kann einmal durch Verringerung der Realzinsunterschiede, zum anderen durch ein schnelleres Wirtschaftswachstum, gekoppelt mit höheren Unternehmenserträgen, im Ausland geschehen. Nach dem Bericht sind innerhalb der EG in der Bundesrepublik Deutschland die Aussichten dafür am günstigsten. Die rapide Erholung nach dem Metallarbeiter-Streik zeige, wie groß das deutsche Wachstumspotential sei.

Der Bericht warnt vor einer Überschätzung der EG-Exporte in die USA, ausgelöst durch den Dollar. Der konjunkturelle Ankurbelungseffekt sei relativ gering. Dagegen werden die positiven Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft – niedrigere Zinsen und höhere Realinvestitionen, die letztlich zu mehr Wachstum und Produktivität führen – herausgestellt.

Heer setzt stärker auf Reservisten

■ Fortsetzung von Seite 1

abschnitts einen „festen Kampfauftrag“ verläßlich erfüllen sollten, brauchten sie schnell verfügbares Führungspersonal, das in der Nähe wohne und möglichst lange Jahre in dem jeweiligen Verband beisammen bleiben müsse. Offiziere und ältere Unteroffiziere müßten sich gut kennen, sie müßten für ihren Verband auch außerhalb der Wehrübungen Verantwortungsgefühl entwickeln. Die Fluktuation des Personal müsse stark vermindert werden. Nur so werde es gelingen, daß solche ausschließlich aus Reservisten zusammengesetzten Verbände innerhalb weniger Tage volle Kampfkraft erreichen können, sagte der General.

Wichtig sind nach seiner Darstellung deshalb Übungen des ganzen Verbandes. Bisher seien immer nur Teile zusammengerufen worden. Wichtig sei auch, dafür die „infrastrukturellen Voraussetzungen“ in den Ausbildungszentren zu schaffen, also zum Beispiel mehr Sanitäreinrichtungen, mehr feste Unterkünfte. Auch sollten künftig die Kommandeure auf höheren Führungsebenen durchaus danach beurteilt werden, wie sie die Mobilmachung ihres Verbandes als Teil ihrer „Führungsleistung“ bewerkstelligen. Auch in der Ausbildung der Offiziere des Generalstabsdienstes muß nach den Worten des Heeresinspekteurs noch mehr Gewicht auf die „Mobilmachungsfähigkeit“ gelegt werden.

Weiter lasse sich den Reserveverbänden durch Patenschaften mit aktiven Verbänden gut helfen, meinte Sandrart. Sie könnten den Reserveoffizieren bei der Anlage von Übungen unterstützend beispringen. Sie sollten das Führerpersonal in die Gemeinschaft der aktiven Offiziere und Unteroffiziere aufnehmen. Der General denkt auch an einen noch intensiveren „gesunden Austausch“ fähiger Offiziere zwischen Feld- und Territorialheer. Mit der häufig noch gängigen abschätzigen Einstufung der Aufgabe des Territorialheeres müsse Schluß sein.

Im Bewußtsein der Wehrpflichtigen, ihrer Familien und ihrer zivilen Umwelt wünscht sich General von Sandrart mehr Einsicht in die Notwendigkeit des Einsatzes von Reservisten in der Bundeswehr. Mit 15 Monaten Grundwehrdienst sei die Wehrpflicht allein nicht geschafft, sagte der Inspekteur. Dazu kämen möglicherweise neun weitere Monate Wehrübungen über die Jahre hinweg. Auch in den Unternehmen, den Handwerksbetrieben und den Behörden sollten die Verantwortlichen ein „Reservisten-Bewußtsein“ finden und die Belastungen am Arbeitsplatz auszutarieren suchen, wenn „der Reservist“ wieder einmal eingezogen wird.

Nach langem Leiden ist ein erfülltes Leben zu Ende gegangen.

Ludwig Wünsche

31. 8. 1908 – 28. 1. 1985

Wir nehmen Abschied in Dankbarkeit.

Wolf-Jürgen Wünsche und Frau Leonora geb. Slavenburg
Thomas, Katja und Annette
Kai Wünsche
Frank Wünsche und Frau Bärbel geb. Mierow
Sven, Oliver und Tim
Katrin v. Ahlen geb. Wünsche
Horst v. Ahlen
Jan-Hendrik und Christian
Rosemarie Kiesser
und alle Angehörigen

Bredenbekstraße 28
2000 Hamburg 65

Die Beisetzung hat im Familienkreis stattgefunden.

Ludwig Wünsche

1908 – 1985

Wir nehmen Abschied von unserem Seniorchef und Gründer der Firma. Mit ihm verlieren wir einen verständnisvollen Menschen und eine herausragende Persönlichkeit.

Sein ganzes Schaffen galt unserem Unternehmen. Wir werden sein Lebenswerk nach besten Kräften fortführen.

Inhaber und Mitarbeiter

LUDWIG WÜNSCHE HOLDING OHG

und Beteiligungsfirmen

Palmaille 75
2000 Hamburg 50

Die Beisetzung hat im Familienkreis stattgefunden.

Nach einem erfüllten Leben starb mein geliebter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Günther Niemeyer

* 3. April 1911 † 3. Februar 1985

Wir haben den Mittelpunkt unserer Familie verloren. In tiefer Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Else Niemeyer geb. Hahn
Günther und Brigitte Niemeyer mit Julia, Christian und Hannes
Dr. Gerhard und Annette Upmeier geb. Niemeyer
mit Christine, Susanne und Cornelia
Hans und Lilian Niemeyer mit Anne
Lieselotte Bredemeyer geb. Niemeyer
Carl Wilhelm und Karin Niemeyer
Edelgard Niemeyer
Gisela Niemeyer
und alle Angehörigen

Hameln, den 5. Februar 1985, Felsenkellerweg 4

Trauergottesdienst am Freitag, dem 8. Februar 1985, um 11.30 Uhr im Münster St. Bonifatii. Beisetzung um 13.00 Uhr Friedhof Am Wehl.
Es wird gebeten, von Beileidsbekundungen am Grab Abstand zu nehmen.

Statt Blumen und Kränzen bitten wir um eine Spende zugunsten der Diakonie-Sozialstation der Evangelischen Kirchengemeinden in Hameln, Konto 3384 bei der Stadtsparkasse Hameln (BLZ 254 500 01).

Wir haben die traurige Pflicht, davon Kenntnis zu geben, daß der Seniorchef unseres Hauses, Herr

Günther Niemeyer

Verleger und Herausgeber der Deister- und Weserzeitung

am 3. Februar 1985 im 74. Lebensjahr unerwartet verstorben ist.

Im Jahre 1936 übernahm Günther Niemeyer als Nachfolger seines Vaters in schwerer Zeit die Leitung des Unternehmens. Er hat es seither – immer der Familientradition verpflichtet – erfolgreich geführt und mit seinem Ideenreichtum, seinem Weitblick und seiner starken Persönlichkeit zu seiner heutigen Bedeutung entwickelt. Er war sich seiner verantwortungsvollen öffentlichen Aufgabe als Zeitungsverleger stets bewußt.

Wir gedenken seiner in Dankbarkeit und Verehrung und werden sein Lebenswerk in seinem Geiste fortführen.

Seinen Rat und seine Umsicht werden wir schmerzlich vermissen. Seine menschliche Wärme und sein Gerechtigkeitsgefühl, seine soziale Einstellung und sein Vertrauensverhältnis zu allen Mitarbeitern werden uns unvergessen bleiben.

C.W. NIEMEYER

Druckerei und Verlag der „Deister- und Weserzeitung“, Hameln
Geschäftsleitung Betriebsrat Belegschaft

Solide Stütze

Mk. – Die Prognosen über die weltwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr haben sich in den letzten Wochen gefestigt. Zuvor schwankten sie immerhin zwischen den plus vier Prozent der Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute und den sechs Prozent der OECD. Die jüngsten Vorhersagen, so des Ifo-Instituts und der Bundesregierung, liegen am oberen Rand. Dieses ist zwar weniger, als im vergangenen Jahr erreicht wurde, als die Weltexporte um rund neun Prozent expandierten. Aber ein solches Tempo kann sich sehen lassen.

Vor allem deutet alles darauf hin, daß die deutschen Exporte überproportional steigen werden. Dadurch kann ein Teil des Einflusses kompensiert werden, mit dem aufgrund der langsameren konjunkturellen Gangart in den USA gerechnet werden muß. Die deutschen Exporte profitieren zum einen davon, daß sich die wirtschaftliche Erholung in Europa weiter stabilisiert. Und zwei Drittel der deutschen Lieferungen gehen nun einmal in die EG und Efta-Staaten. Hinzu *kommt*, daß die wirtschaftliche Erholung in Westeuropa immer stärker von den Investitionen getragen wird. In diesem Bereich liegt die Stärke der deutschen Exportwirtschaft. Über die ganze Breite gesehen, kann dadurch der Ausfall einiger Staaten der Dritten Welt und des Ostblocks mehr als ausgeglichen werden.

Zwar dürfte ein Zuwachs bei den Ausfuhren von 13 Prozent wie 1984 in diesem Jahr nicht wieder erreicht werden. Aber ein Ergebnis zwischen neun und zehn Prozent, was ein reales Plus von sechs Prozent und mehr bedeutet, ist schon eine solide Konjunkturstütze.

City-Rekorde

fu (London) – Der Januar hat der Londoner City gleich mehrere Rekorde gebracht. An der Londoner Börse durchbrach nicht nur der Financial-Times-Index erstmals die 1000-Punkte-Marke, sondern es wurden auch die mit Abstand höchsten Aktienumsätze in einem Monat getätigt, 41,08 Milliarden Pfund (knapp 148 Milliarden Mark). Bisher lag die Rekordmarke bei 37,88 Milliarden Pfund, erreicht im März letzten Jahres. Aber auch im Gebäude schräg gegenüber, an der Finanztermin-Börse (London International Financial Futures Exchange) wurden im letzten Monat Rekorde aufgestellt: 322 513 Finanzkontrakte wurden gehandelt, 46 000 mehr als im bisherigen Rekord-Monat Mai letzten Jahres. Und am 30. Januar wurde ein neuer Tagesrekord von 23 767 Kontrakten aufgestellt (bisher 20 876, 10. 7. 84). Alles nur Zufall? Natürlich nicht. Beide Märkte profitierten von den extremen Ausschlägen an den Devisen- und Zinsmärkten. Ein gutes Beispiel für das funktionierende, freie Zusammenspiel dieser Märkte.

ELEKTROINDUSTRIE / Investitionen sollen 1985 um 15 Prozent gesteigert werden

Die Branche stellte im letzten Jahr 35 000 zusätzliche Mitarbeiter ein

ot. **Berlin**

Von der Elektroindustrie gehen zunehmend Impulse auf die Beschäftigung aus. Wie der Präsident des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie, Helmut Lohr, gestern vor der Mitgliederversammlung des Berliner Landesverbandes mitteilte, sei die Dynamik der Branche 1984 mit der zusätzlichen Beschäftigung von rund 35 000 Mitarbeitern auch arbeitsmarktpolitisch zum Ausdruck gekommen. Die Aussichten für 1985 und darüber hinaus beurteilt Lohr recht zuversichtlich.

Die Investitionen der Elektroindustrie werden in diesem Jahr voraussichtlich um rund 15 Prozent steigen, womit auch ein Produktionswachstum von fünf bis sechs Prozent so gut wie sicher sei, sagte Lohr. Im Jahr 1984 ist die Produktion der Elektroindustrie um gut acht Prozent auf schätzungsweise 109 Mrd. DM gewachsen. Die Beschäftigtenzahl der Branche betrug am Jahresende rund 937 000 nach 901 000 am Jahresanfang.

Die Dynamik der Branche sieht Lohr, Vorstandsvorsitzender von SEL, zunehmend durch die neuen Technologien geprägt. Es bestehe kein Zweifel, daß sich diese neuen Techniken als stabilisierender Faktor der Konjunktur auswirkten. Wie keine andere Branche sei die Elektroindustrie von dieser Entwicklung erfaßt worden. Deshalb bleibe die Branche eine Wachstumsindustrie, denn ihre Zuwachsraten lägen längerfristig deutlich über der angenommenen Entwicklung des Sozialprodukts.

Zweifel an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Elektroindustrie hat Lohr nicht. Als Schwerpunkt der Branchenentwicklung bilde sich die Informations- und Kommunikationstechnik immer deutlicher heraus. Schon heute seien diesem Bereich direkt oder indirekt 50 Prozent der Produktion in der Elektroindustrie zuzuordnen.

Auch die Berliner Elektroindustrie, mit rund einem Viertel Anteil größter Industriezweig der Stadt, schafft wieder neue Arbeitsplätze. Nach Angaben des Berliner Landesverbands-Vorsitzenden Peter Schweizer (Bosch) hat die Zahl der Beschäftigten in der Branche bei einem Produktionswachstum von sechs Prozent auf 7,9 Mrd. DM um rund 1000 auf 53 800 zugenommen. Damit hat die Berliner Elektroindustrie erstmals seit Anfang der 70er Jahre wieder einen Beschäftigtenzuwachs erreicht, sieht man vom Jahr 1980 ab, als die Beschäftigtenzahl mit plus 0,1 Prozent gut gehalten werden konnte.

Für 1985 ist Schweizer optimistisch, wieder einen ähnlichen Beschäftigtenzuwachs zu erreichen. Denn bei einer Auftragsvorlage von acht Monaten und einem möglichen Produktionsplus von sechs Prozent seien wieder zusätzlich 1000 neue Arbeitsplätze drin.

Der neue Optimismus der Berliner Elektroindustrie kommt auch bei den Investitionen zum Ausdruck. Nach Angaben von Schweizer lag der Planansatz der Investitionen 1984 in einer Größenordnung von 578 Mill. DM und damit rund 100 Mill. DM höher als im Jahr zuvor. Für 1985 liegen zwar noch keine Zahlen vor. Doch ist Schweizer optimistisch, daß sogar noch ein weiterer Zuwachs am Ende herauskommt.

Sorgen macht sich Schweizer allerdings über den Kostenschub, der mit dem Tarifabschluß über die Arbeitszeitverkürzung zum 1. April auf die Unternehmen zukommt. Bei den Lohnkosten seien allein sechs Prozent zu verkraften, wovon vier Prozent auf die Arbeitszeitverkürzung entfallen. Das sei allein durch eine höhere Produktivität nicht aufzufangen. Im Berichtsjahr 1984 sei die Produktivität zwar stark um 6,6 Prozent gewachsen. Davon müßte aber ein großer Teil der um fünf Prozent verbesserten Auslastung der Kapazitäten zugeschrieben werden. Im Jahr 1985 ist nach seinen Erwartungen allenfalls eine Produktivitätssteigerung je Beschäftigtem um zwei bis drei Prozent zu erreichen. Im übrigen appelliert Schweizer an die Unternehmen, in den Ausbildungsanstrengungen nicht nachzulassen. Denn die Lehrlinge von heute seien die Facharbeiter von morgen, auf die man unbedingt angewiesen sei.

LASTENAUSGLEICHSBANK

Die geförderten Gründer scheitern seltener als andere

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Öffentlich geförderte Unternehmensgründer müssen seltener in den ersten Jahren ihrer beruflichen Selbständigkeit wieder aufgeben, als das im Durchschnitt der Fall ist. Darauf hat gestern der neue Vorstandsvorsitzende der bundeseigenen Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg, Kurt Andreas, hingewiesen. Nach Feststellungen der Bank sind von den 1979 mit Eigenkapitalhilfe geförderten Neugründungen nur etwa fünf Prozent zusammengebrochen. Untersuchungen für alle Jungunternehmen deuteten auf einen erheblich höheren Anteil hin.

Andreas führt die geringe Ausfallquote vor allem auf die Qualität des Förderinstruments Eigenkapitalhilfe zurück, die 1984 mit 9850 (7550) Bewilligungen über 470 (370) Mill. DM erneut ausgeweitet wurde. Der Quasi-Eigenkapitalcharakter dieser langfristigen Kredite (unbeschränkte Haftung, Tilgung erst nach dem zehnten Jahr) bilde ein Kapitalpolster, das manchen Druck auf die Erträge abfedern könne. Gestiegen ist die Nachfrage auch nach ERP-Existenzgründungskrediten. Bei 16 000 (15 850) Bewilligungen ging das Volumen jedoch von 910 auf 810 Mill. DM zurück, da weniger ERP-Gelder zur Verfügung standen. Die LAB kompensierte dies durch die Ausweitung eines aus eigenen Mitteln finanzierten Ergänzungsprogramms.

Einschließlich der Bürgschaften für Freiberufler wurden für Existenzgründungen 1,52 Mrd. DM bereitgestellt, nach 1,43 Mrd. DM im Vorjahr. Besonders gründungsfreudig zeigte sich wieder das Handwerk, auf das fast die Hälfte entfiel. Etwa ein Viertel der Förderungsmittel floß in den Einzelhandel. Es folgen das Beherbergungsgewerbe und der Verkehrssektor. Insgesamt wurden etwa 17 000 Gründungsvorhaben gefördert, 500 mehr als 1983.

Zusammen 600 (905) Mill. DM Kredite vergab die LAB für ihre anderen Tätigkeitsgebiete, zum Beispiel als Einrichtungskredite für Aussiedler und Zuwanderer und für die Schaffung von Ausbildungsplätzen. Größere Bedeutung soll künftig der Umweltschutz erhalten. So bietet die Bank Finanzierungshilfen für konzernfreie Tankstellen zur Umrüstung auf bleifreies Benzin und zinsgünstige Kredite für Recycling-Maßnahmen und Investitionen in umweltfreundliche Produktionsverfahren.

Andreas sieht in diesen Aktivitäten „hochaktuelle Finanzierungen, die genau in den Umstrukturierungsprozeß der deutschen Wirtschaft hineinpassen". Und wertet dies – unausgesprochen – als Nachweis der Existenzberechtigung der LAB, nachdem deren ursprüngliche Aufgabe – der Lastenausgleich – so gut wie abgeschlossen ist. Andreas zeigte sich denn auch befriedigt darüber, daß die Fusion mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau nach einer Klarstellung der Bundesregierung „kein Diskussionspunkt" mehr sei.

Lädiertes Unternehmerbild

Von PETER GILLIES

Unternehmer sind nie Volkslieblinge gewesen, aber derzeit notieren sie im Ansehen der Bevölkerung – wie es die Börse formulieren würde – gestrichen Brief. Ein mäßig unterhaltsamer Alkoholiker in Fernsehdiensten schlägt sie in der öffentlichen Gunst um Längen. Offenbar entwickelt sich der Unternehmer als demoskopischer Prototyp zum Ekel der Nation, wenn man Umfragen glauben darf.

Obgleich sich das gesamte Erscheinungsbild der „Bosse" seit Jahren stetig verdüstert hat, sind die Facetten dennoch aufschlußreich. In repräsentativen Befragungen ergab sich folgende Imagebilanz: 55 Prozent glauben, die Unternehmer hätten zu viel Einfluß auf die Politik, ließen das Verständnis für kleine Leute vermissen (41), seien rücksichtslos (39) und raffgierig (35 Prozent der Nennungen). Aber man erkennt in ihm auch starke positive Eigenschaften: Energie (61), Organisationstalent (59), Tüchtigkeit (58), Verantwortungsbewußtsein (51) und Ideenreichtum (48).

Unter dem Strich ist das Vertrauenskapital der Unternehmerschaft jedoch geschmolzen. Nicht einmal jeder zweite Bürger (48 Prozent) empfand 1984 noch Vertrauen gegenüber dieser „Kaste", während es in den Jahren 1983 und 1982 noch 56 und 65 Prozent waren. Bei der politischen Einflußnahme schneiden die Unternehmer besonders schlecht ab, hier vermutet der Durchschnitt Finsteres. Es hält knapp die Hälfte den Einfluß der Unternehmer für zu hoch, nur weniger als ein Drittel für angemessen.

Besondere Kritik schlägt den Managern aus der Jugend entgegen. Das Allensbacher Institut machte schon 1983 ein regelrechtes Feindbild der jungen Leute gegenüber den Unternehmern aus. Die Neigung, Ausbeuter-Parolen zu glauben, steigt übrigens mit dem Bildungsgrad, was allerlei Rückschlüsse auf die wirtschaftlichen Informationen zuläßt, die von Bildungseinrichtungen verabreicht werden. Offenbar ist das einschlägige Feindbild schon so fest verankert, daß es auf tatsächliche Verhaltensweisen der Unternehmer nicht mehr reagiert.

Das unternehmerische Image hat einerseits schärfere Konturen angenommen, sich andererseits aber stetig verdüstert. Dabei springen konjunkturelle Parallelitäten ins Auge. Massenentlassungen, schlechte Nachrichten aus bedrohten Branchen und Pleiten werden den Unternehmern angelastet – aber nicht nur ihnen. Gleichzeitig ist der Vertrauenspegel der Gewerkschaftsführer deutlich gesunken (beispielsweise von 53 auf 45 Prozent von 1982 auf 1983).

Diesen Zusammenhang mag man auch positiv wenden, kommt darin doch eine soziale Mitverantwortung beider Tarifparteien zum Ausdruck. Der schwere Arbeitskampf 1984 hat das gewerkschaftliche Image arg angekratzt. Wer also eine Aufhellung des Unternehmerbildes anpeilt, wird unterstellen müssen, daß beide in einem Boot sitzen, keiner sich auf Kosten des anderen schadlos halten kann. Diese Logik spricht dafür, daß beide Sozialpartner an Sympathie gewinnen, wenn sie ihre Sprachlosigkeit überwinden und an einen Tisch der Gespräche zurückfinden.

Gewiß hat nicht nur der Arbeitskampf die Urteile beeinflußt, sondern auch Vorgänge wie die Affären um die Parteispenden. Sie passen nahtlos in das Feindbild, das sich unter Jugendlichen gebildet hat. Indes wissen die Sozialforscher auch anderes zu berichten. So wird bei Umfragen das Bild „des" Unternehmers ausgeleuchtet, selten jedoch nach konkreten Erfahrungen gefragt. Wer den eigenen Chef kennt, schätzt ihn regelmäßig höher ein als jener, der einen Vertreter dieser Spezies nie sieht. Man darf es wohl eine menschliche Erfahrung nennen, daß die Nähe zu einem Problem Urteile (und Vorurteile) zu korrigieren vermag.

Interessant ist ferner, daß die Deutschen im internationalen Vergleich sehr viel milder urteilen. Eine Gallup-Umfrage ergab 1984 das erstaunliche Ergebnis, daß die Deutschen – nach den Stärken ihres Landes für die Zukunftsbewältigung befragt – „ihre" Unternehmer zu 62 Prozent als einen Aktivposten einstuften. Damit genießen deutsche Unternehmer nach den Amerikanern die zweithöchste Wertschätzung. Es mag Manager auch trösten, daß in marktwirtschaftliche Ansätzen nach wie vor die höchste Lösungskompetenz vermutet wird. Aber gleichwohl fordert das verdüsterte Unternehmerbild zu mehr als zu selbstquälerisch-anklagenden Betrachtungen heraus.

AUF EIN WORT



„Das Bekenntnis zur Leistung ist einer Regierung nicht leicht abzunehmen, die sich so schwertut, den Bürgern und darunter auch den Unternehmern rasch einen Teil des Geldes zurückzugeben, das ihr allein durch die unvermeidliche Geldentwertung in Verbindung mit der Steuerprogression ganz unverdient zufließt."

Roland Klett, Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar
FOTO: JUPP DARCHINGER

Seipp für „Finanz-Freihäfen"

dpa/VWD, **Frankfurt**

Für die Einrichtung „finanzieller Freihäfen" in der Bundesrepublik nach britischem und amerikanischen Vorbild hat sich der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank AG, Walter Seipp, ausgesprochen. Damit lasse sich zumindestens ein Teil des an ausländischen Finanzplätzen verloren gegangenen Geschäfts zurückholen, betonte Seipp in einem Vortrag vor der Universität Frankfurt. In der Konkurrenz der Finanzplätze sei Frankfurt, auch aufgrund zeitweiliger Kapitalimport-Barrieren, nicht in gleichem Maße vorangekommen wie die führenden Zentren New York und London.

EUROFER

Stahlhersteller fordern von Brüssel Preiserhöhungen

dpa/VWD, **Duisburg/Düsseldorf**

Die Stahlpreise sollen zum 1. April nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erhöht werden. Der europäische Stahlproduzentenverband Eurofer hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft schriftlich aufgefordert, wegen der Kostenentwicklung die von der Gemeinschaft festgelegten Mindestpreise für die Stahlprodukte zu erhöhen.

Die deutschen Stahlunternehmen wollen unabhängig davon eine Erhöhung der Preise um zwei bis drei Prozent vornehmen. Wie der geschäftsführende Vorstand der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Ruprecht Vondran in Düsseldorf dazu erklärte, wird es bei den Preisanhebungen Unterschiede zwischen den Flachstahlerzeugnissen und Profilstählen geben. Der Aufschlag auf Flachstahlprodukte soll nach Angaben der Branche rund 30 Mark je Tonne betragen. Bei den Profilstählen werde die schwierige Situation der Bauindustrie berücksichtigt werden.

Die Stahlunternehmen machen zugleich darauf aufmerksam, daß sich für sie seit Herbst 1984 Kostensteigerungen in Höhe von fünf Prozent ergeben hätten. Diese würden also durch die kommenden Preiserhöhungen nicht voll abgedeckt. Die Kostensteigerungen seien nicht zuletzt auf die Wirkungen des Dollar-Kurses auf die Rohstoffpreise zurückzuführen. Mit der angestrebten Preiserhöhung bleibe der Stahl in Europa aber immer noch billiger als der in Japan und in den USA.

SCHIMMELPFENG

Erstmals seit 1982 hat sich Zahlungsmoral verschlechtert

VWD, **Frankfurt**

Erstmals seit Ende 1982 ist die Zahlungsmoral der deutschen Wirtschaft im vierten Quartal 1984 wieder schlechter geworden. Wie die Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, feststellt, werde damit nicht der Optimismus gerechtfertigt, der vom Sachverständigenrat und der Bundesregierung für 1985 verbreitet werde.

Im vierten Quartal fiel der Anteil der pünktlich zahlenden Unternehmen auf 69 Prozent gegenüber 69,5 Prozent im Vorquartal, so daß sich für das Gesamtjahr 1984 ein Durchschnitt von 69,2 Prozent ergibt. Damit liegt die Zahlungsmoral aber immer noch deutlich über der des Vorjahres. Im vierten Quartal 1983 waren es nur 65,6 Prozent pünktliche Zahler und im Durchschnitt 1983 nur 63,5 Prozent.

Die Entwicklung der Zahlungsmoral 1984 zeige jedoch, so Schimmelpfeng, daß sie 1984 um 69 Prozent stagniert und nicht den Sprung über die Marke von 70 Prozent geschafft habe, mithin die Erwartungen in die konjunkturelle Entwicklung nur bedingt erfüllt worden seien.

Zur Zahlungsweise wurden im vierten Quartal vergangenen Jahres 9360 Unternehmen befragt. Dabei ergab sich, wie es weiter heißt, daß der Rückgang hauptsächlich von dem überproportionalen Zuwachs bei den „ernsten Beanstandungen" ausgelöst wurde. Zahlungsunfähigkeit oder -unwilligkeit, die schließlich gerichtliche Maßnahmen nach sich ziehen, erreichten 3,3 Prozent nach 2,7 Prozent im Vorquartal. Darin erkennbar seien auch die zum Jahresende gestiegenen Insolvenzen.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Bonner Konjunktur-Vorschau
Aus dem Jahreswirtschaftsbericht 1985

	1983	1984	1985
Wachstum in %	+1,3	2,6	rund 2,5
Preisanstieg in %	+3,3	2,4	rund 2
Investitionen (real) in %	+3,1	1,3	rund 4
Ausfuhr (real) in %	1,3	+7,4	rund 6
Arbeitslose Quote in %	9,1	9,1	unter 9

© Globus 5452

Ein Wachstum von mindestens zweieinhalb Prozent sagt die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht für 1985 voraus. Als Wachstumsmotor wird sich demnach einmal mehr der Export erweisen. Aber auch von der Investitionsseite dürfte es belebende Impulse geben. Die Arbeitslosenzahl wird nach Einschätzung der Regierung im Jahresdurchschnitt um fast 100 000 abnehmen.
QUELLE: GLOBUS

Dollar auf 3,21 Mark

Frankfurt (AP) – Beflügelt von Gerüchten über weitere Zinserhöhungen in den USA strebt der amerkanische Dollar an den internationalen Devisenbörsen neuen Höchstwerten zu. In Frankfurt erreichte der Dollarkurs mit 3,2166 Mark den höchsten Stand seit 13 Jahren. Am Montag war die US-Währung noch mit 3,1968 Mark notiert worden. Die Bundesbank gab 72,5 Mill. Dollar ab.

Gegen Sondererlaubnis

Köln (dpa/VWD) – Die Monopolkommission hat jetzt Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann von einer Sondererlaubnis zu dem Zusammenschluß zwischen der Klöckner-Werke AG in Duisburg und der Seitz Enzinger Noll Maschinenbau AG (SEN), Mannheim, abgeraten. Das Bundeskartellamt hatte bereits seine Zustimmmung zu dem geplanten Zusammenschluß verweigert. Nach Beurteilung der Wettbewerbshüter hätte die Addition der Marktanteile der beiden Unternehmen, die überragende Finanzkraft von Klöckner und der verbesserte Zugang zu den Absatzmärkten eine marktbeherrschende Stellung auf den Märkten für Flaschenreinigungsmaschinen sowie Füll- und Verschließmaschinen für Flaschen und Dosen zur Folge.

Bekleidung wird teurer

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Modebranche in der Bundesrepublik rechnet in der kommenden Saison mit steigenden Preisen. Wie zum Abschluß der Internationalen Modefachmesse Igedo in Düsseldorf unterstrichen wurde, seien die Rohstoffe, die auf Dollar-Basis bezahlt werden, in der letzten Zeit stark angestiegen. Diese müßten jetzt an die Endverbraucher weitergegeben werden. Konkrete Zahlen wurden vom Handel nicht genannt, sie dürften jedoch über zwei Prozent liegen.

Musterprozeß

Frankfurt (dpa/VWD) – In einem Musterprozeß vor dem Kartellsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt soll geklärt werden, ob Energieversorgungsunternehmen sich die Versorgungsgebiete durch umfangreichen Absprachen untereinander aufteilen und durch sogenannte Konzessionsverträge mit Städten, Gemeinden, Kreisen und Bundesländern das alleinige Recht zur Belieferung der jeweiligen öffentlichen Kunden sichern können. Der Gesetzgeber hat diese Abmachungen von dem sonst geltenden Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen zwar freigestellt, ihre Dauer aber auf höchstens 20 Jahre begrenzt. Danach muß den Kunden der Energiefirmen die Möglichkeit eröffnet werden, mit einem anderen Partner Verträge abzuschließen.

Neue Schatzanweisungen

Frankfurt (VWD) – Nach Angben der Bundesbank wurden einjährige unverzinsliche Schatzanweisungen im Volumen von 1,0781 Mrd.DM zum einheitlichen Zinssatz von 6,09 Prozent (Rendite: 6,48 Prozent) sowie zweijährige U-Schätze für 630,3 Mill. DM zum einheitlichen Verkaufszinssatz von 6,00 Prozent (Rendite: 6,60 Prozent) zugeteilt. Das Gesamtvolumen stellt sich somit auf 1,7 Mrd. DM.

Ausreisesteuer verdoppelt

Jerusalem (dpa/VWD) – Seit gestern müssen die Israelis vor jeder Auslandsreise eine Sonderabgabe von 200 Dollar zahlen, doppelt so viel wie bisher. Ihre Flugtickets werden außerdem mit einer Steuer von 15 Prozent belastet. Die jetzt zwischen Regierung, dem Zentralverband der Arbeitgeber und der Dachgewerkschaft Histadrut getroffene Vereinbarung ersetzt das „Krisenpaket", das Anfang Oktober vergangenen Jahres für eine Dauer von drei Monaten Löhne sowie zahlreiche Preise einfror. Eine Anpassung der Löhne und Gehälter ist nur vorgesehen, wenn die Preise um mehr als diesen Satz ansteigen.

Ölmarkt wieder beruhigt

Paris (J.Sch.) – Der Ölverbrauch der westlichen Industriestaaten (OECD), der im letzten Quartal 1984 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit praktisch stagnierte, hat im Januar vor allem im Export wegen des Kälteeinbruchs stark zugenommen. Das folgende warme Wetter führte aber zu einem fast ebenso bedeutenden Verbrauchsrückgang, stellt die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem jüngsten Ölmarktbericht fest. Auch die Ölpreise haben sich inzwischen wieder beruhigt. Für Rohöl lagen die Notierungen Anfang Februar auf dem Niveau des Jahresbeginns. Die Spot-Preise gingen sogar per Saldo etwas zurück, und zwar um 0,60 Dollar je Barrel Rohöl in den USA.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Initiative zu einheitlichem Markt für Hypothekarkredite

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Vorschläge zur Herstellung der Niederlassungsfreiheit im freien Dienstleistungsverkehr auf dem Gebiet des Hypothekarkredits hat die EG-Kommission vorgelegt. Sie bezwecken keine Koordinierung der nationalen Vorschriften, sondern eine gegenseitige Anerkennung der in den einzelnen Mitgliedsstaaten zugelassenen Finanzierungstechniken.

Die Schaffung eines europaweiten Hypothekarkreditmarktes werde für die Verbraucher von großem praktischen Nutzen sein, heißt es in der Begründung. Während für die Tätigkeiten der Geschäftsbanken im Ausland keine größeren Hindernisse mehr bestünden, seien die Hypothekar-Kreditinstitute immer noch auf den heimischen Markt beschränkt.

Der neue Richtlinienvorschlag geht davon aus, daß die Niederlassungsfreiheit und der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr nur dann tatsächlich wahrgenommen werden können, wenn die einschlägigen Kreditinstitute in der Lage sind Kredite entsprechend der ihnen vertrauten Darlehens- und Anleihetechniken zu gewähren. Jeder Mitgliedsstaat soll daher Instituten eines anderen EG-Landes gestatten, ihre eigenen Verfahren auf seinen Markt anzuwenden, selbst wenn diese nicht in jeder Hinsicht den Regeln des Aufnahmelandes entsprechen.

Voraussetzung ist, daß die Aufsichtsbehörden darauf vertrauen können, daß die betreffenden Institute ordnungsgemäß beaufsichtigt werden. Deshalb soll die Erbringung von Dienstleistungen über die Grenzen hinweg unter anderem von einer Bescheinung über die Bonität des Instituts abhängig gemacht werden.

VERSICHERUNGSKAUFLEUTE / Bankengründung durch Versicherer gefordert

Strategien gegen „Vertriebsbigamie"

HARALD POSNY, **Bonn**

Der Bundesverband deutscher Versicherungskaufleute (BVK) hat die Unternehmen der Versicherungswirtschaft aufgefordert, die eigenen Geldanlagen bei den Banken zu reduzieren, die Sparverträge mit Risikoversicherungsschutz anbieten. In einem Gespräch mit der WELT am Rande einer BVK-Präsidiums- und Präsidialratssitzung sagte sein Vizepräsident Günther Jung, man werde den Versicherungen auch empfehlen, eigene versicherungsabhängige Geldinstitute zu gründen, um die verschiedenen Banken und Bankengruppen davon abzubringen, derartige Sparpläne anzubieten.

„So, wie manche Banken diese Sparform anbieten, versteht der Normalverbraucher das Angebot gar nicht. Seine Attraktivität ist übertrieben dargestellt, und die Nachteile überwiegen deutlich", sagte Jung. Wenn man zunächst die Versicherer gedrängt habe, ähnliche Angebote dem Versicherungsaußendienst und den Mehrfachagenten mit auf den Weg zu geben, so nur deshalb, um sich im Kundengespräch nicht nachsagen lassen zu müssen, man habe sich von den Kreditinstituten „abhängen" lassen. Begeisterung habe das bei den 14 000 BVK-Mitgliedern nicht ausgelöst. Das hätten auch die „hochwertigen Versicherer" gespürt. Den Lärm um diese Sparpläne hätten ohnehin die anderen gemacht.

Eine scharfe Klinge wollen die BVK-Mitglieder künftig mit den „Vertriebsbigamisten" kreuzen, jenen Unternehmensgruppen, die zugleich mit und ohne Außendienst Versicherungen verkaufen wollen. Ein in Auftrag gegebenes Gutachten habe festgestellt, daß diese Mischform zu Lasten der selbständigen BVK-Mitglieder geht, so daß diese Kündigung der Agenturverträge Ausgleichsforderungen an die Gesellschaften stellen könnten. Dieses Vorgehen sei als Treuebruch gegenüber dem freiberuflichen Ausschließlichkeits-Vertreter zu sehen.

Jung kritisierte gleichzeitig die Strategie einiger Gesellschaften, dem Außendienst den (teureren) Tarif mit Außendienstberatung und den (preiswerteren) ohne Beratung „in die Tasche zu stecken", „um den günstigeren zum Nulltarif hervorzuholen, wenn der andere nicht zieht".

Dem Einzug der Datenverarbeitung in die Vermittlerbüros steht der BVK sehr kritisch gegenüber und fordert von den Versicherern Entgeltvereinbarungen. Habe man seinerzeit den Selbständigen einige Prozentpunkte der Provisionen gekappt, als mittels EDV das Inkasso zentralisiert wurde, müsse man jetzt von Kostenverlagerung vom Versicherer auf die Agentur sprechen und über die Anhebung der Provisionssätze reden.

SCHIFFSVERSICHERUNG / Golfkrieg belastet den Markt

Prämienpolitik ungewiß

VWD, London

1984 sind im Arabischen Golf 67 Schiffe durch Kriegseinwirkungen beschädigt worden. Diese Zahlen nennt das „Institute of Underwriters" in London, in dem mehr als 100 führende britische Versicherungsgesellschaften zusammengeschlossen sind, in seinem Jahresbericht. Angaben über die Höhe der Schäden allerdings gibt es nicht. Die Vorstände der Vereinigung waren auch außerordentlich zurückhaltend mit Äußerungen über die Entwicklung der Versicherungsprämien: Zwischen den großen Londoner Versicherungen und international hat es in den letzten Monaten beträchtliche Auseinandersetzungen über die Prämienpolitik gegeben.

Das Risiko ist kaum konkret abzuschätzen und wird gegenwärtig von den meisten Versicherern sehr kurzfristig festgesetzt. Im Augenblick werden Prämien gefordert, die bei etwa 7,5 Prozent des Schiffspreises liegen – für einen höchstens siebentägigen Aufenthalt im Krisengebiet um die Insel Kharg, dem größten iranischen Ölhafen, den die Irakis lahmlegen möchten. Auch zwölf Prozent sind schon gefordert und bezahlt worden, und die Fracht muß extra versichert werden.

Aber es hat sich schnell gezeigt, daß in London, im Versicherungs-Konglomerat Lloyd's und im Institute of Underwriters, die Prämien nicht einfach festgesetzt werden können. Die internationalen Reeder haben mehrfach scharf protestiert und in der Folge „Klubs" geschaffen, in denen sie sich billiger auf Gegenseitigkeit gegen die Kriegsrisiken abzudecken versuchen.

Auch die Araber hatten ein Interesse daran, die Versicherungsprämien nicht unkontrolliert in die Höhe gehen zu lassen. Schon 1980 gründeten 27 Gesellschaften aus diesem Raum ein „Arab War Risk Insurance Syndicate", das seitdem vor allem Reeder aus dem Nahen und Mittleren Osten versichert. In London ist es angesichts solcher Entwicklungen zunehmend schwieriger geworden, die „Prämien-Disziplin" unter den konkurrierenden Versicherern aufrechtzuerhalten. Es hat Fälle gegeben, in denen die empfohlenen Raten bis zu 50 Prozent unterboten wurden.

Bisher ist noch kein angegriffenes Schiff im Golf untergegangen, mehrere aber mußten völlig abgeschrieben werden. Auch bei der Ladung ging nur ein geringer Teil verloren. Dennoch sollen die internationalen Versicherer bereits bis letzten Juni 600 Mill. Dollar an Schadensregelungen für kriegsbeschädigte Schiffe in diesem Gebiet ausgezahlt haben. Einiges ist hinzugekommen: Allein im Dezember wurden sieben Großtanker von Raketen angegriffen; mehrere werden nie mehr fahren.

PHILIPS-HAUSTECHNIK / Gutes Absatzplus erzielt

Kleine Geräte sind gefragt

WILM HERLYN, Köln

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge stellt sich die Philips GmbH, Hamburg, im Bereich der Haustechnik vor. Obwohl die gesamte Branche kaum Zuwächse bei den kleinen Hausgeräten erzielen konnte, steigerte die deutsche Tochter der niederländischen N. V. Philips Gloeilamfabrieken, Eindhoven, „ganz wesentlich", so Direktor Hans Neufang, seinen Absatz um mehr als 20 Prozent. Auch der Gewinn liege deutlich über dem traditionell hohen Niveau.

Ebenfalls traditionell ließen sich die Philips-Manager auf der in Köln seit gestern laufenden Messe für Hausgeräte „Domotechnica" keine exakten Zahlen entlocken. Doch ist bekannt, daß die deutsche Philips mit der Neukonsolidierung durch die 100prozentige Beteiligung an der Bauknecht Hausgeräte GmbH, Stuttgart, im Geschäftsjahr 1983/84 ein Umsatzplus von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreichte; von 6,3 auf 7,5 Mrd. DM.

Allerdings resultiert der Zuwachs bei den kleinen Hausgeräten im wesentlichen aus einer Verbreiterung des Sortiments in den niedrigeren Preisklassen. An sich notwendige Preiserhöhungen könne der Markt zur Zeit nicht verkraften.

Negativer sieht die Bilanz bei den Großgeräten aus. Der Gesamtmarkt habe von der allgemeinen Konjunkturerholung 1984 nicht profitiert, erläuterte Direktor Marco Cantoni. Einige Bereiche im Waschen, Trocknen und Spülen hätten zwar einen positiven Trend gezeigt, doch habe dieser nicht ausgereicht, den deutlichen Absatzrückgang im Kühl- und Gefriergerätebereich auszugleichen. Cantoni bilanzierte einen Gesamtrückgang in seinem Gebiet von zwei Prozent.

FRANKREICH / Dynamik im Handel mit der Bundesrepublik läßt spürbar nach

Franc-DM-Kurs erschwert den Export

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die letzte Bereinigung der europäischen Währungsparitäten vom März 1983, durch die der Franc gegenüber der D-Mark um acht Prozent abgewertet worden war – nach zehn Prozent im Juli 1982 und 8,5 Prozent im Oktober 1981, hat die französische Handelsbilanz mit der Bundesrepublik nur vorübergehend gebessert. Nachdem das Defizit von 38,1 Mrd. Franc 1982 auf 27,4 Mrd. Franc 1983 reduziert werden konnte, erhöhte es sich 1984 auf 28,0 Mrd. Franc. Dagegen konnte der Passivsaldo der gesamten Handelsbilanz weiter abgebaut werden.

Die deutsch-französische Handelskammer in Paris erklärt diese gegenläufige Entwicklung in einem Gespräch mit der WELT zunächst damit, daß der seit fast zwei Jahren stabil gebliebene Franc-DM-Kurs bei einer Inflationsdifferenz von inzwischen sieben Prozentpunkten den deutschen Unternehmen ihren Frankreichexport erleichtert, während die französischen Exporteure auf dem deutschen Markt wegen der Überbewertung des Franc mit den Preisen in Schwierigkeiten kommen.

Zwar profitierte Frankreich von der deutschen Konjunkturbelebung. Gleichwohl verlor der französische Deutschlandexport nach den Feststellungen der Kammer im Verlauf des letzten Jahres an Dynamik: Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr halbierte sich auf 10,6 (20,7) Prozent, während sich der deutsche Export nach Frankreich verbesserte – um 8,8 (6,2) Prozent, obwohl die Nachfrage hier insgesamt stagnierte.

Die deutsche Wettbewerbsposition auf dem französischen Markt hat sich danach verbessert. Im Investitionsgüterbereich konnte die deutsche Industrie beispielsweise Marktanteile gewinnen. Das „Made in Germany" steht nach wie vor hoch im Kurs. Es wird durch pünktliche Lieferfristen und guten Service untermauert.

Dagegen verschlechterte sich die französische Position auf dem (expansiveren) deutschen Markt in zahlreichen Marktsektoren. Vor allem im Maschinen- und Fahrzeugbau stoßen die französischen Anbieter auf verschärfte in- wie ausländische Konkurrenz, der sie häufig nur ungenügend gewachsen sind. Das liegt nach Angaben der Kammer zum Teil an dem stärkeren französischen Preisanstieg, der sich auch daraus erkläre, daß viele Unternehmen auf den Auslandsmärkten die Kompensation für staatlich versagte Preiserhöhungen im Inland suchen.

Hauptgrund für den anhaltend hohen französischen Passivsaldo gegenüber der Bundesrepublik ist aber die strukturelle Angebotsschwäche, insbesondere das unzureichende Marketing. Die Regierung in Paris will jetzt der kommerziellen Seite der französischen Ausfuhr größere Beachtung schenken. Vorgesehen ist die Lockerung der umständlichen Exportformalitäten, einschließlich der Devisenkontrollen. Speziell in der Bundesrepublik, dem größten französischen Auslandskunden, sind Informationskampagnen geplant.

EG / Der australische Premierminister Hawke beklagt die europäische Agrarpolitik

Bei Zucker und Weizen vom Markt verdrängt

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft will sich bei ihren Agrarexporten in den pazifischen Raum keiner unlauteren Praktiken bedienen. Dies hat EG-Präsident Jacques Delors dem australischen Premierminister Bob Hawke versprochen. Zugleich verteidigte Delors die europäische Agrarpolitik. Die australischen Exportprobleme seien keinesfalls nur auf die Ausfuhrsubventionen der Gemeinschaft zurückzuführen.

Hawke, der auch Gespräche mit einigen anderen Brüsseler Kommissaren führte, klagte demgegenüber, die Erstattungspolitik der Gemeinschaft drohe die nach dem EG-Beitritt Großbritanniens eingeleitete Diversifizierung der australischen Agrarexporte in Frage zu stellen. Sein Land sei andererseits bei Zucker und Weizen völlig vom europäischen Markt verdrängt worden und habe immer mehr Schwierigkeiten, Fleisch und Milcherzeugnisse in Europa unterzubringen.

Mit Befriedigung vermerkt wurde in EG-Kreisen, daß sich Hawke bei seinem Besuch im Gegensatz zu seinen Vorgängern Whitlam und Fraser einer ausgesprochen maßvollen Sprache bedient hat. Offenbar verspricht sich die australische Regierung mehr Erfolg von einer gemeinsamen Lösung der Probleme des Agrarhandels (vor allem in den Bereichen Zucker und Milcherzeugnisse). Nachdrücklich unterstützt sie auch die Preisvorschläge der EG-Kommission, die teilweise auf deutliche Preissenkungen abzielen.

Bei Fleisch hat die EG 1984 Australien auf der Liste der Exportländer erstmals von Platz Nr. 1 verdrängt und ist damit zum größten Exporteur der Welt geworden. Nach der Statistik des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) kletterten die EG-Ausfuhren von Rind- und Kalbfleisch von 500 auf 700 Mill. Tonnen. 1985 wird mit Exporten von 710 Mill. Tonnen gerechnet.

Die Fleischimporte beliefen sich auf 360 Mill. Tonnen, verglichen mit 384 Mill. Tonnen 1983. Dagegen gingen die Ausfuhren Australiens von 757 Mill. Tonnen auf 620 Mill. Tonnen zurück.

LATEINAMERIKA / Preise stiegen im vergangenen Jahr durchschnittlich um 116 Prozent

Erstmals wieder positive Wachstumsrate

MANFRED NEUBER, Bonn

Lateinamerika konnte 1984 sein Bruttosozialprodukt erstmals wieder um 2,6 Prozent steigern. In den Vorjahren hatte der Subkontinent ein Minus-Wachstum hinnehmen müssen: 1982 um ein Prozent, 1983 um drei Prozent. Diese Angaben veröffentlichte die UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Eclac). Den stärksten Zuwachs erzielten Chile (5,5 Prozent), Brasilien und Peru (je 3,5).

Arbeitslosigkeit und Inflationsraten stiegen 1984 überall. Nach 66 Prozent in 1983 schnellte die Teuerung im vergangenen Jahr durchschnittlich um 116 Prozent in die Höhe. Spitzenreiter waren Bolivien (1100 Prozent), Argentinien (675), Brasilien (200) und Peru (105); am unteren Ende lagen Honduras (6,9), Barbados (3,9) und Panama (1,1).

Der Aufschwung im Welthandel und verstärkte Exportanstrengungen verhalfen Lateinamerika und der Karibik zu einem Handelsüberschuß von 37,6 Mrd. Dollar. Führend waren Brasilien, das nach 6,5 Mrd. Dollar in 1983 auf 12,6 Mrd. DM kam, und Mexiko mit 13,5 Mrd. Dollar Überschuß (1983 noch 14,5 Mrd.). Dann folgten Argentinien (4,43 Mrd.) und Venezuela (8,54 Mrd.).

So konnte das Defizit in der Zahlungsbilanz dieser Region weiter verringert werden. Es betrug 1984 rund 3,1 Mrd. Dollar (1982: 40 Mrd., 1983: 9 Mrd. Dollar). Die Ausfuhren nahmen im Volumen um zehn Prozent und wertmäßig um neun Prozent zu. Diese Entwicklung ermöglichte zum ersten Mal seit 1981 eine leichte Ausweitung der Einfuhren.

Der am höchsten verschuldete Kontinent blickte voriges Jahr auf einen Schuldendienst von 37,3 Mrd. Dollar (1983: 34,5 Mrd. Dollar), wobei die Tilgung und Zinsleistungen sowie der Gewinntransfer insgesamt 33,5 Prozent der Export-Erlöse ausmachten. Das ist ein etwas geringerer Anteil als in den beiden vorangegangenen Jahren. Der Eclac-Generalsekretär Enrique Iglesias setzte sich dafür ein, den Schuldendienst mit den langfristigen Entwicklungsplänen dieser Region in Zukunft besser abzustimmen.

Nach der Eclac-Übersicht stieg der Kapitalzufluß (Anleihen und Investitionen) von 4,4 Mrd. Dollar in 1983 auf 10,6 Mrd. an. Somit verbesserte sich die regionale Zahlungsbilanz auf einen Überschuß von 7,5 Mrd. Dollar. Auch hier wurde erstmals seit 1980 wieder ein Plus verzeichnet.

Die Währungsreserven nahmen zu, nachdem sie in den Vorjahren um insgesamt 25 Mrd. Dollar geschrumpft waren. Der Kapitalabfluß lag 1984 bei 26,7 Mrd. Dollar (1983 = 31 Mrd.). Ende 1984 hatten die Auslandsschulden Lateinamerikas und der Karibik einen um 360 Mrd. Dollar höheren Stand als zwölf Monate zuvor; die Steigerungsrate lag mit 5,6 Prozent jedoch wesentlich niedriger als in der Zeit von 1981 bis 1983, als sie 24, 14 und zuletzt acht Prozent erreicht hatte.

LUCIA STRICKWARENFABRIK / Plus beim Ertrag

Umsatzknick ausgebügelt

JAN BRECH, Hamburg

Die Lucia Strickwarenfabrik AG, Lüneburg, hat den Umsatzknick der beiden letzten Geschäftsjahre völlig „ausgebügelt" und 1983/84 (31. 10.) den bisher höchsten Umsatz ihrer Geschichte erreicht. Die spürbar verbesserte Ordertätigkeit im Facheinzelhandel und die verjüngten Lucia-Kollektionen bescherten dem Textilunternehmen ein Umsatzplus von 11,9 Prozent auf 171 Mill. DM. In dieser Zuwachsrate sind noch Angaben des Vorstandsvorsitzenden Hans Pfohe keine Preissteigerungen enthalten.

Ihre Spitzenposition innerhalb der deutschen Textilindustrie hat Lucia auch beim Ertrag gehalten. Das Familien-Unternehmen, das zu den führenden Anbietern von gestrickter und gewirkter Damenoberbekleidung gehört, weist einen um 61,5 Prozent gestiegenen Jahresüberschuß von 11,5 Mill. DM aus. Damit hat die Lucia AG 6,6 Prozent ihres Umsatzes verdient. Die kräftige Gewinnverbesserung begründet Pfohe einmal mit dem ausgeweiteten Geschäft, zum anderen mit Rationalisierungsmaßnahmen.

Aus dem Gewinn erhält die Belegschaft 3,5 (i. V. 2,2) Mill. DM in Form von Gewinnbeteiligung. In die Rücklage gehen 5 (2,3) Mill. DM, der Bilanzgewinn von 6,5 Mill. DM wird ausgeschüttet. Das entspricht einer Dividende von gut 25 Prozent. Das Eigenkapital der AG erreicht nun gut 66 Mill. DM und macht stolze 70 Prozent der Bilanzsumme aus. Langfristige Verbindlichkeiten sind in Lucia-Bilanz nicht vorhanden.

Die ungewöhnliche Ertragsverbesserung in der AG wird dadurch ein wenig relativiert, daß die Zahlen mit denen des Vorjahres nur bedingt vergleichbar sind. Im Abschluß 1983/84 ist zum ersten Mal die Lecomte Strickwarenvertrieb GmbH & Co KG enthalten, die eine „Junge-Mode-Kollektion" importiert und damit im Rumpfgeschäftsjahr Januar bis Oktober 1984 rund 53 Mill. DM umgesetzt hat. Im Zuge der Eingliederung hat Frau Pfohe die von ihr gehaltenen Anteile an die AG gegen Ausgabe neuer Aktien der Lucia AG abgegeben. Mit Lecomte ist gleichzeitig ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen worden. Der AG sind dadurch rund 3,5 Mill. DM Beteiligungserträge zusätzlich zugeflossen. Das Grundkapital der AG hat sich durch die Übernahme von Lecomte nominell um zwei auf 26 Mill. DM erhöht. Das Agio aus der Kapitalerhöhung in Höhe von vier Mill. DM ist in die Rücklage eingestellt worden.

Zum ersten Mal legt Lucia nach dieser Neuordnung nun auch einen Konzernabschluß vor, in dem neben Lecomte die US-Tochtergesellschaft Lucia Inc., North Carolina, enthalten ist. An dieser Bekleidungsfabrik, die 1984 den Umsatz um 16,2 Prozent auf 95 Mill. DM erhöht hat, ist die AG auf 49 Prozent und die Familie Pfohe direkt zu 51 Prozent beteiligt. Im Konzern weist Lucia einen Gesamtumsatz von 276,4 Mill. DM aus. Einschließlich des Gewinns der Lucia Inc. schließt die Ergebnisrechnung mit einem Überschuß von 15,3 Mill. DM. Die Rendite im Konzern von 5,5 Prozent kann sich ebenfalls sehen lassen.

Die Lucia AG bleibe auf Expansionskurs, betont Pfohe. Die Auftragsbestände für die Frühjahr/ Sommer-Kollektion 1985 lägen im Inland um 7,5 Prozent über denen des Vorjahres.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

CSSR bestellte Großrohre

Dortmund (dpa/VWD) – Die Hoesch Export AG, Dortmund, und das tschechische Außenhandelsunternehmen Ferromet, Prag, haben einen Vertrag zur Lieferung von kunststoff-ummantelten Großrohren im Wert von rund 80 Mill. DM unterzeichnet. Nach einer Hoesch-Mitteilung sind die Rohre für den Aufbau der 4. Transitgasleitung für sibirisches Erdgas bestimmt.

Überschuß höher

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Leifheit AG, Nassau/Lahn, hat ihren Umsatz 1984 gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Prozent auf 101,7 Mill. DM gesteigert. Der Jahresüberschuß vor Ertragssteuern nahm um 7,6 Prozent auf 21,3 Mill. DM zu. Der ersten Hauptversammlung am 21. Mai in Frankfurt wird für das 4. Quartal 1984 eine Dividende von 3 DM je 50-DM-Aktie vorgeschlagen. Leifheit war am 1. Oktober 1984 an die Börse gegangen.

Carrera in neuen Händen

Fürth (VWD) – Die Unternehmen der Fürther Neuhierl-Gruppe (Markenname Carrera), die letzen Donnerstag Konkursantrag stellten, haben einen neuen Eigner gefunden. Käufer ist Kurt Hesse, Gesellschafter der Nürnberger Ingenieurgruppe PBH-Autec-Cadam. Die mit einem Stammkapital von einer Mill. DM ausgestattete, neu gegründete Carrera Century Toys GmbH soll die Aktivitäten dieser Gesellschaften übernehmen. Geschäftsführer des neuen Unternehmens ist John C. Deruig, der die Carrera-Gruppe 1984 konsolidiert hatte.

GM-Rekordgewinn

Detroit (AFP) – Der Automobilkonzern General Motors (GM), Detroit, hat im Geschäftsjahr 1984 einen Rekordgewinn von 4,5 Mrd. Dollar erzielt. Gegenüber 1983 war dies eine Steigerung von 21 Prozent. Der Umsatz des weltgrößten Autoherstellers erhöhte sich um 12,5 Prozent auf 83,9 Mrd. Dollar. Weltweit wurden 8,3 Mill. Fahrzeuge verkauft, 6 Prozent mehr als 1983. Für das laufende Jahr sind Investitionen von 9 Mrd. Dollar vorgesehen.

Lebhaftes Geschäft

Frankfurt (cd.) – Die Frankfurter Hypothekenbank, die über ein lebhaftes Darlehensgeschäft im Vorjahr berichtet und die 1985er Geschäftserwartungen vorsichtig einschätzt, rät zu langfristigen Finanzierungen und weist besonders auf die Möglichkeit einer 20jährigen Zinsbindung hin. Die Bank hat 1984 ihr Hypothekenzusagevolumen mit 1,96 Mrd. DM dank regen gewerblichen Geschäfts gut gehalten und im Kommunalgeschäft 2,02 (1,97) Mrd. DM zugesagt. Von den zur Bedingungsanpassung anstehenden Darlehen wurden 84,2 Prozent mit einem Volumen von 3,2 Mrd. DM prolongiert.

GUTEHOFFNUNGSHÜTTE / Aktionäre unzufrieden

Noch keine höhere Dividende

dpa/VWD, **Oberhausen**

Der Gutehoffnungshütte (GHH) Aktienverein, Oberhausen, wird für das laufende Geschäftsjahr 1984/85 (1. Juli) „noch einmal bei der gekürzten Dividende (1983/84: drei DM je 50 Mark-Aktie) bleiben müssen", erklärte Vorstandsvorsitzer Klaus Götte vor der Hauptversammlung gestern in Oberhausen. Man erwarte für das laufende Geschäftsjahr wieder einen Jahresüberschuß. Seine Höhe werde jedoch entscheidend von der Entwicklung bei der Konzerntochter M.A.N. abhängen. Dort werde in der gegenwärtigen zweiten Phase der Strukturmaßnahmen auch über Kooperationen für den Nutzfahrzeugbereich verhandelt. Einzelheiten wollte Götte noch nicht nennen.

Der GHH-Chef betonte, daß die M.A.N. nach Abschluß der eigentlichen Sanierungsaufgaben zusätzlich langfristiges Kapital benötige. Das finanzielle Fundament sollte möglichst im kommenden Geschäftsjahr 1985/86 verbreitert werden - aber nicht durch eine Kapitalerhöhung. Über die geeigneten Instrumente werde man sich rechtzeitig äußern.

Hinsichtlich der Organisationsstruktur der GHH-Gruppe gibt es nach Angaben von Götte derzeit keinen Anlaß zu Äußerungen. Er machte allerdings auch deutlich, daß sich die M.A.N. durch die Umstrukturierung in den nächsten Jahren zu einer reinen Holdingsgesellschaft entwickeln könnte. Damit läge dann die Frage nach einer Doppel-Holding GHH/M.A.N. auf dem Tisch.

Nach Götte kann gegenwärtig davon ausgegangen werden, daß das gesetzte Umsatzziel für 1984/85 von 17,2 Mrd. DM „gut" überschritten wird. Zum Jahresende habe die GHH-Gruppe einen Umsatz von 8,1 Mrd. DM (plus 7,1 Prozent) erreicht.

In der Diskussion wurde mehrfach Kritik an der niedrigen Dividende geäußert. Auch bemängelten die Aktionäre, daß keine Erhöhung für das laufende Jahr zugesagt wurde. An der Hauptversammlung hatten 80,2 Prozent des stimmberechtigten Grundkapitals von 432 Mill. DM sowie 64,2 Prozent des stimmrechtslosen Vorzugskapitals von 151,2 Mill. DM teilgenommen.

SIEMENS / Investitionen mit neun Milliarden Mark auf Rekordhöhe – Dividendenpolitik soll flexibler werden

Für Wettlauf um Schlüssel-Technologien gerüstet

DANKWARD SEITZ, **München**

Es kommt einem gewaltigen Aufbruch zu neuen Ufern gleich und dokumentiert mehr als alles andere die große Zuversicht der Siemens AG, Berlin/München, in die längerfristige wirtschaftliche Entwicklung: Allein rund neun Mrd. DM will der Elektrokonzern im laufenden Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) nach 6,8 Mrd. DM im Vorjahr für „Zukunftsinvestitionen" aufwenden. Verdeutlicht wird damit aber auch, welche Anstrengungen heute notwendig sind, um in dem dramatischen Wettlauf um Schlüssel-Technologien international bestehen zu können.

Erst in den letzten Tagen wurde der Investitionsetat, wie Vorstandsvorsitzender Karlheinz Kaske anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1983/84 in München mitteilte, um noch einmal eine Mrd. auf annähernd vier Mrd. DM aufgestockt – vor zwei Jahren waren es noch 1,7 Mrd. DM gewesen. Für Forschung und Entwicklung sollen 4,5 (3,8) Mrd. DM und 700 Mill. DM für Aus- und Weiterbildung aufgewendet werden. Schwerpunktgebiete sind integrierte Schaltungen, Produktionsautomatisierung, Bürotechnik und öffentliche Kommunikationsnetze. Für diese Bereiche werden in naher Zukunft zweistellige Marktzuwachsraten erwartet.

Endgültig verstummen dürfte angesichts der Zahlen die in den letzten Jahren immer wieder geäußerte Kritik an den hohen liquiden Mitteln des Konzerns, die in der jüngsten Weltbilanz auf stolze 19,5 (16,6) Mrd. DM angeschwollen sind. Dieser Pegel wird nach Ansicht von Finanzchef Heribald Närger wegen der hohen Investitionen" eher sinken statt steigen", aber in zweistelliger Milliardenhöhe bleiben.

Ganz neue Wege wird Siemens künftig bei der Dividendenpolitik gehen. Stärker als bisher soll die Ausschüttung, wie Kaske erklärte, nach dem „jeweiligen Jahresertrag ausgerichtet werden". Närger: „Dies gilt nach beiden Richtungen und wird sicher auch unsere Emissionspolitik beeinflussen." Angedeutet hatte sich dies schon in dem Dividendenvorschlag von zehn DM für 1983/84 gegenüber einer Standarddividende von acht DM in den letzten Jahren.

Eingelöst wurde damit auch das Versprechen, den Aktionären mehr zukommen zu lassen, sobald den Rücklagen auch versteuerte Erträge zugewiesen werden. Nach Angaben von Närger war dies jetzt erstmals mit einem Betrag von etwa 150 Mill. DM der Fall. Neben der kräftigen Ertragssteigerung zu der alle Unternehmensbereiche beigetragen haben, ist dies der Grund für den auf 1,54 (1,12) Mrd. DM gestiegenen Steueraufwand.

Auf eine Dividendenprognose für das laufende Jahr wollte Närger sich noch nicht festlegen. Nach Kaske wird Siemens aber 1984/85 zum ersten Mal einen Umsatz von deutlich über 50 Mrd. DM erreichen. Einen außerordentlichen Beitrag von über zehn Mrd. DM wird dazu die KWU wegen der Abrechnung von drei Kernkraftwerken leisten. Aber auch ohne dieses Geschäft könne man ein Umsatzplus von etwa zehn Prozent erwarten. Zweistellige Zuwachsraten soll es in den Unternehmensbereichen Kommunikations- und Datentechnik, Nachrichten und Sicherungstechnik sowie Bauelemente geben. Auf über fünf (4,65) Mrd. DM will man den Umsatz in den USA ausweiten.

Recht bescheiden nimmt sich dagegen noch die Entwicklung im ersten Geschäftsquartal aus, doch wird das Bild durch Basiseffekte verfälscht. Bedingt durch das Kraftwerksgeschäft stieg der Auftragseingang lediglich um fünf Prozent auf 13,2 Mrd. DM, klammert man es aus, ergibt sich ein Plus von immerhin 14 Prozent. Allein aus dem Ausland kamen mit 7,1 Mrd. DM 20 Prozent mehr Aufträge. Ähnliches gilt für den Umsatz, der um vier Prozent auf 10,0 Mrd. DM zunahm. Auf das Ausland entfallen davon 5,3 Mrd. DM (plus neun Prozent). Beachtlich gestiegen ist dagegen schon der Gewinn nach Steuern um 23 Prozent auf 242 Mill. DM.

Angesichts der Zukunftsperspektiven verblaßt das Jahr 1983/84, obwohl es einen Super-Abschluß brachte. Deutlicher als die Umsatzentwicklung – die Umsatzrendite stieg auf 2,3 (2,0) – Prozent wird dies von den Zuwachsraten des Cash-flow, des Gewinns je Aktie sowie dem Jahresüberschuß von erstmals mehr als einer Mrd. DM belegt. Mit 608 (392) Mill. DM wurden die Rücklagen dotiert. In die Pensionsrückstellungen flossen nochmals 1,1 (1,3) Mrd. DM und in die anderen Rückstellungen gar fast 2,3 (1,0) Mrd. DM. Es war für Siemens ein Jahr der weiteren Kräftigung und des Schwungholens für noch schnelleres Wachstum.

Siemens-Konzern	1983/84	±%
Umsatz (Mill. DM)	45 819	+ 16,1
dav. Ausland	23 308	+ 5,0
Auftragseingang	48 124	+ 7,2
dav. Ausland	24 713	+ 10,1
Auftragsbestand	59 000	+ 3,5
Beschäftigte [1]	319 000	+ 1,9
dav. Ausland	103 000	+ 2,0
FuE-Aufwand	3803	+ 9,6
Sachinvestitionen	2227	+ 39,8
Abschreibungen	1727	+ 10,7
Brutto-Cash-flow [2]	5956	+ 24,3
Bilanzsumme	47 207	+ 16,7
Grundkapital	2210	(2194)
Rücklagen	8790	+ 10,4
Jahresüberschuß	1066	+ 32,9
Bilanzgewinn	442	+ 25,9
Ergebn. je Aktie [3] (DM)	40,00	(38,00)
Dividende [4] (DM)	10,00	(8,00)

[1]) per 30.9.; [2]) nach eigenen Angaben; [3]) nach eigener Berechnung je 50-DM-Aktie, Vorjahreswert bereinigt; [4]) je 50-DM-Aktie, einschl. Steuergutschrift 15,63 DM.

ZANKER

Von Electrolux übernommen

dpa/VWD, **Tübingen**

Der schwedische Elektrokonzern AB Electrolux, Stockholm, übernimmt das deutsche Hausgeräteunternehmen Zanker GmbH, Tübingen. Hierüber wurde nach Angaben beider Unternehmen ein vorläufiges Abkommen getroffen. Als ersten Schritt wird Electrolux das Gesellschaftskapital bei Zanker von 10 Mill. auf 25 Mill. DM aufstocken. Der Erwerb wird als eine logische Folge der 1984 erfolgten Übernahme der italienischen Zanussi-Gruppe durch die Schweden gesehen. Zanker und Zanussi arbeiten bereits auf technischem Gebiet zusammen und hatten ursprünglich eine Fusion erwogen. Der Abschluß der endgültigen Verträge bedarf noch der Zustimmung der schwedischen Reichsbank.

Zanker beschäftigt zur Zeit rund 600 Mitarbeiter, überwiegend in Baden-Württemberg. Weitere Rationalisierungen werden als notwendig bezeichnet. Der Umsatz ohne Tochtergesellschaften erreichte 1984 rund 126 (i.V. 161,5) Mill. DM. Der Electrolux-Konzern hat einen Umsatz von 12,2 Mrd. DM und die Zanussi-Gruppe von etwa 3 Mrd. DM. Zanker ist mit 50 Prozent an der Forbach GmbH, Bad Neustadt/Saale, Spezialist für Heißwassergeräte, beteiligt. Für Electrolux eröffnet sich damit ein neues Produktgebiet.

WELLPAPPENINDUSTRIE / Lage noch angespannt

Rohstoffpreise liefen davon

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Die deutschen Hersteller von Wellpappen hoffen, daß sie 1985 nicht wieder Kostenschübe in Vorjahreshöhe zu verkraften haben. Bei einer weiter steigenden Kapazitätsauslastung, für die es durchaus Chancen gebe, bestehe dann die Möglichkeit, wieder ein angemessenes Ertragsniveau zu erreichen, so Wilfried Vollmer, Vorsitzender des Verbands der Wellpappen-Industrie.

Zur Zeit sei die Branche allerdings noch weit entfernt von einer befriedigenden Umsatzrendite. Zwar hat das Jahr 1984 ihr mit einem Mengenzuwachs von vier Prozent einen neuen Produktionsrekord von 2,2 Mill. Tonnen beschert, und die Umsatzsteigerung um elf Prozent auf 3,5 Mrd. DM beinhaltet immerhin durchschnittliche Preiserhöhungen von sieben Prozent (bis zum Jahresende machten die Aufschläge sogar 14 Prozent aus). Doch mit ihren eigenen Preiserhöhungen konnten die Wellpappenhersteller bis zum dritten Quartal der „Explosion der Rohstoffkosten" nur mühsam hinterherhinken. Erst zum Jahresende sei eine Besserung zu spüren gewesen. In diesem Jahr will man die „angemessenen" drei bis fünf Prozent Nettoumsatzrendite erreichen.

Derzeit sei die Lage aber noch angespannt. Schuld daran ist die starke internationale Verflechtung der Zellstoffmärkte. So beziehen die Wellpappenhersteller rund ein Viertel ihres Rohpapierverbrauchs, den hochwertigen „Kraftliner", überwiegend aus Nordamerika und Skandinavien. Die US-Binnenkonjunktur und Exporterfolge aber hatten 1984 dafür gesorgt, daß die US-Lieferanten sehr schnell an ihre Kapazitätsgrenzen stießen. Der Tonnenpreis für Kraftliner, Anfang 1983 bei 285 Dollar, erreicht inzwischen 405 Dollar. Hinzu kommt der Effekt des höheren Dollarkurses. Auch der inländische Produktionsanteil von 70 Prozent – überwiegend aus Altpapier – bringt da keinen Ausgleich: Auch das Altmaterial geriet in den Sog des internationalen Papierbooms.

Vedes: Modellbahn wieder unter Dampf

WERNER NEITZEL, **Nürnberg**

Die Modelleisenbahn erlebt eine Renaissance. Diesen Trend untermauert Horst Heilmann, Vorstandsvorsitzender der Vedes Vereinigung der Spielwaren-Fachgeschäfte eG, Nürnberg, mit der Feststellung, daß die Modellbahn samt Zubehör wieder zur stärksten Warengruppe avanciert ist und inzwischen knapp 20 Prozent des Umsatzes der Vedes-Fachgeschäfte darstellt. Den höchsten Zuwachs erzielte freilich in 1984 mit einem Umsatzplus von 18 Prozent die Warengruppe der Plüschtiere und Puppen. Sehr gut war auch die Entwicklung bei Baby-Spielzeug, Konstruktionsbaukästen und mechanischem Spielzeug. Regelrecht froh ist man auf Fachhandelsseite über den rückläufigen Absatztrend bei Elektronik- und Video-Spielen.

Die Vedes-Firmengruppe hat ihren Umsatz in 1984 um 5,1 Prozent auf 808 Mill. DM gesteigert, wobei das Auslandsgeschäft (Schweiz, Österreich, Niederlande) kräftig um 67 Prozent auf 54 Mill. DM anzog. Bezogen auf das Inlandsgeschäft geht die Vedes von einem realen Umsatzplus von 1,5 Prozent aus. Die Einzelhandelsumsätze der Vedes-Mitglieder stiegen um knapp 3 Prozent. Eine regionale Analyse zeigt, daß der Südosten (Bayern) sowie die mittleren Bundesländer (Hessen, Rheinland-Pfalz) mit 5 Prozent Plus am besten abschnitten. Im Südwesten (Baden-Württemberg) lag der Zuwachs lediglich bei 3 Prozent. Im Westen gab es eine Zunahme von einem Prozent, während nach Norden hin Umsatzrückgänge eintraten.

Mit Genugtuung registriert Heilmann, daß der Fachhandel seine Marktposition gefestigt habe. Immer deutlicher bilde sich beim Verbraucher ein starkes Preisbewußtsein heraus. Den Anteil der direkt und indirekt importierten Ware beim Vedes-Sortiment schätzt er auf über 40 Prozent. Für 1985 erwartet Heilmann, daß die Vedes den Umsatz real mindestens halten werde. Die Vedes eG zählt 408 Mitglieder (mittlere und große Facheinzelhändler), der ebenso zur Gruppe gehörende Spielzeug-Ring 800 kleinere und mittelgroße Fachgeschäfte.

NAMEN

Dr. Hans-Heinz Griesmeier, Vorstandsvorsitzender der Krauss-Maffei AG, München, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

S. Ishizuki, Vizepräsident der Canon Europa N. V., wird zum 1. März 1985 Geschäftsführer der Canon Copylux GmbH, Mönchengladbach. Er ist Nachfolger von **K. Arima**, der seine Tätigkeit in Deutschland am 28. Februar beendet, um eine neue Position innerhalb der Muttergesellschaft, Canon Inc. in Japan zu übernehmen.

Prof. Dr. **Karl-August Wetjen**, Mitglied des Vorstandes der BASF Aktiengesellschaft, Ludwigshafen, vollendet am 7. Februar das 60. Lebensjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ansbach: Nachl. d. Dr. Attila Bestepe; **Berlin:** Wilhelm Lein & Co. Wirtschaftsberatungs GmbH; **Bochum:** Gebr. Vogel GmbH; **Essen:** Immvers Immobilien- u. Versicherungsvermittlungsges. mbH; Nachl. d. Heinz Heinrich Willi Martzock; **Göppingen:** Gebr. Schuster KG, Eislingen/Fils; **Hamm 1:** Theodor Lökke, Bauunternehm. GmbH & Co. KG; **Hannover:** infra bauen + wohnen GmbH; Esco-Heizung Schmidthammer GmbH & Co.; **Heidelberg:** IMO-Holzbau GmbH; **Helmstedt:** Poroton-Werk Schöningen GmbH & Co. KG; **Homburg (Saar):** Nachl. d. Friedrich Robert Kurt Reinshagen; **Husum:** Pellwormer Wohnungsbauges. m.b.H.; **Köln:** Karl-Heinz Kaiser, Bankkaufm.; **Landau:** Karl Becker KG, Annweiler; **Leverkusen:** Franz Rader, Burscheid; **Neuss:** Tex Top Textilvertriebs GmbH; **Nordenham:** Bruno Mokry, Gastwirt; **Reutlingen:** Nachl. d. Frida Käte Stolzke geb. Berneik; **Rottweil:** Bauser GmbH & Co. KG; **Schleswig:** Teppich Nevermann Schleswig GmbH; **Schweinfurt:** Wilhelm Zorn KG; **Vechta:** Johannes Wessel, Kaufm., Lohne; **Wuppertal:** Nachl. d. Martha Ida Emilie Henning geb. Callies, Haan; Engler GmbH & Co. KG, Velbert 1; Baugeschäft Engel GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Westerstede: Aned-Bau GmbH, Bad Zwischenahn; **Wuppertal:** Conze & Schmid, Velbert.

Vergleich beantragt: Augsburg: Anton Schmieder GmbH; **Frankfurt:** High Performance Computer GmbH; **Hamburg:** HEICO Druck GmbH; **Schwäbisch-Gmünd:** Rapp-Uhren Adolf Rapp KG; **Wiesbaden 1:** Marten Taege.

ALLGÄUER ALPENMILCH / Mit 1984 zufrieden

Umsatzwachstum gebremst

DANKWARD SEITZ, **München**

Angesichts des recht schwierigen Markt-Umfeldes ist die zur Nestlé-Gruppe gehörende Münchner Allgäuer Alpenmilch AG mit dem Geschäftsverlauf 1984 insgesamt zufrieden. Doch das Bilanzergebnis des Vorjahres, das der Teilkonzern mit einem Überschuß von 23,9 Mill. DM abschloß, wird nach Angaben von Vorstandsvorsitzendem Hans D. Kalscheuer in keinem Fall erreicht werden können. Niedriger ausfallen wird damit auch die Dividende (zuletzt 14 DM je 100-DM-Aktie). Wesentlichster Grund dafür ist der „erhebliche Aufwand" für den vorgezogenen Ruhestand, der die Ertragsrechnung stark belasten wird.

Als positiv bewertet Kalscheuer, daß es 1984 gelungen ist, trotz gesättigter Märkte und der EG-Milchquotenregelung den Teilkonzern-Umsatz noch um 1,5 (10,2) Prozent auf 1,45 Mrd. DM zu steigern und den der AG bei rund 1,02 Mrd. DM zu halten. Immerhin konnte die Allgäuer Alpenmilch wegen geringerer Anlieferungen aufgrund der Quotenregelung etwa 20 Mill. kg weniger Milch verarbeiten und büßte damit den Angaben zufolge auch ein mögliches Umsatzwachstum von rund 20 Mill. DM ein. Überwiegend im Inland wird deswegen weniger Milchpulver abgesetzt werden, wobei der Export – überwiegend nach Saudi-Arabien, Iran und Irak – noch um 15 Prozent gesteigert wurde. Die Exportquote stieg dadurch auf 24 (21) Prozent. Den Milch-Umsatz im Inland gab Kalscheuer mit unverändert rund 500 Mill. DM an.

Sehr zufrieden zeigte sich Kalscheuer mit der Entwicklung der Unifranck Lebensmittelwerke, die auf einen Umsatz von 206 (195) Mill. DM kam. Ein leichtes Plus von 0,9 Prozent auf 225 Mill. DM verzeichnete man auch im Bereich Kindernahrung/-Pflegeartikel und Diätetik. Das Weingut St. Ursula in Bingen kam auf 53 (50) Mill. DM.

Noch keine Angaben konnte Kalscheuer dazu machen, ob und wie Nestlé nach der Übernahme der amerikanischen Carnation Corp., Los Angeles, die in der Bundesrepublik mit der Marke „Glücksklee" vertreten ist, das Kondensmilch-Geschäft neu organisiert.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 45

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Aktien teilweise erholt

Wieder gezielte Käufe bei IWKA

DW. – Der Börsenbeginn stand noch im Zeichen des Kursschocks vom Wochenanfang. Obwohl der Zinsanstieg noch nicht zum Stillstand gekommen ist, gab es im Verlaufe bei den Aktien Meinungskäufe. Später meldete sich auch das Ausland mit einigen Kaufaufträgen, so daß die Tendenz zum Börsenschluß einen freundlichen Anstrich bekam. Dies ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vorangegangenen kräftigen Kurserholung an der Wallstreet zu sehen, die sich dort trotz weltweit steigender Zinsen vollzogen hat.

Die Käufe der Ausländer konzentrierten sich auf Siemens, wo die inzwischen bekannt gewordenen Zahlen über das Ergebnis für 1983/84 den bisher in diesen Papieren entgegengebrachten Optimismus voll rechtfertigten. Zur Kurserholung kam es auch bei den Werten der Großchemie und bei Nixdorf. PKI, am Vortag überdurchschnittlich gedrückt, konnte den Abschlag nahezu vollständig wieder aufholen. Im spekulativen Mittelpunkt standen erneut die IWKA-Aktien, wo die seit Wochen anhaltenden hohen Umsätze bei steigenden Kursen die Meinung gefestigt haben, daß sich hier ein Interessent betätigt, der in etwa der gleichen Branche angehören soll. Nur wenig stabilisiert waren bisher die Bank-Aktien, doch auch hier zeigten sich Ansätze für eine Besserung. Bescheiden blieben die Kurserholungen auch bei den Auto-Aktien, die vorwiegend unter dem entstandenen Absatzstau im Inland zu leiden haben.

Düsseldorf: Hagen Batterie ermäßigten sich um 3,30 DM. Je 4 DM verloren AEG Kabel Rheydt, Kabel + Metal und Scheidemandel Rhein. Textil verloren 6 DM, Stahlwerke 7 DM und Stinnes 10 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leben 30 DM und Victoria erhöhten um 50 DM.

Frankfurt: Adt erhöhten um 5 DM und Braun Vz. um 20 DM. Degussa verbesserten sich um 4 DM und Gestra um 5 DM. Grünzweig stockten um 5,50 DM auf. Holzmann schlossen um 15 DM fester. MAN Roland gaben um 11 DM und Mercedes um 4 DM nach.

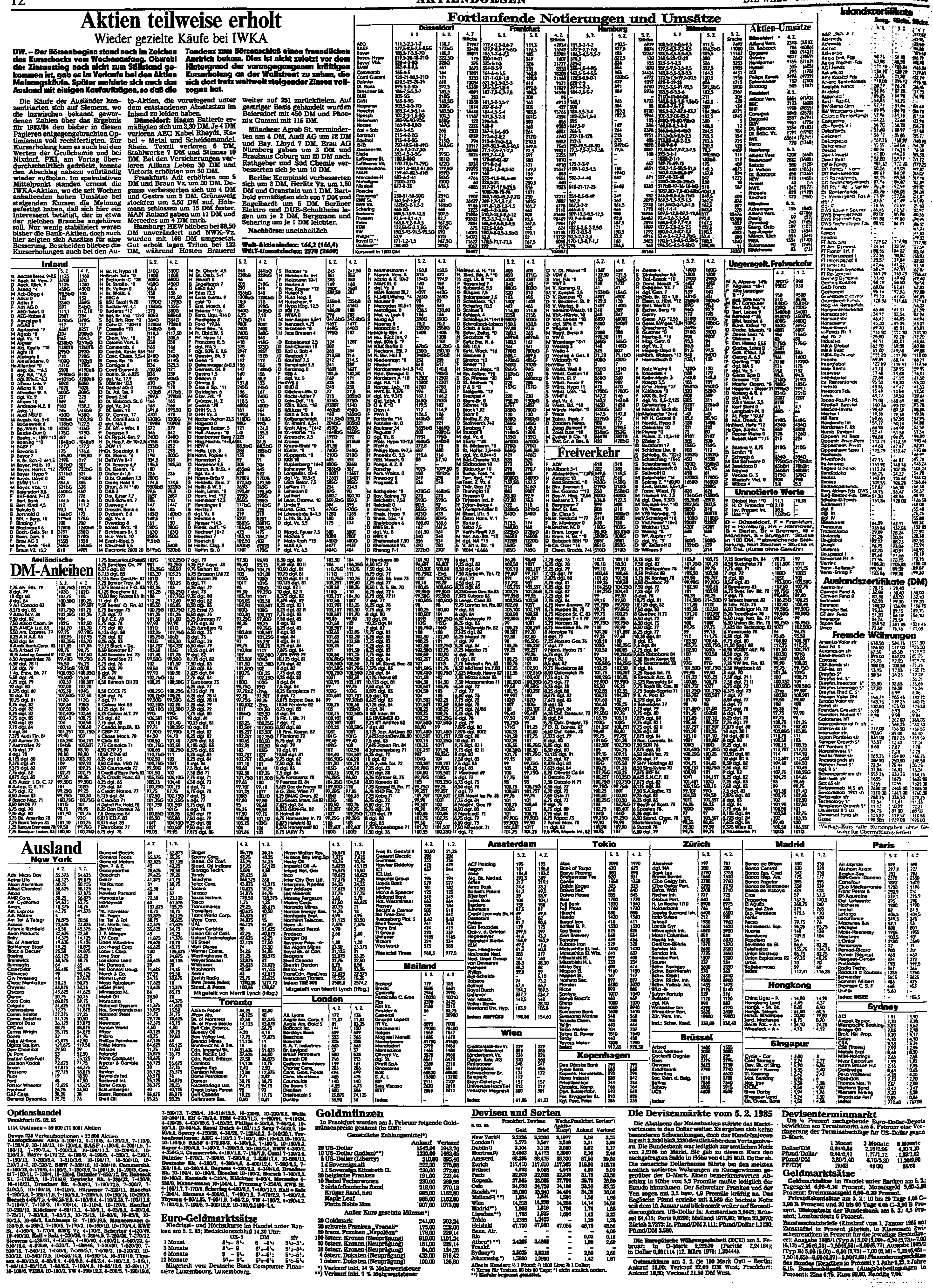
Hamburg: HEW blieben bei 88,50 DM unverändert und NWK-Vz. wurden mit 168 DM umgesetzt. Gut erholt lagen Triton bei 122 DM, während Hosten Brauerei weiter auf 251 zurückfielen. Auf gestriger Basis gehandelt wurden Beiersdorf mit 450 DM und Phoenix Gummi mit 116 DM.

München: Agrob St. verminderten um 4 DM, Audi AG um 18 DM und Bay. Lloyd 7 DM. Brau AG Nürnberg gaben um 3 DM und Brauhaus Coburg um 20 DM nach. Rathgeber und Süd Chemie verbesserten sich je um 10 DM.

Berlin: Kempinski verbesserten sich um 2 DM, Herlitz Vz. um 1,50 DM und Orenstein um 1 DM. Berthold ermäßigten sich um 7 DM und Engelhardt um 5 DM. Berliner Elektro und DUB-Schultheiss lagen um je 2 DM, Bergmann und Schering um je 1 DM leichter.

Nachbörse: uneinheitlich

Welt-Aktienindex: 166,2 (166,4)
WELT-Umsatzindex: 2970 (2660)



Optionshandel

Frankfurt: 05. 02. 85

1114 Optionen = 59 800 (71 600) Aktien

Davon 238 Verkaufsoptionen = 12 800 Aktien
Kaufoptionen: AEG 4-100/13, 4-110/5, 4-120/2,5, 7-110/9, 7-120/4,9, 10-110/13, 10-120/6,4, **BASF** 4-180/6, 4-200/1,5, 7-180/13, 7-190/7,4, 7-200/3,9, 10-190/11,3, 10-200/6,4, 10-210/3,5, **Bayer** 4-170/22, 4-180/9, 4-190/5, 4-200/2, 4-210/1, 7-190/13, 7-200/6,4, 7-210/3,6, 10-190/17, 10-200/10, 10-210/7,1-7, 10-230/2, **BMW** 7-360/16, 10-390/10, **Commerzbk.** 4-160/13, 4-170/5, 4-180/2, 7-180/5,9, 7-190/1,5, 10-190/5, **Conti** 7-120/11, 7-130/4, 10-130/6, **Daimler** 7-650/12, **Dt. Babcock** St. 7-170/5,5, 10-170/9,9, **Deutsche Bk.** 4-380/22, 7-430/9, 10-410/21, **Dresdner Bk.** 4-200/2, 7-190/12,5, 7-200/7, 7-210/3,5, 10-190/18, 10-210/5, **Harpener** 7-320/11, **Hoechst** 4-190/2,8, 7-180/17,6, 7-190/9,5, 7-200/4,5, 10-190/14, 10-200/9, **Hoesch** 4-85/7,5, 4-86,25/6,5, 4-100/8,4, 4-110/2,75, 7-100/11,6, 7-110/5,7, 7-130/3, 10-100/14, 10-110/8, 10-120/5, **Kaufhof** 10-220/10, **Klöckner** 4-60/17,1, 4-70/9,1, 4-75/6,5, 4-80/3,6, 7-75/11, 7-80/6,9, 7-85/3,5, 10-75/13, 10-80/9, 10-85/6, 10-90/2,5, 10-95/2, **Lufthansa** St 7-180/19,5, **Mannesmann** 4-150/5,6, 4-160/2, 7-160/6, 7-170/3, 10-160/10, 10-170/4,4, **RWE** St. 4-160/4, 7-170/4, **RWE Vz.** 4-170/2, **Schering** 4-420/49, 10-490/10, **Kali + Salz** 4-230/36, 4-280/4,5, 7-260/20, 7-270/12, **Siemens** 4-430/81, 4-450/65, 4-480/40, 4-490/31, 4-500/23, 4-510/16,4, 4-520/9, 4-530/7, 7-480/46, 7-520/30, 7-520/20, 7-530/13, 7-540/12, 7-550/8, 7-560/5,7, 7-570/3, 10-510/40, 10-520/32, 10-540/17,5, 10-550/14,8, 10-560/14, 10-570/10, **Thyssen** 4-80/13,9, 4-85/9,4, 4-90/5,5, 4-95/3,4, 4-100/1,5, 7-9/9,1, 7-80/16,7-85/12,6, 7-85/8,3, 7-100/4,5, 10-85/13,6, 10-90/11,7, 10-100/6, **VEBA** 10-190/3, **VW** 4-190/12,3, 4-200/5, 7-190/19,6, 7-200/13, 7-220/4, 10-310/13,5, 10-220/9, 10-230/6,6, **Wella** 10-560/15, **Elf** 4-75/3,4, **IBM** 4-370/71,5, 4-400/44, 4-410/34, 4-420/25, 4-430/15,6, 7-420/32, **Philips** 4-50/3,8, 7-55/2,4, 10-50/7,6, 10-55/4,3, **Royal Dutch** 4-160/11,5 **Sony** 7-50/3,6, 10-50/5,6, **Sperry** 4-120/35, 4-30/26, 7-130/40,3, 7-140/20,1. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-110/3,1 7-100/1, 60-110-4,3, 10-100/2, 10-110/5,5 **BASF** 4-179,65/3, 4-180/3,5, 7-180/5, 10-180/5,3, **Bayer** 4-190/4,5, 7-180/2, 7-190/5,5, 10-180/2,4, **BMW** 4-340/2, 4-350/5,2, **Commerzbk.** 4-160/1,8, 7-170/7,9, **Conti** 7-120/3,6, **Daimler** 7-570/3, 7-590/6, 7-600/8,4, 7-630/17,4, 10-590/13, **Deutsche Bk.** 4-380/3, 4-390/4,6, 4-400/12,4, 7-390/6,5, 7-380/10,6, 10-380/9,8, **Degussa** 4-330/2,3, 4-340/4,6, **Dresdner Bk.** 10-180/4, 10-190/8, **Hoechst** 10-180/3, **Hoesch** 7-100/2,5, 10-100/3, **Karstadt** 4-210/4, **Klöckner** 4-80/4, **Mercedes** 4-530/8, **Mannesmann** 10-150/4,1, **Preussag** 7-250/8, **RWE St.** 4-160/1,7, 7-170/9, **Schering** 4-460/8,2, 7-460/12,5, **Kali + Salz** 7-250/4, **Siemens** 4-500/6,1, 7-460/1,8, 7-470/2,9, 7-490/7,2, **Thyssen** 4-90/1,05, 7-90/1,9, 7-95/3,9, **VW** 4-180/2, 4-190/4,2, 7-180/2,5, 7-190/5, 7-200/12,2, 10-180/3,5190-7,4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5. 2. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8½– 8⅝	6 –6⅛	5½–5⅝
3 Monate	8⅞– 9	6⅛–6¼	5½–5⅝
6 Monate	9 – 9⅛	6⅜–6½	5½–5⅝
12 Monate	9¼– 9⅜	6⅝–6¾	5½–5⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1545,00	1943,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1230,00	1482,65
5 US-Dollar (Liberty)	510,00	695,40
1 £ Sovereign alt	222,00	275,88
1 £ Sovereign Elizabeth II.	220,00	273,60
20 belgische Franken	191,00	223,44
10 Rubel Tscherwonez	230,00	288,56
2 südafrikanische Rand	218,00	270,18
Krüger Rand, neu	985,00	1162,80
Maple Leaf	985,00	1162,80
Platin Noble Man	907,00	1073,88

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	241,00	303,24
20 schweiz Franken „Vreneli"	175,00	228,00
20 franz. Franken „Napoléon"	176,00	229,14
100 österr. Kronen (Neuprägung)	910,00	1101,24
20 österr. Kronen (Neuprägung)	181,00	229,14
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,00	124,26
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	423,00	516,42
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Die Devisenmärkte vom 5. 2. 1985

Die Abstinenz der Notenbanken stärkte das Marktvertrauen in den Dollar weiter. Es ergaben sich keine besonderen Schwankungen, doch das Handelsniveau lag mit 3,2130 bis 3,2230 deutlich über dem Vortagsniveau. Die Bundesbank war lediglich zur amtlichen Notiz von 3,2166 im Markt. Sie gab zu diesem Kurs den nachgefragten Saldo in Höhe von 41,05 Mill. Dollar ab. Die neuerliche Dollarhausse führte bei den meisten amtlich notierten Währungen zu Kursgewinnen gegenüber der D-Mark. Einen bemerkenswerten Abschlag in Höhe von 5,5 Promille mußte lediglich der Escudo hinnehmen. Der Schweizer Franken und der Yen zogen mit 3,2 bzw. 4,9 Promille kräftig an. Das Englische Pfund erzielte mit 3,580 die höchste Notiz seit dem 10. Januar und blieb somit weiter auf Konsolidierungskurs. US-Dollar in: Amsterdam 3,6445; Brüssel 64,415; Paris 9,8290; Mailand 1976,80; Wien 22,5970; Zürich 2,7373; Ir. Pfund/DM 3,111; Pfund/Dollar 1,1130; Pfund/DM 3,580.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 5. Februar: In D-Mark 2,22539 (Parität 2,24184); in Dollar 0,691114 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 5. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Um ⅛ Prozent nachgebende Euro-Dollar-Depots bewirkten am Terminmarkt am 6. Februar eine Verringerung der Terminabschläge für US-Dollar gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,68/0,58	2,16/2,06	4,30/4,10
Pfund/Dollar	0,44/0,41	1,17/1,12	1,89/1,82
Pfund/DM	2,80/1,40	6,70/5,30	11,30/9,90
FF/DM	19/03	46/30	84/68

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 2.: Tagesgeld 6,00–6,10 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 6,00–6,20 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,48) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 98,80, Rendite 7,04.

Bundesanleihen

Verlangsamter Zinsanstieg

Das Geschäft auf dem Rentenmarkt stand vorwiegend im Zeichen der am Montag stattgefundenen Turbulenzen. Die letzte siebeneinviertelprozentige Bundesanleihe, die bisher auf ihrem Emissionskurs von 100,25 Prozent gehalten worden war, wurde nur noch zu 99 Prozent notiert und das ist auch noch nicht marktgerecht. Bei den Pfandbriefen wurden im Handel unter Banken zehnjährige Titel jetzt mit Renditen von 7,75 Prozent angeboten, fünfjährige lagen bei 7,40 Prozent. Pfandbriefkurse befanden sich überwiegend auf dem Rückmarsch.

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Industrieanleihen

Sonderinstitute

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Fester gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	4. 2.	1. 2.
März	358,25	354,00
Mai	350,00	346,00
Juli	336,00	335,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	4. 2.	1. 2.
St. Lawrence 1 CW	250,79	254,11
Amber Durum	240,79	252,21

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	135,40	136,30
Mai	139,90	140,50
Juli	144,50	144,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	136,00	136,80
Mai	133,70	135,00
Juli	132,50	134,00

Hafer Chicago (c/bush)	4. 2.	1. 2.
März	176,75	176,75
Mai	172,50	173,00
Juli	169,00	178,75

Mais Chicago (c/bush)		
März	271,75	271,25
Mai	278,00	277,50
Juli	280,25	280,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	4. 2.	1. 2.
März	137,20	137,10
Mai	137,10	137,20
Juli	135,70	135,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	4. 2.	1. 2.
Terminkontr. März	153,00	150,75
Mai	149,60	147,50
Juli	145,75	144,50

Kakao New York ($/t)	4. 2.	1. 2.
Terminkontr. März	2330	2282
Mai	2380	2310
Juli	2340	2295
Umsatz	2500	3566

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,28	4,42
Mai	4,62	4,70
Juli	4,95	5,02
Sept.	5,24	5,29
Okt.	5,38	5,46
Umsatz	7 714	7 670

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4. 2.	1. 2.
	3,87	3,85

Kaffee London (£/t) Robusta-	4. 2.	1. 2.
Kontrakt März	2389–2390	2378–2380
Mai	2413–2415	2383–2387
Juli	2422–2425	2392–2397
Umsatz	1745	2807

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2250–2252	2187
Mai	2266–2267	2215
Juli	2248–2249	2185–2187
Umsatz	7222	4921

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	121,40–121,80	123,20–123,40
Mai	129,20–129,60	130,80–131,00
Aug.	137,80–138,40	139,20–139,60
Umsatz	1922	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	4. 2.	1. 2.
schw. Sarawak spez.	475,00	465,00
weißer Sarawak	700,00	700,00
weißer Muntok	710,00	710,00

Orangensaft New York (c/lb)	4. 2.	1. 2.
März	173,50	174,25
Mai	175,50	176,25
Juni	177,10	177,90
Sept.	175,20	175,80
Nov.	174,25	174,25
Umsatz	800	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	4. 2.	1. 2.
Südstaaten fob Werk	39,00	39,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,50	30,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	27,65	28,15
Mai	27,00	27,45
Juli	26,38	26,85
Aug.	25,90	26,30
Sept.	25,75	25,80
Okt.	24,80	25,00
Dez.	24,35	24,40

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	29,00	29,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	24,75	24,75
Choise white hog 4% fr. F.	19,25	19,25

Talg New York (c/lb)		
top white	19,75	19,75
fancy	19,50	19,50
bleichfähig	18,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	51,30	51,30
April	48,50	48,97
Juni	53,80	54,00

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	71,60	73,25
März	71,70	73,47
Mai	72,60	74,40

Häute Chicago (c/lb)	4. 2.	1. 2.
Ochsen exh. schwere		
River Northern	41,00	41,50
Kühe exh. schwere		
River Northern	40,00	40,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	593,00	608,50
Mai	606,00	619,50
Juli	617,00	629,50
Aug.	619,50	630,00
Sept.	612,00	621,75
Nov.	614,00	622,00
Jan.	626,00	634,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	137,50	140,50
Mai	143,30	145,50
Juli	149,40	152,30
Aug.	151,70	154,30
Sept.	154,20	154,20
Okt.	156,50	157,00
Dez.	162,00	159,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	4. 2.	1. 2.
März	355,70	356,70
Mai	363,80	364,50
Juli	370,20	370,90

Kokosöl New York (c/lb)	4. 2.	1. 2.
Westküste fob Werk	37,00	37,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	5. 2.	4. 2.
jegl. Herk. cif	920,00	945,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	600,00	600,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	580,00	530,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	227,00	242,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	805,00	815,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	296,00	295,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	4. 2.	1. 2.
März	64,45	64,70
Mai	65,65	66,00
Juli	66,65	67,00
Okt.	67,15	67,23
Dez.	67,25	67,50
März	68,40	68,65

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1:	42,25	42,25

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg)	4. 2.	1. 2.
Kreuzz. Nr. 2: März	514–516	514–515
Mai	525–527	523–526
Aug.	542–544	543–544
Umsatz	34	98

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	4. 2.	1. 2.
März	53,50	53,50
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Aug.	53,70	53,70
Umsatz	0	–
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	4. 2.	1. 2.
März	581,00–584,00	581,00–584,00
Mai	596,00–597,00	591,50–593,00
Umsatz	0	1

Sisal London ($/t)	4. 2.	1. 2.
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg)	4. 2.	1. 2.
AAA, ab Lager Febr.	12 199	12 176
März	12 258	12 250

Kautschuk London (p/kg)	4. 2.	1. 2.
Nr. 1 RSS loco	64,00–66,50	64,00–66,50
März	82,00–86,00	86,00
Apr.	63,00–67,00	63,00–67,00
Mai	64,00	–
Tendenz: ruhig, leichter		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	4. 2.	1. 2.
Febr.	187,50–188,50	geschl.
März	193,00–194,00	geschl.
Nr. 2 RSS Febr.	181,00–182,00	geschl.
Nr. 3 RSS Febr.	177,50–178,50	geschl.
Nr. 4 RSS Febr.	170,50–171,50	geschl.
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	4. 2.	1. 2.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	5. 2.	4. 2.
Aluminium: Bas. London laufend. Monat	357,62–357,98	351,56–351,74
drittfolg. Monat	369,46–369,64	362,65–362,83
Blei: Basis London laufend. Monat	124,11–124,29	121,00–121,36
drittfolg. Monat	124,11–124,47	122,26–122,62
Nickel: Basis London laufend. Monat	1642,85–1644,64	1604,56–1606,63
drittfolg. Monat	1645,00–1646,43	1607,42–1611,09
Zink: Basis London laufend. Monat	274,46–275,12	264,56–264,92
drittfolg. Monat	272,25–272,43	265,46–265,64
Produz.-Preis	289,55	288,07
Reinzinn 99,9%	4107–4147	4105–4146

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5. 2.	4. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	460,75–463,80	455,73–458,77
Blei in Kabeln	131,75–132,75	128,75–129,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorzeichdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	5. 2.	4. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	421–425	421–427
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	463	460–461
MS 63	461–467	458–463

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	4. 2.	1. 2.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	5. 2.	4. 2.
Leg. 225	400–410	400–410
Leg. 226	402–412	402–412
Leg. 231	435–442	435–442
Leg. 233	445–452	445–452

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	5. 2.	4. 2.
Platin (DM je g)	31,00	31,00
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkpr.	31 790	31 500
Rücknahmepr.	30 950	30 750
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	31 890	31 610
Rücknahmepr.	31 090	30 830
verarbeitet	33 450	33 160
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 230	31 010
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	652,20	547,50
Rücknahmepr.	633,10	628,60
verarbeitet	680,80	676,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	5. 2.	4. 2.
10.30	301,75	301,25
15.00	302,05	301,25
Zürich mittags	301,50–302,00	301,20–301,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 950	94 250
Silber (p/Feinunze) London Kasse	552,85	549,25
3 Monate	569,70	565,95
6 Monate	587,35	582,90
12 Monate	618,90	614,45

Platin (£-Feinunze) London	4. 2.	1. 2.
fr. Markt	244,85	244,20
Palladium (£-Feinunze) London fr. Händlerpr.	113,25	113,80

New Yorker Preise	4. 2.	1. 2.
Gold H & H Ankauf	301,25	302,80
Silber H & H Ankauf	616,00	623,00
Platin fr. Händlerpr.	282,00–273,00	288,00–289,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	127,00–128,00	129,00–130,00
Produz.-Preis	150,00	130,00
Silber (c/Feinunze) Febr.	614,90	622,20
März	619,00	625,00
Mai	623,90	630,40
Juli	627,00	634,00
Sept.	638,00	644,30
Dez.	647,60	654,20
Jan.	654,00	670,90
Umsatz	18 000	20 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	4. 2.	1. 2.
Febr.	62,05	62,95
März	62,35	63,30
April	62,70	63,55
Mai	63,00	64,20
Juli	63,60	64,65
Sept.	64,25	65,80
Dez.	65,10	65,95
Umsatz	12 000	12 000

Londoner Metallbörse

	4. 2.	1. 2.
Aluminium (£/t) Kasse	997,00–998,50	981,50–982,50
3 Monate	1030,0–1030,5	1012,5–1013,0
Blei (£/t) Kasse	346,00–346,50	340,50–341,00
3 Monate	345,00–347,00	344,00–345,00
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	1254,0–1254,5	1252,5–1253,0
3 Monate	1280,5–1281,0	1273,0–1274,0
abends Kasse	–	1253,0–1254,0
3 Monate	–	1274,0–1274,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1259,0–1260,0	1250,0–1255,0
3 Monate	1274,0–1275,0	1256,0–1258,0
Zink (£/t) Kasse	766,00–767,00	746,20–747,00
3 Monate	759,00–759,50	744,00–744,50
Zinn (£/t) Kasse	9980–9985	9990–10000
3 Monate	9930–9932	9950–9955
Quecksilber ($/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	55–70

Beschluß. In der Nachlaßsache Emil Heinz Steffen, verstorben am 19. 2. 1975, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Abteilung 710, durch den Richter am Amtsgericht Dr. Haack: In der Nachlaßsache Steffen wird der mit Beschluß vom 9. 4. 1984 eingezogene Erbschein vom 22. 6. 1976 für kraftlos erklärt, weil er nicht erlangt werden kann (§ 2361 II BGB).

Dr. Haack, Richter am Amtsgericht

FINANZANZEIGE



KLÖCKNER-WERKE AG DUISBURG

Bekanntmachung

über die
Auslosung unserer
7½%-Anleihe von 1971 M/N
– Wertpapier-Kenn-Nr. 371 531 – 371 540 –

Für die am 1. Mai 1985 fällige neunte Tilgungsrate werden aus dem Tilgungsfonds nom. DM 2 600 000,– zur Verfügung gestellt. Weiterhin wurden gem. § 4 (5) und (6) der Anleihebedingungen unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 2
– Wertpapier-Kenn-Nr. 371 532 –

in Höhe von nom. DM 7 400 000,– zur Rückzahlung ausgelost, so daß die diesjährige Tilgung insgesamt nom. DM 10 000 000,– beträgt. Unter Hinzurechnung der in den vergangenen Jahren getilgten nom. DM 75 000 000,– Teilschuldverschreibungen wird der in § 4 (3) der Anleihebedingungen genannte Mindest-Tilgungsgesamtbetrag per 1985 in Höhe von DM 85 000 000,– erreicht.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Mai 1985 an bei den in § 6 (1) der Anleihebedingungen genannten Banken eingelöst.

Den ausgelosten Stücken sind die dazugehörigen Zinsscheine Nr. 29 uff. beizufügen. Der Betrag fehlender Zinsscheine wird bedingungsgemäß vom Kapitalbetrag abgezogen. Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet mit dem Fälligkeitstage.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß von den früher ausgelosten Gruppen 1, 3, 5, 6, 7, 9 und 10 noch nicht alle Teilschuldverschreibungen zur Einlösung vorgelegt worden sind.

Duisburg, im Februar 1985 — Der Vorstand

STELLENGESUCHE

Fachmann für Marketing und Vertrieb – Konsumgüter und Markenartikel –

Marketing- und Vertriebsdirektor, 44 Jahre, erfolgreicher Praktiker, langjährige Erfahrung in Groß- und Mittelunternehmen, sucht neue Aufgabe:

Geschäftsleitung Absatz

Spezielle Erfahrungen: Unternehmensführung mit Schwerpunkt Marketing und Vertrieb – Aufbau, Motivation und Führung von Vertriebsorganisationen im In- und Ausland – persönliche Kontakte zu den Zentralen des Fach- und Lebensmittelhandels – Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte – EDV-gestützte Deckungsbeitragsrechnung – US-Budgeting und Controlling – Englisch fließend.

Kontaktaufnahme erbeten unter U 13 295 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPL.-BETRIEBSWIRT

41 J., verh., in ungekündigter Stellung, seit mehr als 10 Jahren in leitender Funktion in einer Unternehmensberatung tätig. Umfassende Erfahrung in Projektmanagement, Projektleitung und Personalführung bei der Planung und Realisierung DV-gestützter Organisationen in Industrie- und Energieversorgungsunternehmen. Verantwortliche Durchführung von Marketing- und Vertriebsmaßnahmen für die Vermarktung von Dienstleistungen und Standard-Software.
Gesucht wird neue verantwortliche, selbständige Führungsposition in Unternehmensberatung/Softwarehaus oder Industrie.
Angebote erb. unter Z 13 212 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Leiter/Controller

Ind.-Kfm./Betriebswirt, Anfg. 40, ungeb. u. mobil, in ungek. Position als kfm. Leiter (mittl. Industrieunternehmen), sucht neue Herausforderung als

kfm. Geschäftsführer

Praxis: Führung Finanz- u. Rg'wesen, Bilanzen, Steuern, Recht, Versicherungen, Personal, EDV/Organisation, Materialwirtschaft/Einkauf.

Schwerpunkt: Pragm. Auf- u. Ausbau des Controlling unter hoher Integration aller Bereiche unter konsequenter finanzieller Führung.

Kontaktaufnahme unter Y 13 211 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Leiter REWE / kfm. Verwaltung

47 J., langjährige Erfahrung auf den Gebieten Finanz- und Rechnungswesen, Organisation (EDV), Bilanz- und Steuerrecht, Kostenrechnung, Personalwesen, Planung, Statistik, Makelei, Vermögensverwaltung und Versicherungswesen,

sucht entsprechende Tätigkeit im Bereich Finanz- und Rechnungswesen, Kostenrechnung, kaufm. Verwaltung.

Angebote erbeten unter C 13 215 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftsjurist

36 J., verh., mit langj. Erfahrung als Syndikusanwalt in der Konsumgüterindustrie sowie als selbständiger Rechtsanwalt, besondere Kenntnisse auf dem Gebiet des Wettbewerberrechts, Kontrollrecht, Lebensmittelrecht, allg. Handels- u. Vertragsrecht, gute Englisch- und Französischkenntnisse, sucht Stellung als Justitiar oder Leiter Rechtsabteilung/Allgemeine Verwaltung, in einem Unternehmen oder einem Verband im norddeutschen Raum.
Angeb. erb. unter V 13 296 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing- u. Vertriebsleiter, Inl./Ausl.

Dynamischer Verkaufspraktiker, 44 J., langjähr. Führungserfahrung. Lehre, Fachschule, Elektrotechnik/Elektronik/HF, verhandlungssicher, Daten- u. Zeiterfassung, Alarm-, Licht-, Nachrichtentechn., Vertriebs- u. Abwicklungscontrolling, Deckungsbeitrags- u. Projekt-Kalkulation, Umsatz-/Ertragsplanung, Werbe- u. Vertriebskonzepte, Umsatzverantwortung 2stellig Mio., Umzug nach Norddeutschland möglich, Ziel: Geschäftsführer, Vertriebs- oder Niederlassungsleiter.

Angebote erb. unter T 13 294 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Abteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit

43 J., Ausbildung in internat. Spedition, Erfahrung in Luftverkehr, Touristik, Containerverkehr, seit 14 J. im Dienstleistungsbereich Schiffahrt verantwortlich tätig, fund. Fachkenntnisse in Wirtschaftswerbung, Presseinformation sowie Messe/Ausstellung, sucht Aufgabe im Bereich Öffentlichkeitsarbeit bei Unternehmen, Verband oder Medium.
Angeb. erb. u. W 13 209 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Außendienst-Profi sucht Perspektive!

Als 33jähriger Mann des zweiten Bildungsweges, mit bundesweiter Außendiensterfahrung im Produktbereich textile Bodenbeläge (Objekt und Handel), bin ich nun fit genug, meine eigene Mannschaft zu führen.
Sowohl ein professioneller Neuaufbau als auch eine systematische Entwicklungsaufgabe darf es sein.
Gesucht wird ein Unternehmen, in dem keine verkrustete Hierarchie dem Individualismus, der notwendig ist, um heutige Vertriebsaufgaben zu meistern, im Wege steht.
Zuschriften unter V 13208 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suche neue Aufgabe oder Zusammenarbeit:

Psychotherapeutin/Heilpraktikerin

47 J., ev.-luth., langj. Erfahrung in Sexual- u. Paartherapie, Einzel- u. Gruppenarbeit. Studium: Religionspädagogik, Soziologie, Psychologie, Psychotherapie, Suchtberatung.
Zuschr. erb. u. PP 48 568 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Systemprogrammierer Sperry (Univac) 1100

45 J., 22 Jahre EDV, 12 Jahre Praxis mit der Serie 1100: OS/1100, TIP, CMS, COBOL, DMS/1100, DPS/1100, K-Schn., Ass.
Fundierte Kenntnisse und Erfahrungen in:
- Generierung, Implementierung und Wartung des Betriebssystems
- und der anderen o. a. Software-Produkte
- Unterstützung und Beratung in Programmierungs-/Systemfragen
- Analysieren von Fehlern
- Untersuchungen und Verbesserungen des Systemverhaltens sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe, evtl. auch als freier Mitarbeiter.

Zuschriften bitte unter F 13 218 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sie suchen einen Top-Mann? Hier ist er!

Gebietsleiter, 29 Jahre, bei einem amerikanischen Multikonzern des Investitionsgüterbereiches in ungekündigter Stellung und in der hausinternen Top-Five, Führungserfahrung, betriebswirtschaftliches Abendstudium, abschlußstark und exzellente Verkaufsschulung, sucht neue leitende Tätigkeit, möglichst Raum Norddeutschland.
Zuschriften unter W 13 033 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fähige Frau

- gewohnt, selbständig zu arbeiten
- erfahren in Organisation (Kongresse: Büro + catering)
- perfekt in Englisch, eig. Übersetzungen (spez. Medizin); mit Französischkenntnissen
- vertraut mit sämtlichen Sekretariatsarbeiten, perfekt Schreibmaschine, Buchhaltung

ist auf der Suche nach außergewöhnlichem, anspruchsvollem Arbeitsplatz, d. h., zum Kaffeekochen sollten Sie jemand anders engagieren.
Zuschriften unter Z 13 036 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Qualitätssicherung

Ingenieur, ungekündigt, 34 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, mehrjährige Praxis in leitender Position, unter anderem Erfahrung in Qualitätssicherung nach DGQ- und VDA-Richtlinien, sucht zum 1. 7. 1985 oder später neuen Wirkungskreis im Großraum Hamburg.
Zuschriften erbeten unter Y 13 035 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener
Schiffahrtskaufmann

45 J., fließend Engl. u. Dänisch sowie Grundkenntnisse in Franz., langjähr. leit. Tätigkeit in Linienfahrt u. Reedereibefrachtung im In- und Ausland. Gute Kenntn. in Buchhaltung u. Abrechnung, sucht verantwortungsv. Tätigkeit im In- od. Ausland.
Zuschriften unter Z 13 190 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bürokaufmann

mit betriebswirtschaftl. Studium, 31 J., Grundkenntn. Orga und Market., Engl.-Kenntn., sucht interessanten Wirkungskreis. Wunsch: Ass. Produktmanager oder Ass. Marketingmanager.
Zuschr. u. N 13 202 an WELT-Verl., Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Exp.-Kfm.

39 J., ungek., örtl. ungeb., versiert in allen Belangen des Ein- u. Verk. von Maschinen/Anlagen, Auslandserf., perf. Engl., Ital., sucht leistungsorientierte Aufg.
Angeb. erb. unt. X 13298 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekaufmann

36 Jahre, seit 10 Jahren in leitenden Funktionen tätig, sicheres Auftreten, entscheidungsfreudig, kreativmotivierender Führungsstil, Englisch perfekt in Wort und Schrift, sucht verantwortungsvolle Aufgabe im Bereich Marketing/Vertrieb, Raum Norddeutschland bevorzugt, aber nicht Bedingung.
Zuschr. unter X 13 034 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Zeitsoldat

23 J., m. Abitur, sucht zum 1. 7. 85
Ausbildungsplatz
zum techn. Zeichner
Zuschriften erbeten unter A 13 191 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stelle für:
Bundesanstalt für Arbeit

Diplom-Übersetzerin

Französisch und Spanisch, 25, Studium Germersheim/Uni Mainz. Jurist. Fachausbildung, gute Englisch-Kenntnisse, kaufm. Erfahrung, EDV-Kenntnisse, Maschinenschreiben perfekt, an selbständige Arbeit gewöhnt; sucht interessante Tätigkeit im Hamburger Raum.
Auskünfte erteilt: Herr Fendel
Fachvermittlungsdienst Mainz, Schießgartenstraße 6
6500 Mainz, ☎ 0 6131/252-251, FS 4 187 015

Dolmetscherin/Übersetzerin

(Engl.) mit guten Kenntnissen in Franz. sucht feste Anstellung. Berufserfahrung im technischen Bereich. Übernehme auch Übersetzungen und Korrespondenzarbeiten.
Angeb. erb. u. G 13 219 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann

44 J., seit 15 Jahren im Chemikalien- u. Kunststoffhandel, Auslandstätigkeit, perfekt Englisch, langjährige Führung von Niederlassungen, ungekündigt, sucht anspruchsvolle Aufgabe in Handel/Industrie.
Angebote u. S 13 205 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Leitender Angestellter – Bankkaufmann

48 J., verheiratet, langjährige Bankpraxis in Kreditgeschäft, Zweigstellenleitung, Revision, Organisation, Vermögensverwaltung (Testamentsvollstreckung), umfassende Kenntnisse des Bauspargeschäfts sowie des Grundbuchsektors, juristische u. steuerliche Kenntnisse, Englisch, langjährige leitende Position u. Führungserfahrung, möchte sich verändern.
Zuschr. u. K 13 199 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GESUCHT
AUSBILDUNGSSTELLE ZUM
Datenverarbeitungs-Kaufmann

Student, 10 Semester E-Technik/BWL (TH). Durch vielseitige Grundkenntnisse und praktische Erfahrungen im technischen und kaufmännischen Bereich auch an anderen Ausbildungsberufen der EDV interessiert.
Angeb. unt. S 13 029 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vielseitiger, junger Mann

(30), mit guten Schreibmaschinen- und Englischkenntnissen, musisch bewandert (Orgel, Klavier, Chormusik), Erfahrungen in Organisation, Pressewesen, Interviews, Reportagen und als Animateur, Führerschein Kl. III vorh., sucht interessanten, neuen Wirkungskreis.
Angebote bitte unter E 13 217 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter/Verkäufer

46 J., Dipl.-Kfm., z. Zt. in Engl. tät. in ungekünd. Stellung, sucht baldmögl. neuen Wirkungskreis.
Zuschriften unter P 13 071 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Psychologe

34 Jahre, Pädagogik- und Mathematikstudium, 5jährige Tätigkeit als Sachbearbeiter bei Versicherungen, gute EDV- und BWL-Kenntnisse, flexibel, belastbar, sucht interessante, entwicklungsfähige Aufgabe.
Angebote unter A 13 213 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

33jährige Frau

(prakt. Betriebswirt), z. Z. m. Organisationsaufgaben betraut, in ungekündigter Stellung, sucht verantwortungsreiches neues Aufgabengebiet (keine Reisetätigkeit), gutes Englisch vorhanden.
Angebote m. Gehaltsangabe erb. unt. X 13232 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Groß- u. Außenhandelskaufm.

26 Jahre, mit 3jähr. Italienerfahrung, in ungekündigter Stellung, sucht neuen Wirkungskreis bei deutschem Unternehmen in Norditalien (Großraum Mailand).
Zuschriften unter L 13 200 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FM) Elektrotechnik

Deutscher (32) mit langjähriger Berufserfahrung, sucht Aufgabengebiet in Griechenland.
Angeb. erb. u. U 13 207 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Spezialist für Time-Sharing-Urlaub

Vertriebsprofi, 38 J., dynamisch, zuverlässig, erfahren in System- u. Objektkonzeption, Vertriebsaufbau, Organisation, Absicherung, juristische Abwicklung u. vertriebsgerechte Aufbereitung, sucht leitende Position im Angestelltenverhältnis bei renommiertem Unternehmen (evtl. Reiseveranstalter).
Angeb. erb. u. T 13 206 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Profi, Betriebswirt

40 Jahre, 15 Jahre Organisation, Systemanalyse, Projektmanagement, Vertrieb, z. Zt. leitender Angestellter mit Personalverantw., sucht Führungsposition im Bereich Org./DV im Großraum Hamburg.
Zuschriften unter M 13 201 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauleiterin

14 Jahre Berufserfahrung, davon 7 J. im Ausland, sucht verantw. Aufgabe im engl.- od. franz.-sprachigen Ausland als Bau- od. Projektleiter.
Angebote unter R 13204 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kfm. Führungskraft

Englisch/Spanisch perf., Wort und Schrift, 3 J. Spanien, 6 Wo. England, Kenntn. Indonesisch, verhandlungssicher, kontakt- und entscheidungsfreudig, sucht ab 1. 4. 1985 neuen Wirkungskreis Raum HH, tät., Export/Import, Industrie, Spedition, Reederei/Schiff., Freizeitindustr., A-Dienst angenehm.
Angeb. u. R 13292 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

41jähr. Dr. phil., Dipl.-Pädagoge

engagiert, ungeb., abs. zuverl., in ungek. ltd. Stellg., sucht int. Tätigkeit in allen denkbaren Bereichen, auch Ausland.
Zuschr. u. K 13 221 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekaufmann, 42 J., 5 J. Außendiensterfahrung, sucht anspruchsvolle Tätigkeit im Innendienst od. seriösen Außendienst d. Industrie. Raum Norddeutschland.
Angeb. u. B 13 214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Innovation – Subvention – Sanierung

Dipl.-Ing., Dipl.-Volksw., 37, drei Sprachen, mit vielseitiger Praxis in Beratung, Controlling, Geschäftsführung, sucht neue Aufgabe in

Geschäftsführung oder Nachfolge

Spez. Know-how, Organisation, Controlling u. strateg. Management – Fachm. für Krisenmanagement/Trouble-stooting/Sanierungen (auch auf Zeit) – Kostensenkung – staatl. Finanzierungshilfen – Entw. u. Vermarktung von Innovationen – Aufbau, Ltg. u. Kontrolle von Vertriebsorganisationen – Durchf. und Organisation v. Akquisitionskampagnen – Erschließung neuer Exportmärkte – Einf. ausländ. Produkte auf deutschen Märkten – Ital., Franz., Engl.
Kontaktaufnahme erb. über CC Consulting, Personalberatung, Postfach 60 04 03, 2000 HH-60

Amerikaner

Gas- und Wasserinstallateurmeister mit deutscher Prüfung (Wohnort Rhein-Siegkreis) sucht Aufträge für In- und Ausland, Sub- oder angestellt. Konzession kann übernommen werden.
Telefon 0 22 46 / 69 28

Dipl.-Kfm.

37 J., FR, Rev., Contr., auch Auslandstätigkeit.
Angebote erbet. unter W 13297 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CHAUFFEUR

45 J., ungebunden, gepfl. Erscheinung, mit guten Umgangsformen, absolut vertrauenswürdig, 27 J. unfallfrei in ganz Europa. Besuch der Fahrerschule v. Rolls-Royce in England mit Abschlußdiplom, erstkl. Zeugnisse und Referenzen vorh., letzter Tätigkeitsbereich Schweiz, sucht ab sofort neuen Wirkungskreis
Zuschr. u. E 13 151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ausgebildeter Rechtspfleger, Verwaltungsfachmann, Versicherungsfachmann, Sprachlehrer (Englisch, Französisch, Niederländisch, Deutsch, Portugiesisch), Ausbildungsleiter sucht adäquate Tätigkeit in Anwaltskanzlei, Firma, Versicherung oder Sprachschule – auch im Ausland. – Zuschriften unter H 13 220 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mitarbeit in Personalberatung gesucht

20jähr. Erfahrung in med.-pharmaz. Sektor, med.-phil. Teilstudium, parkettsicher, Verhandlungsgeschick, Organisationstalent, auch freie Mitarbeit mögl.
Ang. unt. P 13291 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Agr.-Ing.

32 J., led., sucht Tätigk. Praxis und Berufs- und Ausl.-Erfahrung. (1 J. Kanada und Australien, 2 J. Nord-Yemen). Sprachen: Engl., Arabisch u. Grundk. in Franz.
Bes. Interessen: Landmasch. und Elektrotechnik u. Pflanzenbau.
Angebote unter X 13 210 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter
Zentral-Einkäufer

Food, 17 J. in namhaften deutschen Lebensmitteluntern. m. versch. Warengruppen erfolgr. tätig, sucht neuen Wirkungskreis (Konzernerfahrung).
Zuschr. erb. u. M 13 047 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Dolmetscherin

24 J., Examen Heidelberg, Spanisch, Franz., m. sehr gut. Englischkenntn., Maschineschreiben, sich. Auftreten, nicht ortsgeb., sucht interess. Aufgabe.
Zuschr. u. P 13 289 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kfm. Leiter

39 J., langjährig in leitender Stellung in mittleren Unternehmen (Engineering-Gruppe, EDV-Vertriebsgesellschaft), sucht neuen Wirkungskreis z. 1. 4. 85 Raum Hamburg oder nördl. Niedersachsen, versiert in Finanz-/Rechnungswesen, Controlling, Organisation, Personalwesen, allgem. Verwaltung.
Angeb. u. S 13 293 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Versicherungskaufmann
Dipl.-Volkswirt

41 Jahre, verh., tätig bei einem bedeutenden Komposit-Versicherer im Industriegeschäft, Erfahrung im europäischen Ausland, in ungekündigter Stellung, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit bei einer firmeneigenen Vermittlungsgesellschaft, Makler oder einem Industrieversicherer. Mobilität für Standortwechsel besteht.
Angeb. erb. u. D 13 216 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chemie-Laborant

Norweger, 24 J., Deutsch/Englisch, sucht Laborarbeit in Chemieindustrie. Ingenieurhochschule (Linie Analyt. Chemie) abgeschlossen.
Glenn Loe, Finnmarkgt 53b
N-0563 Oslo 5, Tel. 02 / 42 27 47

Unser Chefredakteur geht im Frühjahr 1986 in den Ruhestand.
Wir suchen einen Nachfolger als

Chefredakteur

der sich befähigt sieht, die erfolgreiche Tätigkeit fortzusetzen.

Die „Rhein-Zeitung" und ihre Heimatausgaben haben eine verkaufte Auflage von mehr als 223 000 Exemplaren. Das Verbreitungsgebiet zwischen Bonn und Mainz entspricht dem Regierungsbezirk Koblenz an Rhein, Mosel, Lahn und Nahe.

110 Redakteurinnen und Redakteure sind in 26 Lokalredaktionen und in der Zentralredaktion für 15 Ausgaben tätig. Schwerpunkt unserer Zeitung ist der informative, aktuelle und gepflegte Lokalteil.

Die Arbeit der Redaktion orientiert sich an der von den Herausgebern festgelegten „Grundsätzlichen Haltung", deren Kernsätze das Bekenntnis zur freien und sozialen Marktwirtschaft und die Unabhängigkeit von Institutionen gleich welcher Art ausdrücken.

Die „Grundsätzliche Haltung" ist Bestandteil der Arbeitsverträge aller Redaktionsmitglieder. Ein Redaktionsstatut und eine Vereinbarung zwischen Verlag und Redaktion sichern den journalistischen Auftrag und stärken die Kooperation.

Die Redaktionen unserer Zeitung sind weitgehend über Bildschirmgeräte einem elektronischen Redaktionssystem angeschlossen. Zudem verfügt die Zentralredaktion über ein Nachrichtenagentur-System per Bildschirm. Eine Btx-Redaktion realisiert täglich eine elektronische Ausgabe der Zeitung.

Die Lehrredaktion unseres Hauses pflegt seit Jahren ein intensives Training von Volontären während einer zweijährigen Ausbildungszeit.

Rhein-Zeitung

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte bis Ende März 1985 an die Geschäftsführung der Mittelrhein-Verlag GmbH, Postfach 15 40, 5400 Koblenz.

Zur Verstärkung unseres Ateliers suchen wir zum nächstmöglichen Termin erstklassige

Grafik-Designer

Eine solide Ausbildung sowie umfangreiche Erfahrungen in Agenturen oder Verlagen werden, ebenso wie produktionstechnisches Wissen, vorausgesetzt. Darüber hinaus sollten Sie sicher in der Typografie und im Layouten sein. **Wir legen Wert auf werbliche Kreativität.**
Sollten Sie an dieser Position interessiert und nicht älter als 35 Jahre sein, bitten wir Sie um Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen einschließlich umfangreicher Arbeitsproben.

WAS® Werbeagentur & Personalberatung
Bernd Schlingmann GmbH
Palaisstraße 36, 4930 Detmold
Tel. (0 52 31) 2 54 22-23



Für unseren stark expandierenden Produktbereich
Intensiv-Monitoring
suchen wir zum baldmöglichen Eintritt eine/n engagierte/n

Vertriebs-beauftragte/n

für die Betreuung vorhandener und potentieller Kunden im Raum Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein.

Die Aufgabe erfordert verkäuferische Leistung und das Feeling für den Gesprächspartner, der nicht selten in leitender Funktion ist.

Die Produkte, Ihre Erfahrung und Ihre Vertriebsqualitäten bilden die Basis Ihres persönlichen Erfolges. Rege Reisetätigkeit ist Bedingung.

Die Bezüge einschl. der sozialen Vorteile eines weltweit erfolgreichen Konzerns sind überdurchschnittlich bemessen.

Fixum + Provision + Reisespesen sowie Pkw (auch zur persönlichen Nutzung).

Senden Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen mit Zeugnissen, tabellarischem Lebenslauf und Lichtbild an unsere Anschrift.

KONTRON MEDIZINTECHNIK GMBH
Overfeldweg 61 · 5090 Leverkusen

Wir helfen Krankenhäusern Kosten zu sparen

Unsere Problemlösungen auf dem Gebiet der Speisen-Verteilorganisation ermöglichen den Krankenhäusern eine dauerhafte Kostensenkung. Die Qualität unserer Leistungen und Produkte sichert uns einen festen Platz an der Seite unserer Kunden.

Damit wir noch mehr Nutzen stiften können, brauchen wir im gesamten Bundesgebiet und West-Berlin

Systemberater

Sie sind gerne im Außendienst tätig und wollen selbständig arbeiten. Analysieren und organisieren macht Ihnen Freude. Mit Menschen können Sie besonders gut umgehen. Fachwissen vermitteln wir Ihnen.

Wenn Sie sich herausgefordert fühlen, etwas Besonderes leisten wollen und um die „Dreißig" sind, sollten Sie sich gleich bewerben.

Schicken Sie Ihre Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf und Lichtbild an temp-rite Int. GmbH, Neidenburger Str. 15, 2800 Bremen 1, zu Händen Herrn Westendorf.

Für eine persönliche Information steht Ihnen unser Herr Westendorf gerne zur Verfügung. Tel.: 04 21/49 82 94.

temp-rite International
Ihr Partner für Speisen-Verteilsysteme
Planung, Organisation, Einrichtung

Im Auftrag unseres Klienten, einem Polstermöbelhersteller in Ostwestfalen-Lippe, suchen wir zum nächstmöglichen Termin einen tüchtigen, kreativen

Designer

für Polstermöbel. Sie sollten in der Lage sein, konservative und moderne Polstermöbel gleichermaßen zu kreieren. Dabei sollten Sie sich von den von unserem Klienten vorgegebenen Markttendenzen leiten lassen und die Bereitschaft haben, in einem kleinen Team so schnell wie möglich erster Mann zu werden. Das setzt eine erstklassige Materialkunde voraus sowie das Gespür für das Machbare. Von Vorteil wäre es, wenn Sie Ihre Entwürfe vom Design bis zur Produktionsreife, unter Berücksichtigung von technischen Zeichnungen, eigenständig führen.

Sollten Sie diese Chance zu nutzen wissen und die vom Unternehmen erwartete Leistung erbringen, wird Ihr finanzieller Background absolut stimmen. Bitte richten Sie Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen einschließlich neuestem Lichtbild an Bernd Schlingmann. Eventuelle Sperrvermerke werden selbstverständlich berücksichtigt.

WAS® Werbeagentur & Personalberatung
Bernd Schlingmann GmbH
Palaisstraße 36, 4930 Detmold

Wir suchen eine

Intelligente, fröhliche jüngere Dame

(am liebsten Kinderschwester oder Kindergärtnerin), die für ca. 6 Monate unseren kleinen, gesunden, lebensfrohen 1½jährigen Sohn in unserem Hause versorgt und betreut. Wir leben mit unseren drei Kindern (19jährige Tochter, 13jähriger Sohn) und zwei Hunden in einem hübschen Haus in der Nähe von Krefeld.

Ihre Aufgabe wäre ausschließlich die Betreuung unseres kleinen Sohnes. Keine Hausarbeit – uns versorgt eine perfekte, freundliche Haushälterin. Wohnen sollten Sie in einem kleinen eigenen Appartement in unserem Haus. Die Tätigkeit wird der Aufgabe entsprechend überdurchschnittlich vergütet.

Ihre schriftliche Bewerbung mit Lebenslauf und Bild erbitten wir unter H 13 198 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Meß- und Regelungstechnik

Wir sind Tochter eines deutschen Konzerns und im Anlagenbau tätig. Unser Standort ist Hamburg.

Für den Aufbau der Abteilung Meß- und Regelungstechnik suchen wir den versierten und engagierten Leiter. Als überzeugende Führungspersönlichkeit verstehen Sie es, Ihre Mitarbeiter für diese neue Aufgabe zu begeistern. Sie übernehmen die Verantwortung für die Entwicklung, Akquisition, Fertigung, kaufmännische und technische Auftragsabwicklung in der Abteilung Meß- und Regelungstechnik. Sie sind der Geschäftsleitung direkt unterstellt.

Von der Ausbildung her sind Sie Diplom-Ingenieur der Elektrotechnik, verfügen über ausgezeichnete Kenntnisse in der Meß- und Regelungstechnik, Mikroelektronik, Analog- und Digitaltechnik sowie Akquisitionserfahrung.

Auch als Mitarbeiter aus der zweiten Führungsebene bietet sich Ihnen eine Chance.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann senden Sie bitte Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen einschließlich Foto und Angabe des Gehaltswunsches unter der Kennziffer 7190 an die von uns zwischengeschaltete Anzeigenagentur, die volle Vertraulichkeit garantiert.



UBI WERBEDIENST GMBH
Baurstraße 84 · Postfach 52 03 63 · 2000 Hamburg 52
Telefon: 040/89 20 03-05 · Telex Nr. 2 173 371

Ein paar gute Gründe für Controlling-Profis, in Aachen zu arbeiten.

Man kennt diese Städte, von denen es nur ein paar in Deutschland gibt, in denen man sich auch ohne Metropolenglanz wohl fühlt. Typisch für sie: Die Universität, Museen und Theater, die soziale Schichtung mit viel Bürgertum, wenig Industrie, das weite Umland und die gastronomische Vielfalt. So ist Aachen.

In solchen Städten sind Versicherungsunternehmen gern zu Hause. Die Aachener und Münchener Versicherung AG ist seit über 150 Jahren in Aachen beheimatet und mit dieser Stadt groß geworden. Die neuen EG-Konzern-Richtlinien erfordern die Einrichtung einer Arbeitsgruppe

Konzern-Rechnungslegung.

Die Aufgabenstellung umfaßt die Konsolidierung der Jahresabschlüsse und unterjährigen Rechnungslegungsberichte der zur AM-Gruppe gehörenden Gesellschaften.

Wir suchen Sie, wenn Sie nach Ihrer Ausbildung zum Bilanzbuchhalter und/oder betriebswirtschaftlichem Studium mehrere Jahre Erfahrungen in der Rechnungslegung der Komposit-, Lebens-, Kranken- und Rückversicherer sowie der Bausparkassen sammeln konnten.

Wenn Sie diese Voraussetzungen erfüllen, senden Sie bitte Ihre Bewerbung (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugniskopien) unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung an die Personalabteilung der Aachener und Münchener Versicherung Aktiengesellschaft, Aureliusstraße 2, 5100 Aachen.

Bei der Aachener und Münchener Versicherungsgruppe sind Mitarbeiter und Kunden gut aufgehoben. Ihre Wünsche und Sorgen sind uns wichtig.

»Wir sprechen Ihre Sprache«



Aachener und Münchener
Versicherungen

Engagierte(r) junge(r)

Lokalredakteur(in)

mit qualifizierter schulischer und beruflicher Ausbildung findet bei

eigenständiger, auflagenstarker Heimatzeitung

mit Sitz in einer Stadt von zentraler Bedeutung und mit hohem Freizeitwert interessanten Wirkungskreis. Wir legen Wert auf Mitarbeiter, für die journalistische Tätigkeit noch Berufung und kein Job ist.

Anfragen mit den üblichen Bewerbungsunterlagen unter L 13 222 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zum weiteren Ausbau unseres Beratungsteams suchen wir einen erstklassigen

Marketing- und Werbeberater

Zu Ihren Aufgaben gehört die komplette Beratung, die Entwicklung von Konzeptionen und die damit verbundenen Durchführungen. Ein ausgeprägtes kreatives Empfinden für Bild und Text setzen wir voraus. Sie sollten nicht älter als 35 Jahre sein, über Agenturerfahrungen verfügen und sich in produktionstechnischen Abwicklungen auskennen. Ein erstklassiges Auftreten, Sprachgewandtheit sowie Durchsetzungsvermögen und Aufgeschlossenheit setzen wir ebenso voraus wie absolute Zuverlässigkeit.

Diese Position wird ihrer Verantwortung entsprechend honoriert. Wenn es Sie also reizt, diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen, bitten wir Sie um Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen einschließlich neuestem Lichtbild an Bernd Schlingmann persönlich.

WAS® Werbeagentur & Personalberatung
Bernd Schlingmann GmbH
Palaisstraße 36, 4930 Detmold
Telefon (0 52 31) 2 54 22-23

„Rund um Arbeit“: Das ZDF gibt Ratschläge für stellungslose Jugendliche

Mobilität ist das Gebot der Stunde

Das wird keine übliche Null-Bock-Sendung sein“, meint Michael Sauer von der Redaktion „Kinder und Jugend“ des Zweiten Deutschen Fernsehens zu der Pilotsendung „Rund um Arbeit“. „Wir wollen den jungen Arbeitsuchenden klar sagen: Wenn ihr zuhause nichts findet, dann, bitte, gammelt nicht, sondern sucht Euch zuerst mal woanders etwas.“

Auch Gerwin Dahm – neben Siegfried Schneider Autor der Sendung – möchte den „Finger in die Wunde des reinen Anspruchsdenkens an den Staat legen“. Dahm beklagt dieses auch in den Medien gezüchtete Anspruchsdenken, „das wir aus den siebziger Jahren zur Genüge kennen“.

Gewiß: Dahm sah sich als Autor in einer Konfliktsituation. Einige Skrupel hatte er schon. Er wollte nämlich nicht von der hohen Warte aus mit dem erhobenen Zeigefinger kommen. Und deshalb fragte er sich: „Was kann ich den betroffenen Arbeitslosen sagen, ohne dabei zynisch zu werden?“ Andererseits weiß Dahm, daß das Lamentieren und Schimpfen auf den Staat und die Arbeitsämter nicht weiterhilft. So möchte er vor allem „das Bewußtsein für Flexibilität“ wecken.

Aber das kann man nun mal nicht mit schönen Worten. Vielmehr muß man ganz konkrete Fälle und Musterbeispiele zeigen. Und das geschieht auch.

Da ist zum Beispiel Dirk Harenberg, 29 Jahre alt, gelernter Maschinenschlosser. Nach Lehre und Bundeswehr hatte er durchaus „Bock auf Arbeit“. Doch die ließ sich, trotz intensiver Suche, nirgendwo finden – zumindest nicht in Flensburg und Umgebung. Genauso wenig Glück hatte Dirks Arbeitsvermittler.

Aber der machte zufällig mal im Schwarzwald Urlaub, wobei ihm der Flensburger Arbeitsamt-Mensch immer wieder durch den Kopf geisterte. Und plötzlich entdeckte er rein zufällig eine Stelle, die für seinen „Klienten“ in Frage kommen könnte. Und der fand nun nach anderthalb Jahren tatsächlich im fernen Schwarzwald einen Arbeitsplatz. Natürlich gab es für Dirk einige Probleme, als er sich zur Annahme der Stelle entschloß. Schließlich mußte er in Flensburg Verlobte und Kind zurücklassen. Und während seiner Probezeit kampierte er in einem Zelt.

Fast genauso weite Entfernungen legte die heute 25jährige Marion Usedom aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Düren zurück. Überdies ging sie den beschwerlichen Weg der Umschulung. Gelernt hatte Marion zunächst Friseuse. Das bot sich halt so als typischer Frauenberuf für ein „Mädchen vom Lande“ an. Doch plötzlich gab es gesundheitliche Schwierigkeiten. Marion konnte nicht so lange stehen. Deswegen wurde sie umgeschult – ganze zwei Jahre lang – zur biologisch-technischen Assistentin. Diesen Beruf übt sie heute aber nicht in oder nahe bei Düren aus, sondern im fernen München. Marion ist ein Beispiel dafür, daß man auch nach dem unverschuldeten Fiasko einer gescheiterten Lehre auf die Butterseite fallen und sogar noch den beruflichen Aufstieg schaffen kann.

Rund um Arbeit – ZDF, 19.30 Uhr

Da ist auch Rocco, ein Sizilianer, für den Arbeit lange Zeit nur darin bestand, welche zu suchen und keine zu finden. Denn in Sizilien gab es lediglich Fehlanzeige. Deswegen nahm er die Trennung von der Familie auf sich, trampte nordwärts bis nach Mailand, wo er in einem Hochhaus Quartier aufnahm. Und hier im industrialisierten Norden Italiens, da klappte es – wie ZDF-Italien-Korrespondentin Carla Taglarini zu berichten weiß.

Zwischen den Fallbeispielen gibt es jeweils eine Gesprächsrunde. Die ist schon aufgezeichnet worden. Mit von der Partie sind Dirk und Marion neben nicht so glücklichen – noch Arbeit suchenden – jungen Studiogästen, außerdem als Experten Professor Antonius Lipsmeier von der Fernuniversität Hagen und Priska Behr sowie Ramona Leiß, flotte 27jährige Jung-Moderatorin, die schon beim „Madame“-Ball, bei der „Aktuellen Schaubude“ des Norddeutschen Rundfunks oder bei „Jetzt red' I“ des Bayerischen Rundfunks reüssiert hatte.

Ramona Leiß, die selbst ihr Germanistik-Studium durch einen harten Mannequin-Job finanziert hatte, stellte nach Gesprächen mit zahlreichen jungen Menschen – im Rahmen der Sendung und darüber hinaus – fest: „Die Null-Bock-Mentalität nimmt ab, die positive Lebensauffassung zu. Der Staat wird immer mehr ausgeklammert. Man schimpft weniger auf ihn und erwartet andererseits weniger von ihm. Viele sagen: Ich möchte es von alleine schaffen und auch zu etwas bringen.“

Autor Gerwin Dahm will außerdem in der Pilot-Sendung junge Arbeitsuchende vor unseriösen Kleinanzeigen warnen. So wurden junge Frauen mit der Verheißung einer Film- und Photokarriere gekirrt, dann aber lediglich – wegen einer angeblich ihrer Karriere förderlichen Videoaufzeichnung – um 150 DM berappt. Ähnlich erging es einem von Dahm vorgeschickten Strohmann, der für einen ihm versprochenen, angeblich lukrativen Vertreterjob erstmal ein Warensortiment ankaufen sollte.

Nach der Pilotsendung will Gerwin Dahm weitermachen. So wie er es sieht, gibt es noch eine Menge für ihn zu tun. So möchte er untersuchen, inwieweit durch neue Technologien neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Und Gerwin Dahm möchte Interessenten ganz heiße Tips geben – so etwa für eine Umschulung und ebenso für einen eventuellen Sprung aus Arbeitslosigkeit oder abhängiger Tätigkeit zu einer freiberuflichen oder selbständigen Existenz. GISELHER SCHMIDT

KRITIK

Geschichte eines unheimlichen Heimlebens

Der Vorspann des ungarischen Spielfilms **Sonntagseltern** (ARD) suggerierte Dokumentarisches: ein anonymer Interviewer stellte jungen Mädchen Fragen nach Eltern, Geschwistern, Gegenwartsansichten und Zukunftsvorstellungen. Das Bruchstück- und Sprunghafte der Antworten, die schnelle Folge der in schwarzweiß fotografierten Mädchengesichter, ihre entsprechende Mimik – all das hatte Ouvertürencharakter, sollte einstimmen in die eigentliche Geschichte, die ohne Rückblenden auskommen wollte und deshalb einen optischen Ausgangspunkt benötigte, der mehr als Abbildung war: nämlich ein unüberhör- und unübersehbares Leit- und Leid-Motiv zugleich. Janos Rozsa, der Regissseur, hat dieses dramaturgische Mittel konsequent durchgehalten und damit sein Werk aus der Gefahr befreit, nur eine plan abfotografierte Milieustudie über sozial geschädigte junge Mädchen in Ungarn zu werden. Heldin des Films ist Julie (16), die seit ihrem sechsten Lebensjahr in Heimen aufwächst, immer wieder ausreißt, zurückgebracht wird, in Arrestzellen landet – aber nie aufgibt. Sie hat die Zähigkeit einer Katze und ist das Vorbild ihrer Heimgefährtinnen, die für sie alles tun, damit weitere Fluchtversuche gelingen können. Eingebettet in diesen tristen circulus vitiosus (die Freiheit ist immer nur eine Sache von Stunden) sind die vordergründigen Resozialisierungsbemühungen der zuständigen Aufsichtspersonen und Instanzen, einschließlich der Frauenbrigade einer Weberei. Aber schnell wird deutlich, daß sich kein Mensch wirklich für diese(s) Mädchen und ihren weiteren Lebensweg interessiert. Alle Hilfestellungen erweisen sich als zu kurzatmig und oberflächlich, denn keiner läßt sich auf die kaputten Kinder ganz ein, hieße das doch: vorurteilslos Vertrauen schenken, Zärtlichkeit, Liebe – also zu geben, was diese Mädchen von Geburt an schmerzlich vermissen. Mithin dominieren bei ihnen zynische Ernüchterung und rabiates Denken und Verhalten. Denn ein Ausweg ist nicht in Sicht. Der Film, als Werk eher Etüde, entläßt einen mit ambivalenten Gefühlen. ULRICH SCHACHT

STUDIO

Vom 1. Januar 1986 an werden die Fernsehzuschauer der ARD ihre Sehgewohnheiten etwas ändern müssen: Die Tagesthemen werden von Montag bis Donnerstag um eine Viertelstunde vorverlegt. Statt wie gewohnt um 22.30 Uhr beginnt diese Nachrichtensendung künftig bereits um 22.15 Uhr. Dagegen bleibt der „Bericht aus Bonn“ am Freitag auf seinem Sendeplatz um 22.30 Uhr. Diesen Beschluß haben die Intendanten der Rundfunkanstalten auf einer **ARD-Sitzung** kürzlich in Stuttgart gefaßt. Auf Ablehnung war dagegen der Vorschlag gestoßen, die Sendezeit der „Tagesthemen“ von 30 auf 20 Minuten zu kürzen.

Die Intendanten akzeptierten den Vorschlag der Programmkonferenz, das Magazin „Kontraste“ (Sender Freies Berlin) vom nächsten Jahr an in den Rhythmus der Dienstags-Magazine („Monitor“, „Panorama“, „Report Baden-Baden“, „Report München“) einzubeziehen. Der ARD-Vorsitzende und NDR-Intendant Friedrich Wilhelm Räuker teilte mit, daß die ARD an der Idee festhalte, „möglichst bald“ ein deutschsprachiges Kulturprogramm „Eins plus“ für Europa zu verbreiten. Zunächst soll dies über einen Kanal von „Intelsat“ gesendet werden. Technischer Abspielort wird der Südwestfunk (Baden-Baden) sein.

Auch die Olympiade 1988 stand auf der Tagesordnung. Hier haben ARD und ZDF sich auf gemeinsame Sendezentren beim ZDF in Mainz für die Sommerspiele (Seoul) und beim Bayerischen Rundfunk für die Winterspiele geeinigt.

Ein wichtiger Punkt der dreitägigen Intendantenberatung war eine Regelung der Rundfunkgebühren als „Schlüsselfrage“ (so Räuker) für den Fortbestand der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Die Chefs der ARD-Sender forderten die Ministerpräsidenten der Länder auf, „endlich Klarheit über eine sach- und termingerechte Gebührenregelung für die ARD“ zu schaffen. Denn die ARD-Anstalten könnten nach den Worten Räukers auf ergänzende Einnahmen durch Werbezeiten nicht verzichten. kuo

*

ARD und ZDF wollen mehr über die **Ereignisse im Europaparlament** berichten. Die beiden Fernsehanstalten werden abwechselnd jeweils am Ende einer Plenarsitzung am Freitag die Debatten in der Straßburger EG-Volksvertretung zusammenfassen. Den Auftakt macht die ARD am 15. Februar im Anschluß an die Mittagsnachrichten. Am 15. März berichtet das ZDF aus dem Palais de l'Europe nach der März-Plenarsitzung. Der Sprecher der CDU/CSU-Abgeordneten im Europaparlament, Stefan Schnell, begrüßte die Initiative der Fernsehanstalten als einen „wichtigen Beitrag“, kontinuierlich das Informationsdefizit über die Arbeit im Europäischen Parlament bei den EG-Bürgern auszugleichen. dpa



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Der Tod des Mario Ricci
Schweizer.-franz.-deutscher Spielfilm (1982)
12.10 Monitor
Berichte zur Zeit
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

9.55 Alpine Ski-WM
Riesenslalom Damen aus Santa Caterina
Reporter: Manfred Vorderwülbecke
15.30 Tagesschau
15.40 Schauplatz der Geschichte
Dresden
Vor dem Hintergrund ihrer eigenen Vergangenheit und Gegenwart in Dresden zeichnen Helga Schütz und Wolfgang Felk in ihrem Beitrag ein Porträt dieser Stadt, das zudem die Eigenheiten und geschichtlichen Bezüge Dresdens vermittelt.
16.25 Lemmi und die Schmöker
Psammy sorgt für Abenteuer
16.50 Kein Tag wie jeder andere
Achims erster Absprung
17.20 Alpine Ski-WM
Riesenslalom Damen aus Santa Caterina
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Paulchen
Fernsehspiel von Werner Melzer in der Bearbeitung von Joachim Nottke
Mit Walter Gross, Margret Homeyer, Klaus Herm u. a.
Regie: Michael Günther
21.45 Alpine Ski-WM
Riesenslalom der Damen in Bormio
Berichte und Informationen aus dem ARD-WM-Studio
Eiskunstlauf-EM
Kurzprogramm der Herren in Göteborg
Reporter: Hans-Joachim Rauschenbach
22.30 Tagesthemen
23.00 Musikszene '85
Neues aus dem Schaugeschäft
Ron Williams berichtet in der heutigen Ausgabe seines Hintergrund-Magazins unter anderem über ein gemeinsames Plattenprojekt der Schwestern Anette und Inga Humpe und beschäftigt sich außerdem mit einem neuen Trend in der Musik-Video-Szene: Produktionen in Spielfilmlänge.
23.45 Tagesschau

ZDF

14.00 heute
14.04 Anderland
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Komet
Der ehemalige Dressurreiter Franz Groll leistet sich trotz seiner kargen Rente ein teures Reitpferd. So kommt es, daß er mit den Zahlungen für Koppel und Stellplatz deutlich in Rückstand gerät. Bald scheint es keinen anderen Ausweg mehr zu geben, als sein geliebtes Pferd zu verkaufen ...
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Rund um Arbeit
Jugend und Arbeitslosigkeit – Mobilität
Moderation: Ramona Leiß
20.15 ZDF Magazin
Jalta versprach Selbstbestimmung für ganz Europa / Honeckers Planwirtschaft versagt / Berliner Wirtschaft gesundet
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Gewagte Manöver
21.45 heute-journal
22.05 Klartext: Lebenslänglich zahlen?
Mehr Gerechtigkeit im Einzelfall erhofft sich die Bundesregierung von der geplanten Neuregelung des Scheidungsrechts. Doch diese Reform ist heftig umstritten, denn der Unterhaltsanspruch soll künftig völlig gestrichen, herabgesetzt oder zeitlich begrenzt werden.
22.50 Aus Hollywood: Golden Globe
Filme, Stars und ihre Preise
Der Filmpreis der Kritiker der Auslandspresse
23.50 Das Geheimnis der schwarzen Handschuhe
Deutsch-Ital. Spielfilm (1969)
Mit Tony Musante, Eva Renzi, Umberto Rao u. a.
Regie: Dario Argento
1.20 heute

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Bergisch-Gladbach
21.45 Hobbythek
Umwelt mal nachgemessen
Boden, Wasser, Luft unter der Lupe
22.30 Kampf in den Bergen
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Mit Fred MacMurray, Henry Fonda, Sylvia Sidney u. a.
Regie: Henry Hathaway
0.05 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Avanti! Avanti! (18)
19.00 Situation Arbeitsplatz
19.30 Das Jahr im Garten: Februar
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 China – das Reich der Mitte
21.30 Joseph Needham
21.45 L'Atalante
23.05 Der Weg aus der Ordnung
23.50 Actualités
0.05 Nachrichten

HESSEN

18.55 Die kleine Dampflok (2)
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Weißer Fleck
Aus Politik und Gesellschaft
21.00 Es geht nicht ohne Widerstände
Der Arbeitsalltag der hessischen Frauenbeauftragten
21.30 Drei aktuell
22.00 Hoffnung für Anna

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Besuch in der Provinz
20.15 Kurt Vonnegut und seine Science-fiction-Welt
21.00 Jagd nach Millionen
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Regie: Robert Rossen
22.40 Gärten in England (4)
Ein See in der Landschaft
23.10 Nachrichten
Für Baden-Württemberg
22.40 Landespolitik aktuell
Das baden-württembergische Landesmediengesetz
23.25 Nachrichten

BAYERN

19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Die Krimistunde
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Mutter gesucht (2)
22.50 Zeitgeschichte im Fernsehen
Theater auf Trümmern
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Die Abschlußprüfung
15.00 Indian River
Ärger mit den Holzfällern
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen; Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Die Wende
17.00 Der Hufschmied von Takala
Dokumentarfilm
18.00 Es darf gelacht werden
Die unentbehrliche Kopfmassage
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport-Karussell
Unterhaltung rund um den Sport
Ein Mann packt aus: Bundesliga-Masseur Hermann Rieger vom HSV / Sänger Billy Ocean als Cricket-Star / Eine Sportart auf dem Vormarsch: American Football / Dazu Hokuspokus mit Sepp Maier und die 6. Runde im Fernseh-Skatturnier der „Bildwoche“
Moderation: Roman Koster und Peter Glauche
20.00 Offen gesagt
Lothar Kleinjung im Gespräch mit Barbara Valentin
20.20 Love Boat
In der 6. Folge könnte vielleicht sogar eine verstohlene kleine Träne rollen. Weil wir den Reinfall eines alternden, ehemals unglaublich populären Fernseh-Komikers erleben ..
21.30 APF blick:
Aktuell, Rundblick, Sport und Wetter
22.15 Heute ich – morgen Du
Italienischer Spielfilm (1969)
Mit Brett Halsey, Bud Spencer, William Berger u. a.
Regie: Tonino Cervi
Nach fünf Jahren kommt Bill aus dem Gefängnis. Er ist besessen von einem Gedanken: er will sich an Elfego rächen, jener Mann, der ihm den Mord an Billys Frau untergeschoben hat.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Aktion Grün
9. Wie man die Lust verliert
Die Sanierung des Tümpels in der Nachbarschaft nimmt Karin und Dieter völlig in Anspruch. Die schulischen Leistungen und Kontakte zu den Freunden leiden darunter.
Merlin
9. Der Auserwählte
Viele der Edlen Britanniens sind aus persönlichem Machthunger noch immer gegen einen gemeinsamen Britenkönig.
19.00 heute
19.30 Hits des Jahres '84
Die Super-Hitparade im ZDF präsentiert von Dieter Thomas Heck
Mit Spider Murphy Gang, Nena, Roger Whittaker, Howard Carpendale, Peter Schilling, Hubert Kah u. a.
Regie: Ekkehard Böhmer
21.45 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
1. Europameisterschaften im Eiskunstlaufen
Kür der Paare
2. Toller Cranston
Der Künstler und der Eiskunstlauf
Ein Film von Eberhard Figgemeier
anschl. 3SAT-Nachrichten

Kein Bett den Langen

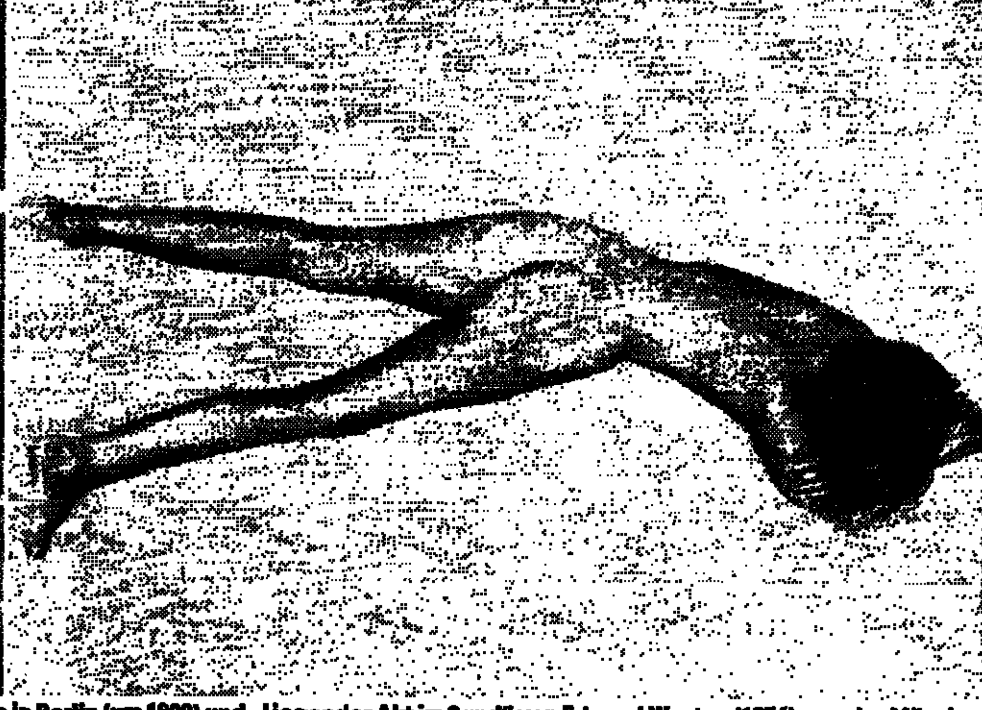
eka – Beabsichtigt ein Mensch, dessen Körpermaß über 1,80 Meter liegt – heute wahrlich keine Seltenheit mehr –, eine moderne, komfortable Eigentumswohnung zu erwerben und darin auch zu wohnen, so sei ihm angeraten, vorher die Geschichte vom Bett des Prokrustes gründlich zu lesen. Jener elende Wegelagerer, Straßenräuber und gewissermaßen Wohnungsvermittler bot Leuten, die Unterkunft suchten, Bleibe und Bett an. Großwüchsigen Menschen – und um die geht es jetzt – stellte er eine viel zu kleine Liegestatt zur Verfügung. „Es tut mir leid, Guter, daß mein Lager nicht für dich gemacht ist, doch dem soll bald geholfen sein", heuchelte er und hieb dem Langen alles, was das Bett überragte, einfach ab.

Selbstverständlich soll nicht unterstellt werden, daß unsere modernen Bauherren, Architekten und Innenausstatter – samt und sonders ehrenwerte Künstler – sich als Prokrustes betätigen. Dennoch ist der lange Mensch in seiner neuzeitlichen Behausung nicht nur nicht fröhlich, sondern auch gefährdet. Das Gefühl, die Decke drücke auf seinen Kopf, kann ihm noch als subjektives Mißbehagen erklärt werden. Fern subjektiven Mißbehagens ist jedoch die Tatsache, daß er sich beim Durchschreiten der Türen den Schädel einrennt.

Längst hat er sich daran gewöhnt, mit Niedrigmöbeln vorlieb zu nehmen. Es gibt keine seiner Körpergröße angemessenen Stühle, Sessel, Sofas. Für ihn gibt es nicht einmal ein passend hohes Bett, dem er sich ohne Gliederverrenkung anvertrauen kann. Folglich rutscht er gequält, aber tapfer auf seinem Bett- oder Sitzgestell herum. Bei letzterem stellt er nach kurzer Zeit fest, daß das Zwerchfell streikt. Es läßt sich nicht ohne weiteres dauerpressen. Die Atmung stockt. Der Lange steht auf und beugt sich atembegierig aus dem Fenster. Aber natürlich ist die Brüstung für ihn zu niedrig. Hätte er nicht bremsenden Teppichboden verlegen lassen, befände er sich jetzt im Vorgarten. Doch auch der ist zu klein. Wäre er hinabgestürzt, ragten sein Beine zur Garage hinein.

Benommen nimmt er wahr, daß die Garage hoch und weiträumig genug ist. Im Gegensatz zur Wohnung geradezu gemütlich. Aber Autos sind ja heutzutage auch längst die besseren Menschen.





Ist der Akt nur ein formales Problem? – Aktzeichnen an der Königlichen Akademie der Künste in Berlin (um 1900) und „Liegender Akt im Sand" von Edward Weston (1936), aus der Münchner Ausstellung FOTOS: KATALOG

„Sittlich edel, moralisch einwandfrei . . ." – Eine Münchner Ausstellung und ein Hamburger Buch zum Thema „Aktfotografie"

Wenn das Bild der Nacktheit zur Kunst wird

Es gibt nur eine Unanständigkeit des Nackten – das Nackte unanständig zu finden." Peter Altenberg, der Wiener Feuilletonist, hat das notiert. Das klingt einfach. Aber so einfach ist es mit der Nacktheit nicht. Weder mit der gemalten noch mit der fotografierten. Das machen eine Ausstellung (samt eines klugen Kataloges, der nur partiell auf die Ausstellung eingeht) und ein Buch bewußt. Die Ausstellung im Münchner Stadtmuseum nennt sich schlicht „Das Aktfoto – Ansichten vom Körper im fotografischen Zeitalter". Das Buch von Gundolf S. Freyermuth und Rainer Fabian heißt „Der erotische Augenblick" (Gruner & Jahr Verlag, Hamburg, 344 S. mit zahlr. Fotos, 98 Mark).

Das Buch hat sich nur scheinbar ein schmaleres Spektrum ausgesucht. Auch in der Ausstellung geht es stets um das erotische Foto, allen anderen Erklärungen und Hilfskonstruktionen zum Trotz, die wortreich die Aktfotografie aus dem Bereich des Sexuellen hinauszuargumentieren trachten. Da kommt auf verhängnisvolle Weise das mißverstandene Erbe des Abendlandes ins Spiel. Denn nicht zufällig kennzeichnet die Ausstellung ein ausgeprägter Eurozentrismus (dem in diesem Fall Amerika mit gleichen religiösen und moralischen Regeln zuzuzählen ist). Allenfalls kommt noch Japan ins Bild, wobei nicht selten auf die dortige „Sonderproduktion" von Aktfotos für den westlichen Markt hingewiesen wird. Das Außereuropäische wird dadurch dem Exotischen gleichgestellt.

Die Aktfotografie ist so alt wie die Fotografie selbst. Deshalb beginnen Buch und Ausstellung folgerichtig mit den fast anderthalb Jahrhunderte alten Silberplatten der Daguerreotypie, die ihr Bild nur in einem bestimmten Lichteinfallswinkel erkennen lassen. Und sie enden bei der gegenwärtigen „Kunstfotografie" und bei der der Pornographie. In der Ausstellung mit einem Kabinett, vor dem ein Wächter darauf achtet, daß nur, wer älter als 18 Jahre ist, diesen Blick riskieren darf; im Buch mit Exkursen ohne Bildbelege. Denn das Nackte kann – entgegen Peter Altenberg – sehr wohl unanständig sein.

Die Produzenten von Aktfotografien mochten das jedoch oft nicht wahrhaben – oder sie versuchten es, wenn es ihnen bewußt war, durch allerhand ästhetische Erklärungen zu überspielen. So fungierten im vorigen Jahrhundert die „künstlerischen" Aktaufnahmen als „Akademien", also angeblich nur als Bildvorlagen für Künstler, die nicht das rechte Modell fanden. Nacktes aus fernen Weltgegenden trat als wissenschaftliche Dokumentation auf. „Künstlerfotografien" imitierten gerade beim Akt malerische Techniken, um ihren Kunstanspruch zu untermauern. Auch die soziale Dokumentation liebte das nackte Fleisch als Schaureiz, obwohl man dann in den Bildunterschriften vom hohen Roß herunter moralisierte.

Auch in unserer Zeit wird der Akt gern als ein „rein formales Problem" deklariert. So schrieb Otto Steinert noch 1954: „Mein Aktbild ist der Versuch, eine *rein graphische* Lösung zu finden und den realistischen Eindruck der nackten Haut zu vermeiden, der die Aktfotografie so peinlich macht." Um diesem Ziel nahezukommen, empfahl er: „Der knappe Bildschnitt mit Verzicht auf die Abbildung des Kopfes und Gesichtsausdruckes des Modells entrücken diese Aufnahmen weiter der Sphäre aller persönlichen und erotischen Vorstellungen."

Im Prinzip ist das nichts anderes als das, was *schon die* Freikörperkulturbewegung an ihrem Beginn (in der Ausschreibung eines Fotowettbewerbes 1906) forderte: „Die Aufnahmen sollen sittlich edel und einwandfrei wirken ... Männer und Frauen aller gebildeten Kreise zum Streben nach eigener körperlicher Vollkommenheit anregen können."

Auch die Münchner Ausstellungsgestalter scheinen von solchen verqueren Ansicht nicht frei gewesen zu sein. Sie mokieren sich darüber, daß bei einem Aktfotowettbewerb, der anläßlich dieser Ausstellung für Amateure ausgeschrieben wurde, die Ergebnisse kaum anders ausfielen als bei den Profis. Erwarteten sie eine Art „gesundes Aktfoto-Volksempfinden", das dem angeblich unkeuschen Kommerzialismus der sogenannten Mädchenfotografie entgegenzusetzen wäre? Niemand würde bei einem Amateurmalwettbewerb vermuten, daß da Bilder zum Vorschein kämen, die alle professionelle Malerei decouvrieren. Denn auf diesem Gebiet ist man sich weitestgehend einig, was Kunst, was Dilettantismus und was Kitsch ist. Doch bei der Aktfotografie mischen sich noch allzu viele außerkünstlerische Argumente, von der Moral- bis zur Kulturgeschichte, ein.

So wurden für die Ausstellung gute anderhalbtausend Fotos zusammengetragen. Ihr genügen nicht drei, vier Daguerreotypen, die sich in ihren Posen doch nur immer wieder gleichen; es muß mindestens ein Dutzend sein. Nicht anders ist es bei den frühen Stereobildern, den „Pariser Postkarten" (die nicht nur in Paris produziert wurden), den „Akademien", den Plakaten und Anzeigen, den Pin-up- und Glamour-Girls, dem FKK-Waggalaweia und den Muskelmännern des 19. wie den Bodybuildern des 20. Jahrhunderts usw.

Der Effekt beim Besucher ist Ermüdung und Langeweile. Nicht zuletzt weil den Bildgruppen immer wieder dozierende Texte zugeordnet sind, während bei vielen Fotografien – selbst bei bekannten Aufnahmen von Koppitz, Charbonnier, Moses, Weegee, Vogt u. v. a. – der Urheber verschwiegen wird. Das ist bei dem Buch kaum anders. Auch da wird gern moralisiert statt erklärt. Das führt dann gelegentlich zu so grotesken Formulierungen, daß z. B. von „immer nackteren ‚Schönheitstänzerinnen'" geschrieben wird.

Der Fehler beider Unternehmen ist, daß sie zwar zugleich Kunst- und Kulturgeschichte darstellen wollen, jedoch Sinnlichkeit und Sittlichkeit nicht gelten lassen. Statt zu einem *begründeten Kunsturteil zu kommen*, begnügen sie sich mit einem „Kunstvorbehalt". Darüber geht verloren, daß Fotografie – auch die Aktfotografie – sehr wohl Kunst sein kann.

Das belegen eine Fülle von Aufnahmen, die allerdings in der Ausstellung in der Masse des Nebensächlichen fast untergehen. Aber dieser Bilder wegen, von Man Ray, André Kertesz, Erwin Blumenfeld, Marta Hoepffner, Madame d'Ora, Lucien Clerque, Ruth Bernhard bis zu Christian Vogt und Jeanloup Sieff, lohnt der Gang durch dieses Labyrinth des Komischen und Kitschigen. (Bis 14. April; Katalog 36 Mark, im Buchhandel, Bücher Verlag, 58 Mark.) PETER DITTMAR

„Schmutziger Kleinkrieg" – Ein Film des argentinischen Regisseurs Olivera

Bürgerkriege beginnen im Menschen

In diesem Land passiert nie etwas", seufzt einer der ehrbaren Bürger in einem kleinen argentinischen Provinznest. Doch schon wenige Stunden später verwandelt sich die dörfliche Idylle in ein Schlachtfeld. Aus einer Bagatelle hat sich ein „Schmutziger Kleinkrieg" entwickelt: aus dem *Streit zwischen dem peronistischen* Bürgermeister, einem gemäßigten Linken, und den Parteifunktionären der nächsten Kreisstadt. So werden aus einem Wortgefecht Beschimpfungen, aus einem scharfzüngigen Rededuell ein Kampf auf Leben und Tod.

Der Bürgermeister verschanzt sich in seinem Amt, wenig später rückt die Armee ein, um den „anarchistischen Zustand" zu beenden. Aber da ist schon das ganze Städtchen in den Konflikt verwickelt, der längst die private Sphäre verlassen und sich zu einem Politikum entwickelt hat. Der *schmutzige Kleinkrieg wird zum blutigen* Bürgerkrieg, dessen Ende noch lange nicht das Schlußwort dieses Kapitels der argentinischen Geschichte bedeutet.

Es ist von Anfang an klar, was der argentinische Regisseur Hector Olivera mit seinem Film will: Er erzählt eine Parabel über sein Heimatland, schildert die Geschichte Argentiniens vom *Ende des Peronismus* bis zur Machtübernahme durch die Armee.

Olivera möchte seine Geschichte natürlich nicht auf Argentinien beschränkt wissen. Der Film ist deshalb *nicht zuletzt eine bittere Satire auf all* jene Menschen in ganz Südamerika, die sich aus privaten Motiven – ob nun Machtstreben oder Rachsucht, Geldgier oder Leid – jeweils der stärksten Partei anschließen, um auf diese Art ihren persönlichen Kleinkrieg siegreich zu Ende zu führen.

Da gibt es Szenen, die in ihrer grellen Komik an Steven Spielbergs Tragikomödie „1941" erinnern, der die *Angst der Amerikaner vor einer* japanischen Invasion Kaliforniens auf die Schippe nahm. Doch immer wieder schlägt Oliveras Groteske in bluttriefenden Ernst um. Nichts ist schwerer für einen Regisseur, als sicher auf dem schmalen Grat zwischen Ernst und Ironie zu wandeln. Olivera gelingt das nur streckenweise. Vor allem in den Folterszenen dreht er das Rad zu weit.

Diese brutale Direktheit hat der Film auch gar nicht nötig. Denn unter die Haut gehen eher jene Szenen, in denen Olivera den Biedermännern des Dorfes die Maske herunterreißt und sie als eigensüchtige und habgierige Wesen entlarvt, die selbst vor Mord und Totschlag nicht zurückschrecken, um ihre Pfründe zu mehren und die Karrieren voranzutreiben. Sobald aber der Blutrausch vorbei ist und sie ihre Opfer sehen, überkommt sie die Wehleidigkeit. Dann schieben sie die Schuld dem anderen in die Schuhe und rufen nur noch laut: „Tua culpa, tua culpa".

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Musikalienhandlung Riedel feiert Geschäftsjubiläum mit Reimann-Uraufführung

Berlins alternative Philharmonie

Was wäre die Musik ohne die kommerzielle Tatkraft derjenigen, die tagein, tagaus ihre Noten verkaufen: die Körperlichkeit der Musik also, aus der sich der Geist bei der Aufführung erst auf seine mehr oder minder überwältigende Art klingend erhebt? Was die bedeutenden Buchhandlungen Deutschlands für Wissenschaft und Literatur darstellen, weiß oder ahnt bei einigem Nachdenken jeder. Was Galeristen und Kunsthändler für die Bildende Kunst tun, steht jedem im wahrsten Wort*sinn deutlich vor Augen. Nur die Mu*sikalienhändler, solange sie nicht gleichzeitig Verleger sind, arbeiten oft im Abseits der Anerkennung.

Das aber ist nicht gerechtfertigt. Zum Beispiel ist das Musikleben Berlins ohne die Riedels undenkbar: diese musikbeflissene Kaufmannsfamilie, die über 75 Jahre hinweg am gleichen Ort, der Ecke Uhlandstraße und Lietzenburger, einen Steinwurf weit *vom Kurfürstendamm*, über zwei Weltkriege, Nachkriege und Inflationen hinweg ihr Geschäft betreibt – nun schon in der dritten Generation.

In der alten Welthauptstadt der Musik, als die Berlin bis zur Machtergreifung Hitlers sich fühlen durfte, war Riedels ehrwürdiges Musikaliengeschäft so etwas wie eine alternative Philharmonie. Wer im alten Berlin auch nur das geringste mit Musik zu tun hatte, kam – ob notgedrungen oder lustgetrieben – zu Riedels.

Zum 75jährigen Bestehen der Firma traf sich denn auch in der Berliner Freien Volksbühne der eminente Kundenkreis des Hauses zur musikalischen Feier, in deren Zentrum eine gewichtige Uraufführung stand. Vom Komponisten am Klavier begleitet, sang Dietrich Fischer-Dieskau „Una canzona" des Michelangelo, einen dieser mächtigen Ausbrüche der Liebesverzweiflung des alten Mannes, vom Hundeelend der Leidenschaft auf entsetzensvolle Weise geprägt. Thomas Mann ist diesen Gedichten von der Schreckensherrschaft der Sinnlichkeit in seinem großen Essay „Die Erotik Michelangelos" ergriffen und verstört nachgegangen.

Reimanns Canzone hebt mit vollem Einsatz der Solo-Stimme ohne jede Begleitung an. Es ist wie ein Schrei aus der Liebesnacht, anklingend an den Ton der „fünf neapolitanischen Lieder", die Hans Werner Henze 1956 veröffentlichte. Auch sie hat Fischer-Dieskau seinerzeit bereits uraufgeführt.

Doch Reimanns Gesang weitet sich über die kleine Form der Liedminiatur ins muskalisch Monumentale. Mit *kräftigen Baßschlägen der linken* Hand (sie nur begleitet die ersten Strophen, später wird zeitweilige ausschließlich die rechte im Diskant eingesetzt) treibt er den Klageruf sofort bis an die seelische Schallgrenze hoch, und es gelingt ihm wie seinem einzigartigen Interpreten, sie dort in immer neuen Entwicklungen über zehn Minuten entlangzuführen. Michelangelesk ist in Reimanns Lied nicht nur der Text.

KLAUS GEITEL

Moderne schwedische Lyrik: Tranströmer und Harding lasen in Düsseldorf

Poetische Kraft statt Gefühlsduselei

Man muß schon einen Reim auf alles haben oder schlicht „Verschenktexte" auf den Tisch legen, um seit einiger Zeit die „Abstimmung an der Kasse" zu gewinnen oder brechend volle Säle zu erleben. Psychotherapie in Versform ist gefragt, die leicht durchschaubare Erklärung von Oberflächengeheimnissen. Aber Larmoyanz, Wohlstandsegozentrik und Hysterie haben in der wirklichen Poesie keinen Platz, sondern nur und immer *wieder die Rekonstruktion der* konkreten Existenz eines Individuums, das mehr ist als der jeweilige Dichter, weil es seine Befindlichkeit in einen Raum stellt, der über den privaten und gegenwärtigen hinausreicht, Verschüttetes entdeckt, Zukünftiges erahnt. Wenn also die wirkliche Poesie im eigenen Land recht wenig gilt, wieviel erst die Poesie anderer Länder?

So war es mutig, wenn in der vergangenen Woche das Stadtmuseum Düsseldorf und die schwedische Botschaft in Bonn zu einem Abend einluden, der der schwedischen Gegenwartslyrik gewidmet war. Daß diese Veranstaltung überhaupt stattfinden konnte, ist jedoch einer Zeitschrift und ihren Mitarbeitern zu verdanken, die sich schon mehrfach um ausländische Poesie und Literatur verdient gemacht haben: den „Horen", die 1985 im 30. Jahr existieren. Ihre 135. Ausgabe ist eine umfangreiche Anthologie schwedischer Gegenwartslyrik, für deren Übertragung ins Deutsche ein Übersetzerteam verantwortlich zeichnet, das ein halbes Jahrzehnt gebraucht hat, um diese Arbeit zu leisten und sie endlich auch gedruckt zu sehen, denn kein deutscher Verlag hat sich dafür interessiert, so der Übersetzer Klaus-Jürgen Liedtke, der den Abend einleitete, dabei Arbeitsschwierigkeiten des Teams nicht verschwieg und so klar werden ließ, daß hinter allen kein leichtfüßiger Spaziergang lag, sondern ein mühseliger Weg der Erkenntnis des Vertrauten im Fremden.

Höhepunkt waren aber zweifelsohne die Lesungen der anwesenden Dichter Gunnar Harding, der das epische Gedicht bevorzugt, und Tomas Tranströmer, den Lars Gustafsson einen „Meister der Metapher" genannt hat. Tranströmer geht es um die Erkenntnis, wie wenig die Wirklichkeit, „in der wir leben, *die ganze* Wirklichkeit" ist. Zeitkritik ja, aber nie in der trivialen Form agitatorischer Politaufklärung. Er hat übrigens auch R. Kunze ins Schwedische übertragen, und nicht weniger interessant, daß eine Auswahl seiner Gedichte in der „DDR" nur unter Weglassung eines Gedichtes herauskommen konnte, das in den „Horen" zu finden ist: „An Freunde hinter einer Grenze" – gemeint sind Freunde des Dichters im Baltikum. Aus seinem neuen Band „Der wilde Marktplatz" (im März bei Hanser) las er das Gedicht: „Die Erinnerungen sehen mich", in dem die Strophe „Zu sehen sind sie nicht, sie verschmelzen / mit dem Hintergrund, perfekte Chamäleons." steht. Tranströmers Lyrik ist, dies wird hier deutlich, geballte „poetische Bewußtheit", die sich wohl entwickelt, aber nie den jeweils gängigen Moden untergeordnet hat, was dem Autor zeitweilig heftige Angriffe von schreibenden Zeitgenossen einbrachte.

Das kommt uns bekannt vor. Die Verhältnisse gleichen sich. Aber eben auch die Gegenpositionen und ihre Kraft, mit der sie sich behaupten. „Natürlich ist schwedische Dichtung kein Markenartikel wie schwedische Kinderbücher oder Krimis", heißt es *im Vorwort der Anthologie. Zum* Glück nicht, werden sich die rund 90 Zuhörer gesagt haben, denn so kann man sie (sich) weder überhören noch überlesen. ULRICH SCHACHT



Jugendbewegt und weise: Werner Helwig (1905–1985) als Jungenschaftsführer FOTO: ULLSTEIN

Zum Tode des „Fährtensuchers" Werner Helwig

Traum vom Morgenland

Texte von Werner Helwig las ich schon blutjung als Angehöriger der „Bündischen Jugend". Werner war acht Jahre älter als ich, Jungenschaftsführer. Er verdiente nicht nur Sympathie, sondern Respekt, obwohl wir bereits damals durchaus antiautoritär gesonnen waren.

Dieser Berliner Junge mit blondem Schopf (Jahrgang 1905) ging zwar mit jüngeren Kameraden herzlich um, war aber spürbar selbstbewußt. Er konnte auch kreativ träumen und schrieb mir: „Gestern sah ich schöne Träume für morgen voraus. Heute habe ich jene von vorgestern aufgesucht."

Ich berichtete ihm meine Erlebnisse mit nichtchristlichen Religionen, dazu schrieb er mir: „Wir sind uns, scheint mir, darin nahe, in Christus den Stifter einer letzten und tiefsten Religion zu sehen. Nur, entdeckt ist sie noch nicht".

Er war Skeptiker und ein steter Vagant, ein Fährtensucher, dem es immer um letzte Wahrheiten ging. Er hatte zwar Ethnologie studiert, das *meiste seines universellen* Wissens hatte er aber „auf Fahrt" gelernt.

Helwig war eine der ersten europäisch denkenden Persönlichkeiten der Jugendbewegung. Weimar enttäuschte ihn sehr. Er schrieb mir: „. . . anstatt die enttäuschten Deutschen durch eine paneuropäische Wirtschaftskonzeption auf ein anderes, durchaus in der Luft liegendes Spielfeld festzulegen, darin liegt die Sehnsucht nach einem Nationalbe*wußtsein, hätte positiv erfüllen kön*nen. So aber mußte ein ungeheuerliches Ressentiment entstehen, das diesen Hitler als seine Zornfigur geradezu produzierte." Werner Helwig emigrierte, und er schlug sich in vielen Ländern wacker durch und schrieb unermüdlich Gedichte, Romane, Reisebücher, Essays, Nachdichtungen.

Seit 1949 lebte er in Genf. Offenbar hat keine Institution der Bundesrepublik wirklich versucht, diesen herausragenden deutschen Schriftsteller heimzuholen. Höchste Zeit ist es, eine Auswahl aus seinen vielen bewährten *Texten zu edieren. Es* wäre eine Bereicherung unserer so provinziell gewordenen Literatur.

Dank Dir, Werner, Dichter, Vagant, Fährtensucher, unverdrossener Ethiker! Du riefest auf zur Besinnung auf Werte. Vielleicht hört man dich jetzt endlich, da Du uns, 80jährig, leidvoll verlassen hast.

ROLF ITALIAANDER

JOURNAL

Pasternak-Edition ohne „Dr. Schiwago"

ly. Moskau

Eine zweibändige Auswahl von lyrischen und Prosawerken des russischen Literatur-Nobelpreisträgers Boris Pasternak (1890–1960) erscheint Anfang dieses Jahres im Moskauer „Verlag für schöngeistige Literatur" in einer Auflage von 100 000 Stück. Sie enthält nicht den – auch als Verfilmung – weltberühmten Roman „Dr. Schiwago", für den Pasternak 1958 den Nobel-Preis erhielt. Auf Druck der Partei mußte er damals auf die Annahme der Auszeichnung verzichten.

Die Mumie eines Inka-Opfers geborgen

AFP, Mendoza

Die Mumie eines Inka-Mädchens, das vor fünf Jahrhunderten als Gottesopfer in 5300 Meter Höhe auf dem Aconcagua ausgesetzt worden war, hat ein argentinisches Archäologenteam in den Anden geborgen. Das Mädchen war zehn bis zwölf Jahre alt. Die Archäologen fanden die mit Federn und kostbaren Stoffen geschmückte Mumie in sitzender Stellung, umgeben von wertvollen Statuetten, einem Beu*tel mit Saatgut und Kokablättern.* Der Fund an dem schwer zugänglichen Südwesthang des Andengipfels gilt als einer der bedeutendsten in der Geschichte der südamerikanischen Archäologie.

Die Kunst eines Filmregisseurs

AFP, Moskau

Der sowjetische Filmregisseur Sergej Paradjanow („Sayat Nova") stellt derzeit in der georgischen Hauptstadt Tiflis Collagen, Puppen und Kompositionen aus, die er in mehrjähriger Lagerhaft angefertigt hat. Der *heute 60jährige* Paradjanow war 1974 wegen Homosexualität und „Spekulation" verurteilt worden. Unter den surrealistisch anmutenden, autobiographisch durchsetzten Arbeiten sind eine Puppe im Tüllröckchen mit den Zügen des sowjetischen Kosmonauten Juri Gagarin, eine Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg (mit einem Foto von Stalin, das jedoch vor Ausstellungseröffnung entfernt werden mußte) und Huldigungen für Paradjanows Vorbilder Federico Fellini und Andrzej Wajda. Paradjanow hat kürzlich die Dreharbeiten für den georgischen Film „Die Festung von *Surami" abgeschlossen und* arbeitet derzeit an einem Kurzfilm über den Maler Pirosmani.

Amenemhetep-Kultstätte jetzt freigegeben

dpa, Assuan

In El-Kab bei Assuan, rund 800 Kilometer südlich von Kairo, wurden zwei Tempel und vier Felsgräber der Öffentlichkeit übergeben. Es handelt sich um eine Kultstätte aus der Zeit des Pharao Amenemhetep III., des letzten Herrschers des Mittleren Reiches (1991–1786 v. Chr.), sowie um einen Tempel aus ptolemäischer Zeit (332–323 v. Chr.). Der Amenemhetep-Tempel zeichnet sich durch eine Säulenhalle aus. Die vier Gräber aus derselben Zeit gehörten Adeligen und Priestern. Ihre Wände sind mit Malereien und Inschriften geschmückt.

Karneval von Venedig ist Paris gewidmet

dpa, Venedig

Der venezianische Karneval ist diesmal „Paris in Venedig" gewidmet. Ein großer Teil der mehr als achtzig Bälle, rund achtzig Theateraufführungen und 350 weiteren Veranstaltungen der Karnevalszeit vom 9. bis zum 19. Feburar soll von französischen Gästen gestaltet werden. In diesem Jahr beginnt das Spektakel mit dem „Ball des Stieres" *auf dem Campo San Polo.* Höhepunkte dürften das Pariser Opernballett mit seiner „Commedia dell'Arte" sowie Juliette Gréco, Mouloudji und Cathérine Sauvage werden.

Ehren-Cesar für den Regisseur Frank Capra

AFP, Paris

Frank Capra wird bei der Übergabe der französischen Filmpreise „Cesar" mit einem Ehren-Cesar geehrt werden. Der 88jährige amerikanische Filmregisseur wurde vor allem durch Filme wie „Arsen und Spitzenhäubchen", „Mr. Deeds geht in die Stadt" oder „Es geschah in einer Nacht" bekannt.

G.-Simmel-Edition in Vorbereitung

DW. Bielefeld

Die Forschungsgruppe „Georg-Simmel-Edition" an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1, bittet alle Besitzer von Briefen und anderen Autographen Georg Simmels um Kontaktaufnahme. Die Simmel-Gesamtausgabe soll ab 1988 unter der Leitung von Prof. Niklas Luhmann und Prof. Ottheim Rammstedt bei Suhrkamp in Frankfurt erscheinen.

„Erfrorener“ Junge konnte gerettet werden

DW. Milwaukee

Die Ärzte des Kinderkrankenhauses von Milwaukee stehen vor einem Rätsel. Ein zweijähriger Junge, der nach medizinischen Maßstäben bereits als erfroren gelten mußte, ist wieder wohlauf und munter. Medizinische Lehrbücher weisen keinen ähnlichen Fall auf, in dem ein Mensch, wie jetzt geschehen, ein Absinken seiner Körpertemperatur auf 15,5 Grad überlebt hätte. Als das Kind bei grimmiger Kälte in der Nähe seines Elternhauses gefunden worden war, hatte sich sogar unter der Haut schon Eis gebildet.

Vor zwei Wochen war der kleine Michael Troche, nur mit einem Schlafanzug bekleidet, aus seinem Elternhaus in Milwaukee im US-Staat Wisconsin gelaufen und während eines halb- bis dreieinhalbstündigen Aufenthaltes im Freien bei Temperaturen von fast minus 30 Grad Celsius praktisch „erfroren“.

Schnitte in Arme und Beine

Nachdem das Kind gefunden worden war, hatten es die Ärzte an eine Herz-Lungen-Maschine angeschlossen, um sein Blut zu erwärmen, und zudem Arme und Beine mit Schnitten geöffnet, um dem Gewebe die Möglichkeit zu geben, sich auszudehnen. „Was wir vom Fall Michaels gelernt haben, wird eine Menge zu unserem Wissen über Unterkühlung beitragen“, sagte ein Sprecher des Kinderkrankenhauses von Milwaukee, wo der Junge vorerst noch behandelt wird. Michael zeigte sich aber am Montag schon wieder putzmunter. Er wollte spielen und verlangte nach Mitteilung seiner Mutter nach Kaugummi und Popcorn.

„Als Michael eingeliefert wurde, fühlten sich seine Arme und Beine wie Eisblöcke an, und wenn man auf das Gewebe drückte, konnte man im Blut Eis fühlen, wie wenn man Eis unter der Haut zerdrücken würde“, berichtete Dr. Kevin Kelly, einer der behandelnden Ärzte im Kinderkrankenhaus. Nach seinen Worten wurde am Montag das Befinden des Kindes als „stabil“ bezeichnet. Doch müsse der Junge noch drei bis vier Wochen im Krankenhaus bleiben.

Hauttransplantation nötig

Für seinen folgenschweren Ausflug in die Kälte hatte Michael am Morgen des 19. Januar die Gelegenheit genutzt, als sein Vater noch schlief und seine sechsjährige Schwester vor dem Fernseher saß. Es war das kälteste Wochenende dieses Winters in Milwaukee. Als der Junge ins Krankenhaus gebracht wurde, gab er nach Mitteilung eines Sprechers keine Lebenszeichen mehr von sich. „Man hätte meinen können, er sei klinisch tot.“ Die Ärzte rechnen damit, daß das Kind sich nahezu völlig erholen wird. Vielleicht, so glauben sie jedoch, werde es einen leichten Muskelschaden in der linken Hand zurückbehalten. Die von den Ärzten vorgenommenen Einschnitte in Arme und Beine sowie vom Frost zerstörte Gewebepartien sollen mit Hauttransplantaten bedeckt werden.

Streit um die Schweizer Schwerverkehrs-Abgabe geht weiter – Wilde Blockade erschwert Verhandlungen mit der Regierung

Betroffen sind vor allem die eigenen Lastwagenfahrer

WALTER H. RUEB, Bonn

Schon nach zwölf Stunden wurde am Montagabend die Blockade der Schweizer Grenzübergänge nach Frankreich, Deutschland, Österreich und Italien aufgehoben. Ein Sprecher der „Interessengemeinschaft für den grenzüberschreitenden Verkehr“, die zur Blockade aufgerufen hatte, sprach davon, man habe im Kampf gegen die in der Schweiz eingeführte Schwerverkehrs-Abgabe deutliche Zeichen gesetzt. Um Handel und Industrie nicht zu schädigen und andere Verkehrsteilnehmer nicht länger zu schikanieren, sei der schnelle Abbruch der Protestaktion beschlossen worden.

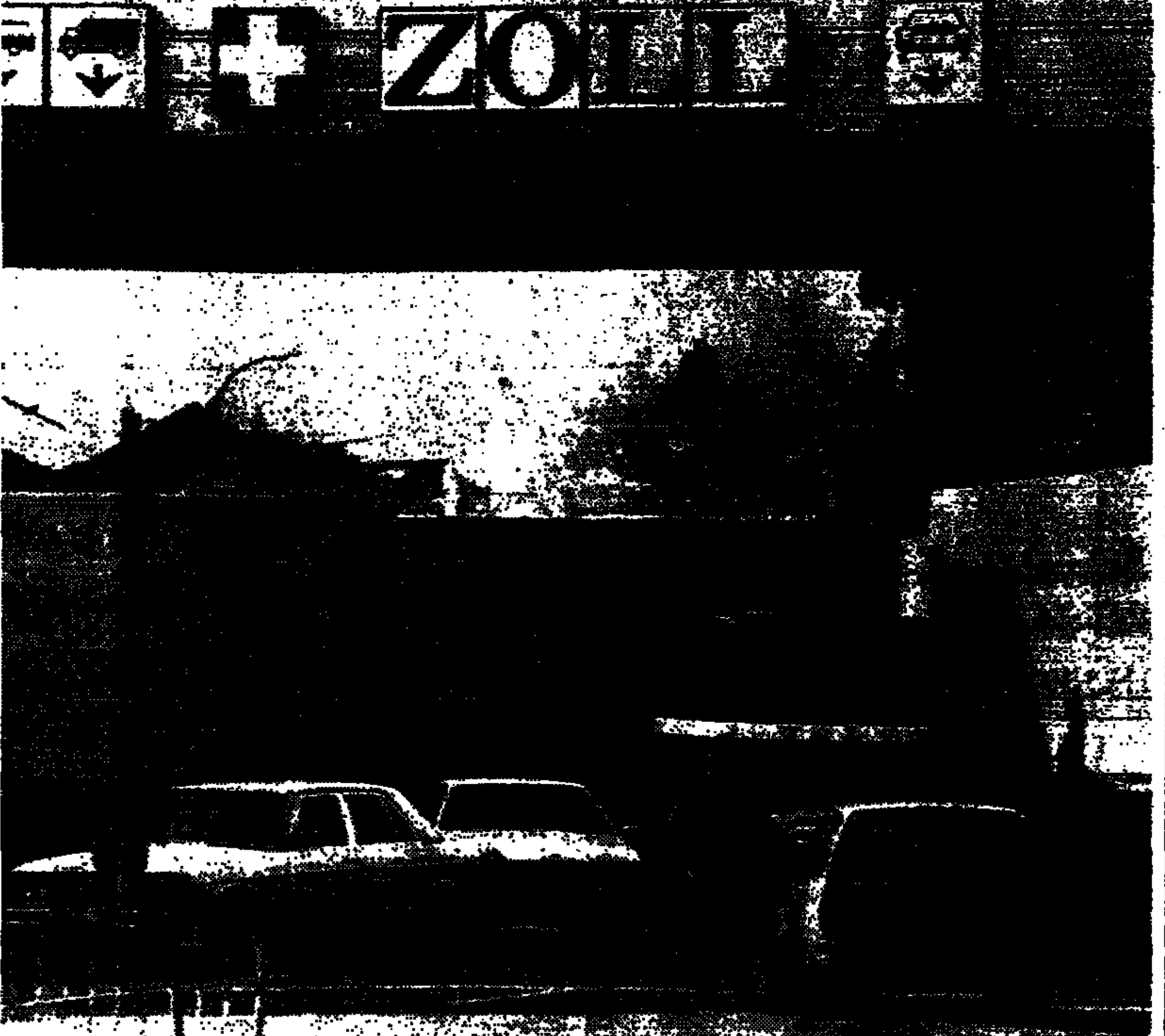
In Wahrheit waren der Einstellung der Grenzblockade heftige Proteste und eindeutige Distanzierung des „Schweizerischen Nutzfahrzeug-Verbandes“ (Astag) gegen die Aktion vorausgegangen. Die Aktion falle mitten in Verhandlungen der Regierung in Bern mit der Astag und dem benachbarten Ausland über die umstrittene Schwerverkehrs-Abgabe und deren Folgen. Die Blockade mache die Vertreter der Lastwagenfahrer unglaubwürdig, störe die Verhandlungen und stehe im Widerspruch zu den Zusagen der Lkw-Fahrer, während der Verhandlungen von Grenzsperren abzusehen.

Der Astag fordert von der Regierung in Bern, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Maßnahmen des Auslandes gegenüber dem eidgenössischen Lkw-Gewerbe zu verhindern: entweder die Aufhebung der Schwerverkehrs-Abgabe für ausländische Lkw in der Schweiz oder eine Rückerstattung der in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland als Antwort auf die schweizerische Schwerverkehrs-Abgabe erhobenen Abgaben. Die Schweizer Lastwagenfahrer sehen sich nämlich am Rande des Ruins: Auf den Straßen der Heimat müssen sie seit dem 1. Januar 1985 Schwerverkehrsabgaben entrichten, und im Ausland werden sie durch saftige Gegensteuern ebenfalls zur Kasse gebeten.

Wie in Bern verlautete, gehen die Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Lager weiter. Mit den Organisatoren der Grenzblockade vom Montag würden jedoch keine Gespräche geführt, ließ der Schweizer Bundespräsident und Wirtschaftsminister Kurt Furgler verlauten.

Finanzminister Otto Stich aber sagte, eine Aufhebung der Schwerverkehrs-Abgabe, wie sie vom „Internationalen Straßentransportverband“ gefordert werde, komme nicht in Frage. Dagegen stehe vor allem die Entscheidung der Schweizer Bürger in einer Volksabstimmung.

Ein Berner Regierungssprecher kündigte ferner an, die an der Blockade beteiligten Lkw-Fahrer würden strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen. Der Astag seinerseits kündigte Maßnahmen gegen diejenigen seiner Mitglieder an, die an der Blockade vom Montag teilgenommen haben.



Bald an der Tagesordnung? Blockade der Schweizer Grenzübergänge durch verbitterte Lkw-Fahrer. Das Foto zeigt die Grenze bei Konstanz/Kreuzlingen am Montag FOTO: DPA

Kassen: Keine Zahlungspflicht im Ausland

wes. Bremen

Die Krankenkasse muß die Kosten für eine stationäre Behandlung in einem ausländischen Krankenhaus nicht übernehmen. Dies gilt auch dann, wenn eine Spezialbehandlung in einer ausländischen Klinik wirksamer und kostengünstiger als im Inland sein sollte. Die satzungsrechtliche Vorschrift, nach der die Krankenkasse die Kosten nur bis zur Höhe der mutmaßlichen inländischen Aufwendungen übernehmen kann, stellt nach einer Entscheidung des Landessozialgerichts Bremen eine auch verfassungsrechtlich unbedenkliche Kompromißlösung dar. Im vorliegenden Fall hatte sich die Ehefrau eines bei einer Ersatzkasse Versicherten auf Anraten ihrer Ärzte in eine Spezialklinik in die USA begeben, um eine rheumatische Gelenkserkrankung zu kurieren, die bislang auch in Fachkrankenhäusern der Bundesrepublik Deutschland nicht erfolgreich bekämpft werden konnte. (Az: L 1 Kr. 3/84).

Rheumamittel: Warnung

rtr, Berlin

Das Bundesgesundheitsamt hat erneut vor kombinierter Anwendung von butazon- und glukokortikoidhaltigen Rheumapräparaten gewarnt. Wegen schwerer Gesundheitsrisiken (Magenbluten und -geschwüre) habe die Behörde bereits Ende vergangenen Jahres die Zulassung für Rheumamittel wiederrufen, die Butazon und Glukokortikoid in Kombination enthielten.

Feuer in der Jacke

dpa, Aachen

Ein 15jähriger hat in Aachen fast ein Einfamilienhaus in Brand gesetzt, weil er nicht beim verbotenen Rauchen erwischt werden wollte. Als er zur Party seiner Freundin kam, drückte er vorher seine Zigarette aus und steckte den Stummel in die Jakkentasche. Die Jacke hängte er in die Garderobe, wo der Glimmstengel jedoch weiter glühte. Das Ergebnis: sieben angesengte Jacken und ein Gesamtschaden von 6000 Mark.

Tiger im Schlafzimmer

dpa, Chartres

Einen Tiger fand ein älteres Ehepaar aus Toury in der Nähe der französischen Stadt Chartre am Montag in seinem Schlafzimmer. Das Tier war aus einem Zirkus ausgebrochen. Als der Tiger ein offenes Fenster sah, sprang er hinein und ließ sich auf dem Teppich nieder. Dort konnte er wieder eingefangen werden.

Gasexplosion in Lübeck

dpa, Lübeck

Durch eine Gasexplosion ist am Montag abend in Lübeck ein Einfamilienhaus schwer beschädigt worden und ein Schaden von rund 200 000 Mark entstanden. Nach Angaben der Polizei wollte der Hauseigentümer eine elf Kilogramm schwere Propangasflasche in den Keller tragen, die ihm aber entglitt, zu Boden fiel und explodierte. Der Mann wurde mit einer Rauchvergiftung im Krankenhaus ambulant behandelt.

Schnellgerichte in U-Bahn?

AFP, New York

Zur wirksameren Verbrechensbekämpfung hat der New Yorker Bürgermeister Edward Koch die Einrichtung von Schnellgerichten in besonders gefährlichen Bahnhöfen der U-Bahn angeregt. Die Gerichte sollen rund um die Uhr arbeiten. Koch begründete seinen Vorschlag damit, daß im vergangenen Jahr nur elf Prozent der 370 000 in der U-Bahn festgenommenen Personen vor Gericht gestellt wurden.

Katalysatoren im Ofen

„Domotechnica“ in Köln im Zeichen des Umweltschutzes

WILM HERLYN, Köln

Katalysator – hierzulande ein Reizwort – ist Synonym und Symbol für ein neues Bewußtsein. Nicht nur für Autofahrer. Die Hausgeräte-Messe „Domotechnica“ in Köln zeigt diesen Trend auch in Küche und Keller. Katalysatoren preisen die Hersteller der „weißen Ware“ nun in Herden, in Staubsaugern und gar in Kaminöfen an.

Allerdings – Steuererleichterungen dürfen die Käufer eines „Ökotherm-Einbauherdes“ (Küppersbusch) nicht erwarten. Doch dürfen sie auf geruchsfreie Luft hoffen, auf gesündere Speisenzubereitung und auf leichtere Reinigung des Backofens. Lutz Kummer, Entwickler dieses Gerätes, erläutert der WELT: „Erreicht werden diese Effekte durch einen ringförmigen Käfig um das Heizungsgebläse, gefüllt mit Keramikkugeln, die mit Edelmetall beschichtet sind.“ Das Gebläse saugt Geruchs- und Schwebstoffe an und verbrennt diese katalytisch zwischen 220 und 450 Grad Celsius. Bei Tests mit Fisch, fetten Braten oder gar Kohl hätten auch feine Nasen keinen lästigen Geruch mehr erschnuppern können. 250 Mark wird ein solches Gerät mehr als ein herkömmliches kosten.

Ein anderer Hersteller (Miele) sorgt durch ein spezielles Flies-Filtersystem dafür, daß sogar mikroskopisch kleine Staubpartikel, Bakterien und Pollen nicht mehr mit der Ausblasluft des Staubsaugers durch die Wohnung wirbeln.

Mehr Umweltschutzeffekte erwartet dieser Produzent aber von einer Waschmaschine, die ähnlich einem Geschirrspüler Wasser mit Hilfe von Salz „weicher“ macht und dadurch wesentlich weniger Waschmittel benötigt. Immerhin – Techniker errechneten, daß unser Grundwasser pro Jahr ein Zuviel an nicht verbrauchten Waschmitteln verkraften muß, mit dem man 1000 Güterwaggons füllen könnte. Umweltschutz hat seinen Preis – nämlich 300 Mark mehr als die „normale“ Maschine.

Durch eine einfache Veränderung der Luftzufuhr und durch eine spezielle Nachbrennkammer kann jetzt ein Kaminsystem (Kent-Impex) auch die Restgase vernichten. Die kohlenstoffhaltigen Gase, die üblicherweise durch den Schornstein umweltbelastend entweichen, werden nicht nur vollständig verbrannt, auch die Heizleistung ist bis zu viermal größer als bei herkömmlichen Geräten.

Ein großer Teil der 1034 Firmen, die bis zum 8. Februar auf der Fachmesse ausstellen, setzen auf den neuen Trend: auf Sparsamkeit und gestiegenes Umweltbewußtsein.

LEUTE HEUTE

Wieder solo

Manche hörten schon die Hochzeitsglocken läuten. Doch aus der achten Ehe der **Liz Taylor** mit dem Industriellen **Denis Stein**, mit dem sie seit Dezember verlobt war, wird nun nichts. Gründe nannte sie nicht. Verwundert sollte man über diesen Schritt aber nicht sein, schließlich ließ Liz auch schon die Verlobung mit dem mexikanischen Anwalt **Victor Luna** überraschend platzen.

Liebelei

Die Schattenseiten des Ruhms bekam Italiens erfolgreichste Showmasterin **Raffaela Carra** (42) jetzt zu spüren. Als sie nach dem Skilauf am Monte Livata in das Chalet ihrer Freundin zurückkehrte, versuchten drei junge Männer, ins Haus einzudringen. Sie hatten vermutlich ihren Erfolgshit „Liebelei“ mißverstanden.

Gut getarnt

Fernseh-Star **Joan Collins** kommt mit den 5000 Dollar, die sie von der Produktionsfirma der Serie „Denver“ jährlich als Perückenzuschuß erhält, nicht mehr aus. Sie schaffte sich deshalb kürzlich für 20 000 Dollar 30 neue Perücken und Haarteile an. Wie man hört, geht es ihr vor allem darum, gut getarnt und unerkannt einkaufen zu können.

Ein Schlagloch mit Herz

Ausgefallene Geschenk-Idee für den Valentinstag

WOLFGANG WILL, Baltimore

Immer im Februar bietet die amerikanische Hafenstadt Baltimore, die knapp eine Million Einwohner hat, ihre Schlaglöcher zum Verkauf an, und die Käufer haben dann das Recht, ihr erworbenes und inzwischen repariertes Schlagloch zum Valentinstag zu verschenken. „Wir machen das alles nicht, um Geld ins Stadtsäckel zu bekommen“, sagte die Initiatorin des Programms, Stefanie Esworthy, zur WELT, denn „unser Budget für solche Reparaturen reicht aus. Wir wollen aber mit unseren Spielen den Februar für die Bevölkerung etwas fröhlicher werden lassen, denn der Februar ist ja im Grunde genommen ein gräßlicher Monat.“

Das „Spiel“ läuft in diesem Jahr, beginnend in dieser Woche, zum drittenmal. Wer sich über ein Schlagloch ärgert, durch das er vielleicht täglich fahren muß, kann es bei der Stadtverwaltung kaufen – besser: adoptieren. Der Kaufpreis liegt zwischen zwei und 100 Dollar. Wenn ein solches „erworbenes“ Schlagloch gefüllt und damit beseitigt worden ist, wird als Zeichen seiner „Adoption“ ein Plastikherz, rosa oder rot, auf den Frisch-Asphalt geklebt. „Auf unserer Stadtautobahn“, meint Stefanie Esworthy, „hält solch ein Herz des starken Verkehrs wegen nur etwa eine Woche, aber in kleineren und in Seitenstraßen sind die Herzen mitunter wochenlang sichtbar.“

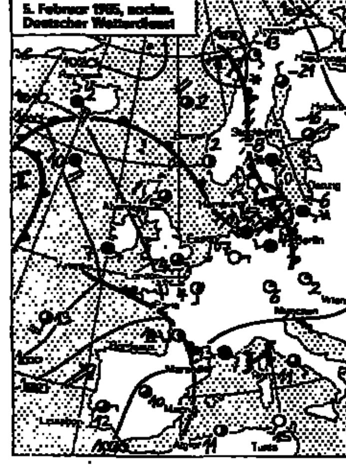
Der Geldspender oder Schlagloch-Käufer erhält dann von der Stadt eine Urkunde in Gedichtform: Sie ist gleichzeitig „Schenkungsurkunde“, denn zum Valentinstag (14. Februar) können Gedicht und Urkunde verschenkt werden, etwa: „Für dich, Mary, habe ich, John, das Schlagloch an der Main-Street mit Asphalt und auch Liebe füllen lassen“.

1983 gingen bei der Stadtverwaltung 8000 Dollar an Spenden ein, wurden 1500 Schlaglöcher gestopft und „beherzt“. Im vergangenen Jahr stieg die Spendersumme auf 20 000 Dollar, weil sich das Rathaus einen zusätzlichen Gag hatte einfallen lassen: Wer 35 Dollar zur Schlaglochbekämpfung spendete, erhielt eine kleine Puppe, die schnell begehrtes Sammelstück wurde. Herstellung und Versand kosteten die Stadt pro Puppe 21 Dollar – 14 Dollar Reinerlös pro Puppe für die Stadt.

In diesem Jahr wird die Puppe durch ein kleines Stofftier ersetzt. Bürgermeister William D. Schaefer wird es der Bevölkerung persönlich vorstellen. Eine seiner Mitarbeiterinnen hatte die Schlagloch-Verkaufsidee 1982 – und seitdem ist sie Tradition geworden. (SAD)

WETTER: Weiterhin freundlich

Wetterlage: Der Norden Deutschlands wird noch von den Ausläufern eines Tiefs über Mecklenburg beeinflußt, ein Tiefdrucksystem über Frankreich macht sich durch Wolkenfelder im Westen bemerkbar.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18°C, bedeckt, still, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Mittwoch:

Im Norden wechselnd bewölkt und gelegentlich etwas Regen, Temperaturen tagsüber um 5, nachts null bis minus 2 Grad. Im Westen Durchzug von Wolkenfeldern; jedoch niederschlagsfrei, Tagestempe raturen nahe 10, nachts um null Grad. In Süddeutschland nach Früh dunstauflösung überwiegend heiter und trocken, Temperaturen bis 8 Grad ansteigend, nachts Frost um minus 3 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Leicht unbeständig, weiterhin mild.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	4°	Kairo	14°
Bonn	4°	Kopenh.	0°
Dresden	2°	Las Palmas	18°
Essen	7°	London	4°
Frankfurt	3°	Madrid	10°
Hamburg	5°	Mailand	1°
List/Sylt	3°	Mallorca	12°
München	6°	Moskau	-12°
Stuttgart	3°	Nizza	11°
Algier	11°	Oslo	-3°
Amsterdam	5°	Paris	4°
Athen	9°	Prag	3°
Barcelona	12°	Rom	11°
Brüssel	5°	Stockholm	-8°
Budapest	0°	Tel Aviv	12°
Bukarest	-4°	Tunis	15°
Helsinki	-16°	Wien	2°
Istanbul	2°	Zürich	0°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.50 Uhr, Untergang: 17.23 Uhr; **Mondaufgang:** 19.50 Uhr, Untergang: 9.10 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Unstimmigkeiten beim Gesamt-Leberkäs-Umsatz

PETER SCHMALZ, München

Vorhang auf zum zweiten Akt über das „Wilde Treiben im Donisl“: Nach der turbulenten Darstellung schier unglaublicher Gestalten und Geschehnisse in der Schwemme der einst berühmten und heute nur noch berüchtigten Traditionsgaststätte steht seit gestern ein Blick hinter die Kulissen des gastronomischen Großbetriebs auf dem Programm der Münchner Justiz. Als Hauptakteure treten im Saal 175 diesmal die Angeklagten Engelbert Mayrhofer (54), ehemaliger „Donisl“-Geschäftsführer, und die frühere Buffetdame Margot Gärtner (46) auf. Der Staatsanwalt wirft ihnen fortgesetzte Untreue, Steuerhinterziehung und Hehlerei vor, denn sie sollen mit Leberkäs und Weißwürsten mindestens 1 333 711,82 Mark ergaunert haben.

Schon der erste Auftritt verspricht einen lehrreichen Verlauf der vorerst auf acht Tage terminierten Verhandlung. Hatte der erste Prozeß ernüchternde Einblicke ermöglicht in eine Abart der Münchner Gemütlichkeit, bei der arglose Biertrinker buchstäblich bis aufs Hemd ausgezogen wurden, so ist nun zum Erstaunen des Publikums zu vernehmen, auf welche wundersame Weise die Kasse des Lokals geleert und die Geldbörsen des Personals gefüllt wurden.

Nach Meinung des Staatsanwalts soll dies durch wenige kleine Tricks möglich gewesen sein: Kellner und Kellnerinnen verkauften den Gästen Speisen, die sie entweder zum billigen Personalpreis oder ohne Bon völlig umsonst vom Imbißstand der Frau Gärtner oder vom Buffet bezogen hatten. Eine Portion Leberkäs von 175 Gramm brachte so immerhin 7,50 Mark ein. Mayrhofer, der fast 17 Jahre im „Donisl“ arbeitete, soll diesem Treiben als Geschäftsführer zugesehen und für sein Stillhalten wöchentlich 500 Mark kassiert haben, außerdem, so die Anklage, habe ihm jeder Kellner noch 100 Mark in der Woche zugesteckt.

Die Schadensumme von über 1,3 Millionen Mark ermittelte der Staatsanwalt mit dem Taschenrechner: Er zählte die Leberkäs-Menge aus dem Gesamteinkauf und verglich ihn mit dem „ordnungsgemäß bonierten Gesamtleberkäs-Umsatz“. Ebenso rechnete er bei den Weißwürsten und kam so auf einen Fehlbestand, von dem er annimmt, dies seien die unterschlagenen Zentner.

Was aber der Ankläger als Untreue wertet, das war nach den Worten des Angeklagten übliches Geschäftsgebaren „wie in jeder Münchner Großgaststätte“. In der Hektik sei es schon mal vorgekommen, daß eine Bedienung die schnellen Speisen nicht bonierte. Und nicht selten wurde die Essensausgabe nicht registriert, wenn Freunde des Hauses zu bewirten waren, wie Müllmänner, Bierbrauer, Behörden-Leut' und nicht zuletzt die Faschingsgesellschaften, die im Dutzend eingefallen waren.

Ach ja, etwas Unrechtes war natürlich auch noch dabei, aber da ergeht es dem beflissenen Angeklagten wie den Akteuren im ersten Prozeß: Gewußt von dem bösen Treiben haben eigentlich alle, aber gesehen hat niemand etwas. „Ich hatte das Gefühl, daß etwas nicht in Ordnung ist“, sagte Mayrhofer, der sich vom Koch zum Geschäftsführer hochgearbeitet hatte. Er leugnet auch nicht, Geld zugesteckt bekommen zu haben, wofür, sei ihm aber nie ganz klar geworden. Und da er als „Donisl“-Chef offenbar recht schüchtern war, fragte er auch lieber nicht nach.

Gesehen hat er dagegen Kuriositäten, die den Gaststättenverband animieren könnten, daraus Lehrmaterial für einen Grundkurs in Buchhaltung zu fertigen. Bei den Löhnen beispielsweise herrschte Selbstbedienung. „Wenn Du am Abend soviel hast, dann nimm's“, soll die Aufforderung der Pächterin an ihr Personal gewesen sein. „Und jeder hat sich bedient“, berichtete Mayrhofer. Auch er war vier Monate im Rückstand. Die Pächterfamilie selbst soll demnach ebenfalls kräftig zugegriffen haben, wobei zwar immer wieder mal ein Zettel mit dem entnommenen Betrag in die Kasse gelegt wurde, aber diese schienen oftmals auf mysteriöse Weise zu verschwinden.

Sollte der Staatsanwalt meinen, er habe das Geld benötigt für einen großen Lebensstil, dann korrigiert ihn der Angeklagte. Einzig der Porsche war sein teures Hobby, zu anderen blieb kaum Zeit: Wagte er einmal nur in Urlaub zu fahren, dann wurde er schon nach 14 Tagen zurückgerufen, „weil alles drunter und drüber geht“. Für solche Verhältnisse bitte er um Verständnis. „In einem Betrieb wie dem Donisl ist es unvermeidbar, da kommt immer was vor. Sie haben es ja in der Anklage und in der Presse gelesen.“

ZU GUTER LETZT

„Je weniger Fett sie enthält, desto magerer ist die Wurst.“ Aus der Fernseh-Zeitschrift „Gong“.